Donnerstag, 5. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 53,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 104 - 18. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Zahl der Arbeitslosen geht zurück

dpa/rtr, Nürnberg

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im April um 132 731 auf 2 253 768 verringert. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sank damit auch die Arbeitslosenquote von 9,8 Prozent (im März) auf 9,2 Prozent. Der Präsident der Bundesanstalt, Josef Stingl, wies aber darauf hin, daß lediglich die jahreszeitlichen Auftriebskräfte entlastend gewirkt hätten. Trotz des Rückganges der Arbeitslosenzahl gebe es noch keine Anzeichen für einen „Frühling". Die konjunkturell ungünstige Tendenz setze sich trotz der beginnenden wirtschaftlichen Erholung fort, der große Aufschwung sei auf dem Arbeitsmarkt noch nicht zu sehen. Man habe im April 543 709 Arbeitslose (31,8 Prozent) mehr verzeichnet als im gleichen Monat des Vorjahres. Als erfreulich bezeichnete es Stingl, daß die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen über das „saisonübliche Maß" hinaus zurückgegangen sei: um 14 Prozent auf 175 143. Eine deutliche Verringerung gab es auch bei den Kurzarbeitern, um 258 445 (25,3 Prozent) auf 764 412. Der Bestand an offenen Stellen erhöhte sich um 397 (0,5 Prozent) auf 82 356.

ZITAT DES TAGES



„Wir wollen nicht aufgrund vertraulicher Dekrete und willkürlicher Entscheidungen regiert werden. Wir wollen, daß Gerechtigkeit gegen jedermann geübt wird, denn die Machthaber haben der Nation zu dienen."

Jozef Kardinal Glemp, Primas von Polen, während eines Gottesdienstes in Tschenstochau. FOTO: SVEN SIMON

Schlagabtausch

dpa, Rom

Die Kontroverse zwischen Rom und Buenos Aires wegen der verschwundenen Personen in Argentinien hat zu einem heftigen diplomatischen Schlagabtausch geführt. Die italienischen Zeitungen sprachen gestern von einer „Spannung" zwischen beiden Ländern, die „zu einem Bruch führen könnte". In einer im römischen Außenministerium überreichten Note hatte Argentinien gegen eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten" des Landes durch Staatspräsident Sandro Pertini protestiert. Pertini hatte die Erklärung der Machthaber von Buenos Aires, daß viele der in den 70er Jahren verschwundenen Menschen tot seien, als „grauenvollen Zynismus" bezeichnet, der die dafür Verantwortlichen „außerhalb der zivilisierten Menschheit" stelle.

Neue Regierung

AP, Helsinki

In Finnland haben sich die vier bei den Wahlen im März als Sieger hervorgegangenen Parteien auf die Bildung einer Mitte-Links-Koalition geeinigt. Die neue Regierung unter dem bisherigen Ministerpräsidenten Kalevi Sorsa soll morgen ihre Amtsgeschäfte aufnehmen, nachdem das Ergebnis der zweiwöchigen Koalitionsverhandlungen gestern von den Parteigremien gebilligt wurde. Der neuen Koalition gehören neben den Sozialdemokraten die Zentrumspartei, die Schwedische Volkspartei und die Finnische Partei der Landbevölkerung an. Neu in der Koalition, die bislang aus drei Parteien bestand, ist die Partei der Landbevölkerung, die als der große Gewinner der Wahlen bezeichnet worden ist.

Wirtschaft lobt „ökonomische Vernunft"

DW. Bonn

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben die wirtschaftspolitischen Grundsätze, die Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in seiner Regierungserklärung dargelegt hat, übereinstimmend als Schritt in die richtige Richtung bewertet. Sie begrüßten den entschlossenen Willen der Bundesregierung, die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft zu erneuern. „Ordnungspolitische Klarheit, langfristige Berechenbarkeit der notwendigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen sind unabdingbare Voraussetzungen für Wachstum und Wirtschaft", erklärte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Die Industrie sehe in der Bereitschaft zur nachhaltigen Haushaltskonsolidierung „die entscheidende Voraussetzung zur mittelfristigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen". Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nannte Kohls politisches Ziel, die deutsche Wirtschaft „zu einer robusten Konstitution im internationalen Wettbewerb zurückzuführen", eine entscheidende Voraussetzung für die Überwindung der Arbeitslosigkeit

■ Fortsetzung Seite 8

Mord im Baskenland

SAD, Madrid

Bei einem Attentat der baskischen Separatistenorganisation ETA in einer Großgarage der Hafenstadt Bilbao sind drei Personen getötet worden. Nach Angaben der Polizei hatte ein Terrorkommando der ETA versucht, einen Leutnant der Nationalpolizei zu entführen. Sie hatten ihn schon geknebelt und mit Ketten gefesselt, als ein Polizist mit seiner Frau die Garage betrat. In ihrem Vorhaben gestört, schossen die Terroristen kurzerhand alle drei nieder. Der baskische Ministerpräsident, Carlos Garaicochea, hat jetzt erstmals indirekt einen baskischen Freistaat gefordert. Gegenüber SAD nannte er als Ziel einen Staatenbund mit Spanien.

Wahltermin erwartet

rtr, London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat gestern ihr fünftes Amtsjahr als Regierungschefin begonnen. Nach den heute stattfindenden Kommunalwahlen in Wales und England (mit Ausnahme Londons) erwarten politische Beobachter eine Entscheidung Frau Thatchers darüber, ob sie noch in diesem Jahr vorgezogene Parlamentswahlen ansetzt. Als möglicher Wahltermin ist bereits der 23. Juni im Gespräch.

Mehr Waffenhilfe

AP/AFP, New York

Die USA haben nach einem Bericht der „New York Times" ihre heimliche Militärhilfe für den Widerstand in Afghanistan verstärkt. Unter Berufung auf amerikanische Regierungsbeamte schrieb die Zeitung, der Auslands-Geheimdienst CIA sei schon im vergangenen Dezember angewiesen worden, den Widerstandskämpfern Waffen sowjetischer Herstellung zu liefern, die überwiegend aus ägyptischen Rüstungsbeständen stammen. Dem Bericht zufolge liefern auch Saudi-Arabien, Ägypten und Iran Kriegsmaterial an die Partisanen. US-Beamte hätten den Wert der amerikanischen und saudiarabischen Waffenhilfe auf 30 bis 50 Millionen Dollar beziffert.

WIRTSCHAFT

Aktien teilweise erholt

DW. Frankfurt

Nach den Kurseinbrüchen vom Dienstag konnte sich der Aktienmarkt gestern wenigstens teilweise wieder erholen. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 138,9 (137,1). Dollarmittelkurs 2,4448 (2,4571) Mark. Goldpreis pro Feinunze 432,75 (433,50) Dollar.

WETTER

Heiter bis wolkig

DW. Essen

Im Südosten anfangs stark bewölkt, im Tagesverlauf wie im übrigen Bundesgebiet heiter bis wolkig und niederschlagsfrei. Tagestemperaturen zwischen 13 Grad im Norden und 18 Grad im Süden.

Kohl: Wer wehrlos ist, mit dem verhandelt niemand

Kanzler am 4. Juli nach Moskau / Debatte über Regierungserklärung

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird am 4. Juli zu wahrscheinlich dreitägigen Gesprächen mit der sowjetischen Führung nach Moskau reisen. Kohl folgt einer Einladung von Parteichef Andropow; es wird der erste Kontakt des Kanzlers mit der Kreml-Führung sein. Kohl kündigte den Moskau-Besuch gestern während seiner zweistündigen Regierungserklärung an. Mit der Sowjetunion war dies so abgesprochen worden.

Die Regierungserklärung Kohls, die der Kanzler als „Programm der Erneuerung darlegte, war vor allem von einer präzisen Standortbeschreibung in der Sicherheits- und Deutschlandpolitik geprägt. Angesichts der Auseinandersetzungen zwischen CSU und FDP über die Deutschlandpolitik waren die Aussagen Kohls dazu mit besonderer Aufmerksamkeit erwartet worden.

Der Kanzler äußerte sich nicht zur Absage des Honecker-Besuches, aber er nahm in entschiedener Form zu den Vorgängen an der Demarkationslinie Stellung. „Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Schikanen sind auch heute noch ein Anschlag auf die Menschlichkeit. Wo sie existieren, gibt es keine Normalität". Vernunft und Menschlichkeit könnten „sich nicht damit abfinden, daß an dieser Linie das Selbstbestimmungsrecht aufhören soll". Die Deutschlandpolitik der Bundesregierung bleibe bestimmt durch das Grundgesetz, den Deutschlandvertrag, die Ostverträge, die Briefe zur „deutschen Einheit", den Grundlagenvertrag und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Die Menschen in „beiden Staaten in Deutschland", so formulierte Kohl, hielten an „ihrem Selbstverständnis als Deutsche fest". Kohl: „Für uns gibt es nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. Wir bürgern niemanden aus".

Gutnachbarliche Beziehungen setzten voraus, daß Verträge „nach Geist und Buchstaben eingehalten werden". In diesem Zusammenhang forderte Kohl die Senkung der Zwangsumtauschsätze. Trotz aller Kritik war Kohl darum bemüht, keine neuen Gräben aufzureißen. Denn ausdrücklich erklärte er die Bereitschaft, auf der Basis von „Leistung und Gegenleistung" Übereinkünfte mit der „DDR" zu erzielen. Bonn liege dabei an langfristigen Abmachungen auch im Bereich des Umweltschutzes. Im innerdeutschen Handel, den Kohl ein „stabiles Element der Beziehungen" nannte, „liegen Chancen für beide Seiten".

LEITARTIKEL SEITE 2:
Die Kanzler-Perspektive
SEITE 6:
Auszüge aus Regierungserklärung und Bundestagsdebatte

Ausführlich nahm Kohl zur Debatte über Abrüstung und Sicherheit Stellung, wobei er in Richtung Moskau sagte: „Wir wissen um das historisch bedingte Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Nichts rechtfertigt aber die Überrüstung der Sowjetunion, die die Sicherheit der Nachbarn bedroht und politischer Erpressung dient." Die Mehrheit der Bürger erkenne, so sagte Kohl, „daß wir nur durch geduldiges und überlegtes Bemühen um Rüstungskontrolle und nicht durch Friedenssehnsucht allein die Waffenarsenale dieser Welt abbauen können". Der Entwaffnete, argumentierte Kohl, „verliert die Fähigkeit zur Selbstverteidigung und wird erpreßbar. Wer wehrlos ist, mit dem verhandelt niemand". Der Kanzler appellierte an Moskau, Genf zu einem Erfolg zu bringen. Um aber keine Zweifel an der Haltung Bonns aufkommen zu lassen, sagte Kohl: „Wenn die Sowjetunion nicht bereit ist, Sicherheit in Europa durch Abrüstung herzustellen, dann müssen wir uns Sicherheit durch die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen verschaffen."

Hans-Jochen Vogel, der erstmals als Oppositionsführer im Parlament sprach, warf Kohl den Bruch von Versprechungen, aber auch Illusionen vor. Ausführlich widmete sich Vogel in seiner Antwort auf die Regierungserklärung dem Bündnis und der „Friedensbewegung". Die NATO, so sagte Vogel, „steht für uns nicht zur Diskussion und erst recht nicht zur Disposition". Kritik an einzelnen strategischen Konzepten der USA seien jedoch „legitim".

Der Bundeskanzler hatte in seinem einleitenden umfassenden wirtschafts- und finanzpolitischen Teil der Regierungserklärung folgende Zielsetzungen beschrieben: Konsolidierung der Haushalte, Wiederbelebung der Wirtschaft und dadurch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Beschränkung auf absolut notwendige Ansprüche an den Sozialstaat. Gleichzeitig sicherte Kohl zu, die Finanzbasis für die Renten zu sichern und keine Steuererhöhungen vorzunehmen.

DER KOMMENTAR

Vogels Wende

HERBERT KREMP

Die Regierungserklärung des Kanzlers und die Antwortrede des Oppositionsführers markierten die Grundlinien der deutschen Debatte für die nächsten Jahre. Sie enthalten zahlreiche Ankündigungen, wobei Hans-Jochen Vogel den Ansatzpunkt bei einem sozialethischen Fundamentalismus sucht, der nach neuen parteipolitischen Grenzen strebt. Hier liegt die Herausforderung für Helmut Kohl, der die Verantwortung für die Realitäten trägt: in einer gewissen Leere der Tiefe, die sich eine zunächst ins Philosophische verwiesene Sozialdemokratie leisten darf.

In gehobenem Ton setzten die Erklärungen an, doch wurden dann in der Replik des Oppositionsführers die Felder scharfer Konflikte sichtbar:

– Die SPD setzt Staatsintervention zur Steuerung struktureller Veränderungen in der Gesellschaft gegen das Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit des einzelnen und der Wirtschaft. Hier formulierte Vogel die Distanz seiner Partei zu dem früheren Kanzler Schmidt, dessen Hang zum Effizienten und Technologischen jetzt der Kritik verfällt.

– Tief holte Vogel aus, als er den Vorzug, den Helmut Kohl den „Sachzwängen der Wachstumsphilosophie" einräume, mit dem Satz beantwortete, die Ethik sei dem Fortschritt und seinen Problemen nicht nachgekommen. Er lehnt sich, wohl breitere Zustimmung suchend, an die negativen Utopien der umgehenden Ängste an: „Vermarktung" der mitmenschlichen Beziehungen, Gen-Technologie und Großapparate lauten die Kontaktbegriffe.

– Deutliche Distanz auch in der Rüstungsfrage. Vogel beschreibt Strategie und Rüstungspolitik im Gegensatz zu Schmidt in Wendungen der Skepsis und Ablehnung. Der Oppositionsführer ist dagegen, daß mit der Nachrüstung im Herbst begonnen wird, wenn in Genf sich bis dahin nichts rührt. Die Wende in der Sozialdemokratie ist vollzogen, die eigene Vergangenheit in der Regierung überwunden.

Der Regierungschef hat es schwer, der Kontrahent tut sich schwer: An Kohl heranzukommen fällt Vogel nicht leicht. Er wirft ihm, um zu einem Bilde zu gelangen, einfach vor, er beuge sich dem „Druck von rechts", er sei ein Kanzler „unter Strauß". Hier wird die Replik zur reinen Polemik eines Mannes, der unterlegen ist – und die Niederlage auch eingesteht.

Luther als das gemeinsame Erbe

Feier auf der Wartburg / Thüringischer Bischof Leich spricht von gewachsener Toleranz

H.-R. KARUTZ, Eisenach

Die Bedeutung Martin Luthers für die Deutschen hoben gestern die evangelischen Kirchen der „DDR" beim „Luther-Tag" auf der Wartburg hervor. In ihrer offiziellen Erklärung zum Luther-Jahr heißt es: „Die Geschichte unseres Volkes und unserer Kirchen ist ohne Martin Luther nicht zu denken." An der Feierstunde im Festsaal der Wartburg nahmen Vertreter aus Ost und West teil – darunter der Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, als Ratsmitglied der EKD und Volkskammerpräsident Horst Sindermann.

In dem Aufruf der Kirchen in der „DDR" wird aus der bereits zu Beginn dieses Jahres veröffentlichten Luther-Erklärung der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland zitiert: „Gottes Treue ist größer als unsere Furcht." Als Vorsitzender des kirchlichen Luther-Komitees der „DDR" wies der thüringische Landesbischof Werner Leich in Anwesenheit zahlreicher diplomatischer und kirchlicher Gäste auf die gemeinsame Geschichte der Deutschen und ihres Reformators hin: „Luthers Aufenthalt auf der Wartburg ist die Folge seiner Standhaftigkeit auf dem Reichstag zu Worms. Neben der Wartburg hat die Veste Coburg im Leben des Reformators eine große Bedeutung. In der Kirchengeschichte unseres Jahrhunderts haben die damaligen evangelischen Kirchen in Deutschland miteinander die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Versagen und in der Bewährung durchlitten. Wir haben miteinander vor allen Kirchen der Ökumene das Stuttgarter Schuldbekenntnis gesprochen. Heute nun freuen wir uns darüber, daß die Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland aus der Bundesrepublik als unsere Gäste zum Luther-Tag auf die Wartburg gekommen sind."

SEITE 2:
Luthers Botschaft

Auf die internen Probleme der Christen in Mitteldeutschland mit der Staatsmacht eingehend, wies Leich auf die kirchlichen und staatlichen Vorbereitungen auf das Luther-Jubiläum hin. Es müsse erlaubt sein, Martin Luther zum Beispiel „auch von seinen Wirkungen in gesellschaftliche, politische und soziale Bereiche hinein zu würdigen", sagte Leich. Die Begegnung von unterschiedlichen, „ja in der Grundüberzeugung sogar gegensätzlichen Versuchen", Luther zu bewältigen, sei in der Vorbereitung auf das Luther-Jahr für die Kirchen in der „DDR" eine „Herausforderung zur Bewährung" gewesen. Im Verlauf dieser Jubiläumsvorbereitungen seien „Sachlichkeit im Umgang und Achtung der

● Fortsetzung Seite 8

Protest gegen Warnstreiks

gba. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat in einem Telegramm an die Führung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Stuttgart gegen die Welle von Warnstreiks protestiert. Offenbar seien diese Warnstreiks planmäßig vorbereitet worden. Mit Sicherheit seien sie rechtswidrig, weil sie den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzten, erklärte Zimmermann.

Zimmermann und die Verhandlungsführer der Länder und Gemeinden, Staatssekretär Schreiner und Oberbürgermeister Lorenser, forderten die ÖTV auf, ihre Warnstreikaktionen sofort einzustellen. Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sollen am kommenden Montag in Stuttgart weitergehen. Die Gewerkschaft erwartet in dieser vierten Verhandlungsrunde ein höheres Angebot der Arbeitgeber.

Bedingungen für MX-Programm

AP, Washington

Der amerikanische Präsident Reagan wird der Aufforderung aus dem Kongreß, seine Vorschläge zur Rüstungskontrolle noch vor der Abstimmung über die neuen MX-Raketen zu ändern, voraussichtlich nachkommen. Nach einem Gespräch mit Reagan erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Senats-Ausschusses, Percy, daß die Vorschläge der Abgeordneten von der Regierung „sehr ernsthaft geprüft" würden. Danach sollen die USA und die Sowjets je zwei alte Sprengköpfe durch einen neuen Sprengkopf ersetzen. Die MX-Raketen sollen in Minuteman-Silos aufgestellt werden. Außerdem ist die Entwicklung einer kleinen Rakete mit nur einem Gefechtskopf vorgesehen. Percy: Er habe Reagan deutlich gemacht, daß das MX-Programm im Kongreß nicht „durchkomme", wenn es nicht mit den Abrüstungsverhandlungen gekoppelt werde.

Moskau begrüßt US-Hirtenwort

AFP, Moskau

Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass hat den Hirtenbrief begrüßt, mit dem sich die amerikanischen Bischöfe entschieden gegen die Atomrüstung ausgesprochen haben. In einer Tass-Meldung aus New York hieß es, die Stellungnahme der katholischen Kirche werde in den Vereinigten Staaten als „offene Herausforderung" an die „absurde und gefährliche" Politik der derzeitigen US-Regierung gewertet.

Trotz „grobschlächtiger" Versuche Washingtons, Druck auf die Bischöfe auszuüben, sei die Kirche ihrer „antimilitaristischen Haltung treu geblieben", kommentierte Tass. Die Regierung Reagan und konservative katholische Kreise hätten zuvor in einer „massiven Kampagne" versucht, „mit allen Mitteln" eine gemäßigtere Fassung des Hirtenbriefs durchzusetzen.

Seite 5: Gratwanderung

USA: Andropows Vorschläge gehen in richtige Richtung

Zahl der Sprengköpfe Basis für Genfer Verhandlungen

DW. Bonn

Der neue sowjetische Vorschlag für die Genfer Mittelstreckenverhandlungen (INF) ist in den Ländern der NATO positiv, wenn auch mit skeptischen Untertönen, aufgenommen worden. Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte vor dem Bundestag, die jüngsten Äußerungen des sowjetischen Generalsekretärs bestätigten die Auffassung, daß die sowjetische Führung noch nicht ihr letztes Wort zu dem amerikanischen Vorschlag für ein Zwischenergebnis bei den INF-Verhandlungen gesprochen habe. Kohl sprach sich dafür aus, in Genf alle Möglichkeiten auszuloten. Bei großer Kraftanstrengung sei bis Ende des Jahres ein Abkommen denkbar.

KP-Generalsekretär Jurij Andropow hatte in einer Rede anläßlich des Besuchs des Ostberliner Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vorgeschlagen, die Zahl der gegen Westeuropa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen und der darauf installierten Sprengköpfe auf die Anzahl der französischen und britischen strategischen Raketen zu vermindern. Andropow erklärte beim Essen für Honecker: „Nun gut, wir sind bereit, eine Übereinkunft über die Gleichheit der nuklearen Potentiale in Europa, sowohl für Träger als auch für Sprengköpfe herbeizuführen. Wir sind dafür, daß die UdSSR sowohl an Raketen als auch an Gefechtsköpfen für sie nicht mehr hat, als die NATO sie in jeder beiderseitig vereinbarten Periode besitzt. Bei der Herabsetzung der Zahl der Sprengköpfe an britischen und französischen Raketen würde auch die Zahl der Gefechtsköpfe bei unseren Mittelstreckenraketen um soviel geringer werden." Gleiches soll nach seinen Worten auch für „die in Europa stationierte Luftwaffe derselben Klasse" gelten.

Vom Außenministerium in Washington wurden die Äußerungen aus Moskau mit zurückhaltenden Worten begrüßt. In einer Erklärung hieß es, daß Moskaus „Kursänderung" in die richtige Richtung gehe. Wenn die Sowjetunion nun erkenne, daß Sprengköpfe auf Trägern die „richtige Rechnungseinheit" für die Genfer Verhandlungen seien, würde dies als ein Zeichen des Fortschritts begrüßt. Jedoch könnte Andropows Bekräftigung, die Zahl der sowjetischen Mittelstreckensysteme in Europa auf die der britischen und französischen zu reduzieren, die Genfer Verhandlungen nur komplizieren. Zudem habe sich der sowjetische Vorschlag allein auf die europäischen Systeme bezogen. Die im Osten der Sowjetunion stationierten SS-20-Raketen, die eine Bedrohung für Japan und China seien, habe er nicht berücksichtigt. Die amerikanische Delegation würde diese Fragen bei der Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen am 17. Mai in Genf erörtern.

Ähnlich reagierte die britische Regierung. In London hieß es, man warte gespannt auf nähere Ausführungen Moskaus in der nächsten Verhandlungsrunde.

Auch im NATO-Hauptquartier in Brüssel wurden Andropows Vorschläge als Anzeichen für eine gewisse Verhandlungsbereitschaft in Genf begrüßt, zugleich aber auf die weiterbestehende tiefe Kluft zwischen beiden Seiten hingewiesen.

Seite 2: Zum Nachtisch eine Rechnung
Seite 4: „Held der Sowjetunion"

Kommando-Unternehmen gegen Kloster in Polen

Wieder Demonstrationen in mehreren Städten

dpa/AFP, Brüssel/Warschau

Das zum Teil brutale Vorgehen der polnischen Polizei während der Demonstration am 1. Mai ist gestern vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angeprangert worden. In einem Telegramm an die Internationale Arbeitsorganisation der UNO (ILO) fordern die Gewerkschafter eine Untersuchung über den Zwischenfall in Nova Huta, bei dem ein junger Arbeiter zu Tode kam.

IBFG-Generalsekretär John Vanderveken kritisierte die Haltung der polnischen Regierung. Diese könne aber nicht „die Ideale der polnischen Arbeiter und der Solidarität mit Gewalt ersticken".

Auch der Primas der katholischen Kirche Polens, Kardinal Jozef Glemp, hat die Willkür der Machthaber in Polen scharf verurteilt. Er forderte die Militärs auf, zur Legalität zurückzukehren und die Menschenrechte zu respektieren.

Ungeachtet dieses Appells kam es am Dienstag abend zu neuen Ausschreitungen. Nach dem Gottesdienst in der überfüllten Warschauer Kathedrale zum Fest von Maria, der „Königin Polens" (es fällt mit dem Jahrestag der ersten polnischen Verfassung zusammen) hatte der Priester die Menschen aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen. Vor der Kirche bildete sich dann ein langer Zug von etwa 10 000 Menschen, der sich ruhig auf die Innenstadt zu bewegte. Ohne erkennbaren Grund gingen die am Straßenrand postierten Soldaten plötzlich mit Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen die Menge vor. Mehrere westliche Korrespondenten wurden festgenommen und nach einer Stunde freigelassen.

In Danzig, Krakau und Nova Huta kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Gläubigen und den Milizeinheiten. Am selben Abend wurde berichtet, daß ein mit Schlagstöcken bewaffnetes Kommando in der Warschauer Altstadt ein Franziskaner-Kloster überfallen habe. Vier junge Leute seien verschleppt, mißhandelt und auf einer Landstraße außerhalb Warschaus ausgesetzt worden. Da das Kloster gleichzeitig auch Sitz des Komitees des Primas für die Hilfe für Opfer der Repression ist, hat der Zwischenfall in den polnischen Kirchenkreisen erhebliche Erregung ausgelöst.

Paris soll in Hanoi intervenieren

Peking erinnert Mitterrand an Frankreichs Verantwortung in Indochina

rtr/dpa, Peking

China hat Frankreich aufgefordert, sich stärker bei der Suche nach einer Lösung des Kambodscha-Konflikts zu engagieren. Auf einer Pressekonferenz während des Besuchs des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand wies Ministerpräsident Zhao Ziyang gestern auf die „geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bande" zwischen der früheren Kolonialmacht und den Ländern Indochinas hin.

Frankreich, so Zhao, könne mithelfen, Vietnam zur Beachtung der einschlägigen Beschlüsse der UNO und der Kambodscha-Konferenz zu bewegen. Mitterrand selbst hatte zum Auftakt seines viertägigen Besuchs aus der Kolonialzeit eine Mitverantwortung Frankreichs für diese Länder abgeleitet.

Diplomaten in Peking faßten es als Zeichen eines neuen Einverständnisses mit der auf Kooperation ausgerichteten Vietnam-Politik Frankreichs auf, daß Zhao ausdrücklich auf die Gemeinsamkeiten in den Grundpositionen beider Staaten hinwies. China wie Frankreich verdammten den vietnamesischen Überfall auf Kambodscha und seien der Auffassung, daß eine Lösung mit dem Abzug der Besatzungstruppen beginnen müsse, sagte Zhao.

Wie Mitterrand am Vortag setzte sich Zhao für freie Wahlen unter internationaler Aufsicht in Kambodscha ein. Das große Problem aber sei, wie Vietnam zum Abzug seiner Truppen gebracht werden könne. Frankreich hatte im vergangenen Jahr die Verbindlichkeiten Vietnams umgeschuldet und die humanitäre Hilfe für das Land wiederaufgenommen.

Die indirekte Kritik, die Mitterrand in einer Tischrede beim Begrüßungsbankett an Pekings Kambodscha-Politik geübt hatte, wurde gestern von der chinesischen Presse nicht erwähnt. Der französische Präsident hatte die Roten Khmer in Kambodscha, die von China politisch und militärisch unterstützt werden, als „blutiges und unentschuldbares Regime" bezeichnet.

Auf der Pressekonferenz äußerte sich Zhao gestern optimistisch, daß die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und China ausgebaut werden könne und daß Frankreich beim Bau des ersten chinesischen Kernkraftwerks mithelfen werde, das in der Provinz Guangdong an der Grenze zu Hongkong entstehen soll. Auf das Interesse der Volksrepublik am Kauf des französischen Kampfbombers „Mirage 2000" angesprochen, gab sich der Regierungschef reserviert: „Ich habe gehört, sie seien sehr teuer. Vielleicht kann China sie sich nicht leisten."

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Luthers Botschaft

Von Enno von Loewenstern

Wenn der atheistische Staat eine Feier zu Ehren eines Gottesmannes zuläßt, wenn er gestattet – gestatten muß –, daß diese Feier von der Kirche nach ihren Vorstellungen ausgerichtet wird, so ist das ein Ereignis zu Ehren Gottes und nicht dieses Staates. Das Lutherjahr jedenfalls, soviel machten die Worte des Bischofs Leich auf der Wartburg deutlich, kann nicht (auch noch) zur Begründung einer angeblich historischen Tradition in Anspruch genommen werden, die Mauer und Todesautomaten rechtfertigt. Zu nachdrücklich wiederholte Leich – insgesamt fünfmal – die Luther-Botschaft: „Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen".

Über alle, ausnahmslos alle Dinge. Der Bischof machte keine politische Demonstration aus der Wartburg-Feier, auch wenn er pauschal von Atomgefahr, Umweltgefahr und Hunger in der Welt warnte, die Menschheitsgeißeln Eroberung und Unterdrückung jedoch nicht ansprach. Er hat, andererseits, das Stuttgarter Bekenntnis erwähnt, in dem die Kirche sich nachträglich mit ihrer Rolle in der gottlosen Diktatur auseinandersetzte. „Gott über alle Dinge fürchten, lieben und vertrauen", ist die Konsequenz daraus für alle, die Ohren haben, zu hören.

Und es fehlte nicht der Hinweis, daß Luther damals in Lebensgefahr geschwebt habe um seines Glaubens willen; daß er uns hinterlassen hat, auch der Obrigkeit zu widersprechen, wo der Glaube es gebietet. Das Mönchlein ging einen schweren Gang, und die ihm und vor allem seinem Meister folgen, gehen ihn oftmals heute noch; vom sicheren Port ist ihnen leicht zu raten, aber was ist die Lehre von der Wartburg bis Stuttgart, „Luther in der sozialen Wirkung"? Jedenfalls: die Kirche im Unrechtsstaat hat sich in vielen Anfechtungen behauptet, was immer ihr noch bevorstehen mag; sie kann den Menschen Trost spenden.

Schornstein-Politik

Von Jan Brech

Vor gut einem Jahr hat Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi die Streitigkeiten um den Ausstieg der Hamburgischen Electricitätswerke AG (HEW) an der Beteiligung am Kernkraftwerk Brokdorf beigelegt. Nach der Rückgewinnung der absoluten Mehrheit gräbt er nun das Kriegsbeil wieder aus, wohl in erster Linie, um der Basis zu signalisieren, daß sich im Stadtstaat energiepolitisch etwas bewegt. Indem die Stadt unter Einsatz ihrer Mehrheitsbeteiligung die Aufsichtsratssitze der Anteilseigner-Seite mit gleichgesinnten Mitgliedern auffüllen will, soll dem Energieunternehmen der politische Wille des Senats aufgezwungen werden.

Der wiederauflebende Streit um HEW ist für Hamburg doppelt schädlich. Kaum daß Dohnanyi in der Werftkonferenz über seinen Schatten gesprungen ist und sich mit den norddeutschen Nachbarländern auf eine gemeinsame Linie geeinigt hat, werden Schleswig-Holstein und Niedersachsen wieder vor den Kopf gestoßen. Immerhin sollen sie auf ihr Aufsichtsratsmandat bei einem Unternehmen verzichten, das Kraftwerke auf ihrem Boden betreibt und dort auch Rückstände aus der Produktion ablagert. Hamburg, einst weltoffene Handels- und Industriestadt, hat seit längerem schon den traurigen Ruf, Politik nur noch um den eigenen Schornstein zu betreiben.

Einen Schornstein zumal, der seit geraumer Zeit nicht mehr raucht. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Hansestadt ist unverändert besorgniserregend. Mag für das Bundesgebiet gelten, daß die Stimmung besser ist als die Lage, so ist in Hamburg die Lage so schlecht wie die Stimmung. Anstatt nun mit allen verfügbaren Kräften die wirtschaftliche Atmosphäre aufzuhellen, wird die Stimmung weiter verdüstert durch den überflüssigen Versuch, die Macht in einer bislang unabhängig geführten Kapitalgesellschaft zu ergreifen.

Widersprüchliches

Von Joachim Neander

Der fast triumphierende Unterton, in dem bestimmte Medien hierzulande die Nachricht von wachsenden Schwierigkeiten des kommerziellen Fernsehens in anderen Ländern verbreiten, ist unmöglich zu überhören. Es klingt, als hätten sich die Warnungen vor dem bösen Kommerz-TV nun endlich vor aller Augen bestätigt.

Daß da ein Widerspruch ist, scheinen die freudig Erregten gar nicht zu merken. Entweder stimmt, was dieselben Stimmen noch vor wenigen Monaten wehklagten: das private Fernsehen werde, wenn man es zulasse, auch bei uns die zarten Pflänzchen der öffentlich-rechtlichen TV-Kultur mühelos niederwalzen. Oder es stimmt das Gegenteil: daß ein nicht durch Gebühren finanziertes System es eben doch schwerer hat, sich zu behaupten, als viele annehmen. Beides zusammen geht beim besten Willen nicht.

Diese Angewohnheit, nicht zueinander passende Argumente zwecks größerer Wirkung einfach aufeinanderzutürmen, greift auch in anderen Bereichen um sich, Beispiel: Nachrüstung.

Da ist einmal das grundsätzliche, nennen wir es einmal „moralische", Argument: Egal, wer militärisch überlegen ist und wie die kurzfristigen politischen Folgen sein mögen – einer muß mit dem Wahnsinn aufhören und einseitig abrüsten, also tun wir es! Aber in der Regel werden dann sofort das zweite und das dritte Argument nachgeschoben: außerdem sei der Westen dem Osten deutlich überlegen, und schließlich plane Reagan ja Erstschlag und kontrollierten Atomkrieg.

Daß schon die Argumente zwei und drei logisch nicht recht zueinander passen, und daß beide zusammen das Argument eins jedenfalls völlig um sein Gewicht bringen – das merken die Argumentesammler gar nicht. Man sollte sie öfter, entschiedener und im Ton ruhiger darauf festnageln.



„Auf geht's – auch ihr Drohnen!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Kanzler-Perspektive

Von Georg Schröder

Der Geist Konrad Adenauers und Ludwig Erhards wehte durch den Plenarsaal des Bundestages bei der Abgabe der Regierungserklärung. Ein Selbstsicherheit ausstrahlender Helmut Kohl ließ nichts von den Turbulenzen innerhalb der Koalition verspüren, die in den letzten Tagen die Opposition erfreuten.

Eine Regierungserklärung, das war immer ein schwieriges Geschäft, und das wird es auch in Zukunft sein und bleiben. Die Gefahr, daß sie in einen Warenhauskatalog von Offerten der einzelnen Ressorts abrutscht, ist groß. Kohl hat sie vermieden, hat ganz unüberhörbar darauf bestanden, daß die programmatischen Bekundungen das Schwergewicht bildeten.

Dies war eine gute Rede: entschieden und zugleich moderat, selbstbewußt und zugleich realistisch. Das ist gar nicht so selbstverständlich, wie es klingt. Ausgewogenheit und realistische Einschätzung der Möglichkeiten und vor allem der eigenen Kräfte sind, wie die deutsche Geschichte ausweist, nicht gerade die Stärken unseres Volkes. Konrad Adenauers Politik war von diesen Eigenschaften geprägt. Das sicherte ihm und mit ihm der Bundesrepublik Deutschland den Erfolg.

Nach Konrad Adenauer steuerte Willy Brandt 1969 das Schiff hinaus auf das weite, offene Meer: „Wir fangen erst richtig an", hieß es in seiner Regierungserklärung. Heute wissen gewiß nicht alle, aber wie die Wahlen zeigten, die meisten, daß es darauf ankommt, mit dem schwer angeschlagenen Schiff das rettende Ufer wieder zu erreichen. Insofern hat Kohl recht, wenn er sagte, heute stehe die Bundesrepublik Deutschland an einem Wendepunkt ihrer Geschichte.

Die ersten vier Worte der Regierungserklärung – „Die Koalition der Mitte" – stehen nicht zufällig ganz vorn. Sie bedeuten ein Programm und nicht etwa nur ein Schlagwort. Das Gleichgewicht der Kräfte ist in der Politik Helmut Kohls offensichtlich eines der Schlüsselworte. Gleichgewicht im Innern und das Gleichgewicht als Grundlage für die Bündniskonzeption der NATO von Abschreckung und Verteidigung in der Sicherheitspolitik, um den Bundeskanzler zu zitieren.

Solche Gleichgewichtspolitik ist überaus schwierig, muß jeden Tag neu gesichert werden. Das hat der Bundeskanzler schon in den ersten Monaten seiner Regierung erfahren müssen. Viel Energie und noch mehr Geschick werden auch in den kommenden Monaten und Jahren benötigt werden, um sie erfolgreich praktizieren zu können. Ohne Vertrauen und ohne Autorität, die aus solchem Vertrauen erwächst, wird das nicht möglich sein.

Der Mann, der nun mit seiner Regierungserklärung vor die Abgeordneten und damit zugleich vor den freien Teil des deutschen Volkes trat, ist anders als sein Vorgänger kein „Macher". Er ist primär auf der Suche nach der Zukunftsperspektive. Das hat diese Regierungserklärung geprägt. Sie will ein Programm der Erneuerung unter den Stichworten Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung sein. Da stoßen wir auf das Bekenntnis zu einer verantwortungsbewußten Leistungselite. Noch pointierter als die Forderung nach weniger und nicht mehr Staat verdeutlicht es, was die jetzige Regierung von der sozialdemokratischen im Grundsätzlichen trennt.

Daß dies in sieben Leitgedanken klar und unmißverständlich hervorgehoben wurde, kann ebenso wie die betonte Absage an Geld verschlingende Versprechungen nur dazu beitragen, Vertrauen zu sichern. Die Politik müsse die Grenzen ihrer Möglichkeiten erkennen; die Sanierung der öffentlichen Finanzen werde Einschränkungen mit sich bringen; die Reduzierung der Staatsquote am Sozialprodukt müsse auch zu Kürzungen führen – daran wird mancher schlucken, aber es bleiben Wahrheiten, auch wenn sie bitter sind.



Realpolitik ja, Resignation nein: Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Abgabe seiner Regierungserklärung FOTO: POLY PRESS

Wie mühselig und langwierig der Weg zur Sanierung sein wird, hat Kohl nicht verhehlt. Das scheint uns gut. Aber es ändert auch nichts daran, daß auf längere Sicht gesehen für die Regierung Kohl das gleiche gilt wie einst für die Regierung Schmidt: Sie stand und fiel mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wenn die Sozialdemokraten trotz ihrer negativen Erfahrungen in der Bundestagswahl weiterhin glauben sollten, sie könnten das Raketenproblem zur Schicksalsfrage der Regierung Kohl hochagitieren, so werden sie sich aller Voraussicht nach erneut täuschen. Die Passagen der Regierungserklärung über die Ost- und über die Deutschlandpolitik verdienen, Wort für Wort studiert zu werden. Sie enthalten ein Angebot an Moskau mit dem Ziel, eine neue und bessere Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Pakts zu erreichen. Hinzugefügt ist ein Schlüsselsatz, dies dürfe jedoch keine einseitige Politik sein. Beharrlich und ohne Illusionen will Kohl einen Kurs der Verständigung, der Vertrauensbildung und der Zusammenarbeit mit dem Osten weiterverfolgen.

Und das Verhältnis zur „DDR", das doch in den letzten Tagen so viel Wirbel machte? Die deutsche Nation besteht fort, und wir sind für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Das wird ebenso klipp und klar ausgesprochen wie die Tatsache, daß Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Schikanen Normalität verhindern. Realpolitik ja, Resignation nein – das ist eine Parole, die auch für die ganze Regierungserklärung gilt.

IM GESPRÄCH Max Gallo

Trügerische Bonhomie

Von August Graf Kageneck

Die zweite Umbildung des Kabinetts Mauroy hat Frankreich neben einem saftigen Austerity-Programm auch ein Phantom beschert, das immer wieder in verschiedenen Variationen durch die Kabinette der V. Republik geisterte, mal im totalitären Gewand eines „Informationsministers", mal harmlos firmierend als Regierungssprecher. Die neueste Version des „Porteparole" (wörtlich: Träger des – ministeriellen – Wortes) ist ein beinahe zwei Meter großer Riese mit grauer Haartolle und melancholisch blickenden Augen hinter einer dicken Hornbrille, der auf den melodischen Namen Max Gallo hört.



Sozialist mit semantischem Schleier: Regierungssprecher Max Gallo FOTO: CAMERA PRESS

Wie sein deutscher Konterpart Diether Stolze, kommt Max Gallo aus dem Journalismus. Sein Name weist ihn als Südländer aus. In seinen Adern rollt korsisches und italienisches Blut, und seine Wiege stand in Nizza. In seiner Vaterstadt erlitt er in diesem Frühjahr auch seine erste politische Niederlage beim Versuch, den Giscardisten Jacques Medecin als erblichen Bürgermeister der Mittelmeermetropole zu entthronen. Trotzdem fiel das Auge des Allerhöchsten im Elysée-Palais auf den getreuen Sozialisten der ersten Stunde. Die bisherige Handhabung der Volksaufklärung unter dem „Kommunikations"-(alias: Informations-)Minister George Fillioud hatte den Sozialisten nur Ärger eingebracht. Man entschloß sich also, Gallo, den Kommentator im Parteiblatt „Unité", zum „Staatssekretär und Regierungssprecher" zu ernennen.

Der 51jährige Sohn eines Bankangestellten, tauchte erst 1981 in der Politik auf, als er, bis dahin Professor für Zeitgeschichte an der Nizzaer Universität und nebenher Leiter einer zeithistorischen Kollektion im renommierten Pariser Verlagshaus Robert Laffont, bei den Linksruck-Wahlen im Juni als Abgeordneter seiner Heimatstadt in die Nationalversammlung geschwemmt wurde. Bis dahin hatte er sich auch bei konservativen Franzosen einen Namen als begabter und ungewöhnlich produktiver Schriftsteller gemacht. Zeitgeschichtliche Themen, darunter eine Darstellung des Mussolini-Italien und des Franco-Spanien sowie der Hitlerschen Säuberungsaktion vom Juni 1934, aber auch eine Robespierre-Biographie und ein Epos über die Pariser Kommune von 1970 machen den größten Teil seines nur am Rande romanhaften Werkes aus. Die Wahl seiner Themen kennzeichnet ihn als einen engagierten Historiker des Sozialismus, der es mit semantischem Geschick versteht, die politischen Gegner seines Lagers ins Zwielicht zu rücken. Unter Giscard gelang es dem ehemaligen Mitglied des Kommunistischen Studentenbundes sogar, eine Fernsehserie unter dem Titel „Das Schicksal des Jahrhunderts" in eine diskrete Propaganda-Sendung für den Sozialismus umzufunktionieren.

Solches Manipulationstalent soll sich jetzt in der Kunst üben, eine weithin unpopuläre Politik des „harten und klaren" Sozialismus im In- und Ausland zu verkaufen. Sein eher gemütlicher äußerer Habitus macht ihn dazu auch für die abgefeimtesten Journalisten geeignet. Allerdings sollte, wer den Kern des Mannes herausschälen will, den Artikel lesen, den Gallo am 9. April im „Monde" veröffentlichte. Hier beantwortet der neue Träger der sozialistischen Parole die Frage, wozu die Linke nutze, mit einem knallharten Aktionsprogramm: Beendigung des Regnums der „Chicago-Boys" in der Welt und ihrer Ergänzung in Frankreich, nämlich der „elitären Kasten". Und ein eigener Weg Europas zwischen den beiden „geronnenen Polen USA und UdSSR", den das sozialistische Frankreich weisen könnte. Denn es habe, so Gallo, die Begriffe Realpolitik und Moral glücklich miteinander vereint.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über die neuen Abrüstungsvorschläge Moskaus:

Schon der erste Besuchstag von Erich Honecker in Moskau hat gezeigt, worum es bei diesem Treffen vorrangig geht: Eine neue Phase im Kampf gegen die Nachrüstung einzuleiten. Der sowjetische Parteichef Andropow blieb dabei seiner Linie treu, massive Drohungen mit raffinierten Lockungen zu verbinden. Erst scharfe Attacken gegen die USA, die ganz auf eine weitere Eskalation hindeuteten, dann ein neues Angebot, die Gefechtsköpfe und nicht mehr die Raketen zu zählen. Auch diese Offerte wird noch nicht zu einem Durchbruch in Genf führen, weil wieder die französischen und britischen Raketen mitberechnet werden, und weil offenbleibt, was mit den aus dem europäischen Teil der UdSSR abgezogenen Mittelstreckenwaffen geschehen soll. Aber der Vorschlag ist eine Prüfung wert. Er zeigt zumindest, daß die Karten im Abrüstungspoker noch nicht ausgereizt sind. Die Sowjets bleiben trotz aller verbalen Kraftakte beweglich, ein Grund mehr für den Westen, konsequent an beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses festzuhalten. Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Für das deutsch-deutsche Verhältnis lassen die Wechselbäder, die Moskau dem Westen verabreicht, zumindest die Hoffnung, daß keine völlige Vereisung eintritt. Solange die Sowjets nicht auf totalen Konfrontationskurs gegenüber dem Westen gehen, wird trotz der Belastung durch die Grenzzwischenfälle ein gewisser Spielraum für die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin bleiben.

General-Anzeiger

Die Zeitung merkt zum Hirtenbrief der US-Bischöfe an:

Die Bischöfe Amerikas greifen, anders als ihre deutschen Amtsbrüder, unmittelbar in die politische und militärstrategische Auseinandersetzung ein. Zwar weist das amerikanische Papier in einer Fußnote vorsorglich darauf hin, daß die Bischöfe ihre eigene Sprache gewählt hätten. Es verneint die Absicht der Übernahme von politischen Rezepten und den Vorsatz der Kritik an „spezifischen politischen Maßnahmen". Und natürlich wäre es abwegig, dem Episkopat eine bestimmte politische Motivierung zu unterstellen. Immerhin hatte jeder vierte der in Chicago anwesenden Oberhirten Bedenken gegen die Schärfe des Plädoyers für den Rüstungsstopp, es waren vor allem die älteren Bischöfe, Angehörige der amerikanischen Kriegsgeneration. Dennoch ist die zufällige Verwandtschaft der Zielsetzungen mit der Freezebewegung innerhalb und außerhalb des Parlaments unverkennbar. Der moralische Anspruch erhält Legitimation. Im Kontrast wird die Politik des Präsidenten, die nach wie vor das Opfer hoher Rüstungsbudgets vom Bürger fordert, in noch härteren Konturen als bisher erscheinen.

Zum Nachtisch eine Raketen-Rechnung von Andropow

Die Vorschläge des KP-Generalsekretärs zu den Genfer Verhandlungen / Von Rüdiger Moniac

Jeder sowjetische Vorschlag zu den Genfer Mittelstreckenverhandlungen (INF) verdient die Beachtung der Verantwortlichen im Westen. Dies gilt insbesondere, wenn er von der höchsten politischen Autorität Moskaus kommt, von Jurij Andropow, dem Generalsekretär der Partei, der dies jetzt bei einem Essen für Erich Honecker getan hat. Niemand im Westen darf sich dem Vorwurf aussetzen, er habe die Initiativen der Gegenseite nicht ernsthaft und eingehend genug geprüft.

Was schlägt Andropow vor? Bei einer Verringerung der Sprengköpfe der britischen und französischen Raketen will die Sowjetunion auch die Zahl der Sprengköpfe der SS-20-Raketen entsprechend vermindern. Das gleiche hat Moskau mit den in Europa stationierten nuklearfähigen Flugzeugen vor.

Was ist zu dieser Initiative zu sagen? Zunächst: sie ist nicht neu. Der Gedanke, nicht Abschußsysteme zu zählen, sondern Sprengköpfe, wurde von Andropow bereits letzten Dezember beim Besuch des Bonner Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel in Moskau geäußert. Auch damals schon erklärte der KP-Generalsekretär, Bedingung für die sowjetische Bereitschaft, Sprengköpfe zu zählen, sei allerdings die französische und britische Bereitschaft zur Reduzierung der entsprechenden strategischen Waffen beider Länder. Generaloberst Tscherwow erklärte Vogel am 12. Dezember 1982, heute besäßen Briten und Franzosen bereits 386 Sprengköpfe, in weiteren zwei Jahren, also 1984/85, seien es durch Modernisierung 594 und 1990 gar rund 1200.

Die hier genannten Zahlen sind bislang in der westlichen Öffentlichkeit als sowjetisches Argument nicht bekannt gewesen. Der sowjetische General hat versucht, den deutschen „Laien", was nicht als Vorwurf gemeint ist, in den nur den Fachleuten erkennbaren Untiefen der nuklearstrategischen Details stranden zu lassen. Tscherwow gelang das, indem er Vogel über den Unterschied zwischen MRV und MIRV im unklaren ließ. MIRV bezeichnet mehrere Sprengköpfe auf einem Träger, die unabhängig voneinander lenkbar sind, MRV dagegen mehrere Sprengköpfe auf einem Träger, die nicht lenkbar sind und somit auch nur ein Ziel bekämpfen können. In den SALT-Verhandlungen über die Fernraketen mit interkontinentalen Reichweiten hatte die Sowjetunion längst akzeptiert, daß MRV-Raketenspitzen nur als Äquivalent für einen Sprengkopf zu rechnen sind. Bislang sind auf britischen und französischen Raketen der einschlägigen Kategorie zum Teil MRV-Sprengsätze montiert. Der MRV-Anteil soll wachsen. Erst 1995 erwarten westliche Experten auf französischen Raketenspitzen auch MIRV-Technik.

Die von Tscherwow gegenüber Vogel angeführte Zählweise der Sprengköpfe paßt nicht in die Seriosität von Rüstungskontrollverhandlungen. Aber sie eignet sich wohl dazu, gegenüber einer nicht eben kenntnisreichen westlichen Öffentlichkeit das Argument zu lancieren, schon heute verfüge Westeuropa mit dem britischen und französischen Potential auf 162 Raketen über 386 Sprengköpfe. Man darf gespannt sein, ob die nächste INF-Runde in Genf, die am 17. Mai beginnt, von dieser sowjetischen Taktik bestimmt sein wird.

Doch selbst für den Fall, daß die Sowjetunion dann bereit sein sollte, nach den SALT-Kriterien Sprengköpfe zu berechnen, haben die jüngsten Äußerungen Andropows trotz der ersten vorsichtigen und in der Tendenz positiven Reaktionen aus den NATO-Hauptstädten nicht dazu beigetragen, das entscheidende INF-Problem aufzulösen, an dem die Genfer Verhandlungen haken.

Andropow tut immer noch so, als könne er das „Gleichgewicht" in Europa im Bereich der Atomwaffen mit Reichweiten bis zu 5000 Kilometer in der Berechnung zwischen sowjetischen SS-20-Systemen (einschließlich der älteren SS 4 und SS 5) auf der einen Seite und den britischen sowie französischen Systemen auf der anderen Seite herstellen. Sollte die Sowjetunion beim Beginn der nächsten INF-Runde dies tatsächlich auch am Verhandlungstisch wollen, muß diese ohne ein Ergebnis bleiben, das die Bewertung „Durchbruch" verdienen würde. Die NATO kann es aus politischen wie militärischen Erwägungen heraus nicht akzeptieren, daß Westeuropa gegenüber sowjetischem Territorium zu einer Zone „zweitklassiger Sicherheit" gemacht würde. Aus der Sicht von NATO-Europa wiegen nur amerikanische Systeme die sowjetischen auf, nicht europäische.

Kein Zweifel: Morgen ist Karfreitag und am Sonntag Ostern; zumindest für die 300 000 Gläubigen, die der griechisch-orthodoxen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland angehören. Zentrum der drittgrößten christlichen Kirche in Deutschland ist Bonn. Hier im Stadtteil Beuel residiert der Metropolit Augoustinos, ein gebürtiger Kreter.



Metropolit Augoustinos ist Bischof für ganz Deutschland und Exarch von Zentral-Europa.

Die Kirche folgte ihren Griechen

Von E. NITSCHKE

Das Gotteshaus des Metropoliten Augoustinos im Bonner Stadtteil Beuel mit seiner charakteristischen Kuppel gilt, dem Rang des Bischofs entsprechend, als Kathedrale. Vor genau zwanzig Jahren, 1963, hat die Synode des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel die Gründung der Metropolie am Regierungssitz beschlossen, als immer mehr Griechen ihre Heimat verließen, um in Deutschland zu arbeiten. Heute gibt es in der Bundesrepublik fünfzig griechisch-orthodoxe Gemeinden mit 48 Pfarrern.

Da, wo besonders viele Griechen ansässig wurden, setzte man darüberhinaus noch Weihbischöfe ein. *Sie sind für 25 000 Gläubige* in München zuständig, für 21 000 in Stuttgart und für 10 000 in Hannover. Die katholische und die evangelische Kirche haben der griechisch-orthodoxen „überzählige" Gotteshäuser überlassen, zum Beispiel in Dortmund, Bielefeld und München. In sieben Städten verfügen die Griechisch-Orthodoxen über eigenen Gebäude, so in Berlin (West), Hamburg und Offenbach. Die Kirchen sind bei den Gottesdiensten stets voll, manchmal sogar überfüllt. Metropolit Augoustinos, der in Berlin, Salzburg und Münster studiert hat und fließend Deutsch spricht: „Die Geistlichen sind Vertrauenspersonen, die man zu jeder Tages- und Nachtzeit aufsucht und mit denen sämtliche Sorgen des täglichen Lebens besprochen werden."

Bonn, Dietrich-Bonhoeffer-Straße Nummer 2 an einem Sonntagvormittag: die Griechen gehen in ihre Kathedrale. Bei den Griechisch-Orthodoxen steht man, in der Regel dauert der Gottesdienst zwei bis drei Stunden, es sind meist nur wenige Sitzgelegenheiten für Alte und Kranke an den Wänden vorhanden. Hier ist man von dem Brauch abgewichen, es gibt einige Stuhlreihen unter der Kuppel. Die Kirche ist so neu, daß die erste traditionelle Ausmalung, die bald und je nach Eingang der Gelder das ganze Innere bedecken wird, erst in der Kuppel vollendet wurde. Die „Bilderwand" mit den Ikonen, die den ganzen Altarraum von den Gläubigen trennt, ist in Chania auf Kreta – woher der Metropolit stammt – aus bayerischem Lindenholz geschnitzt worden. Wer herein kommt, küßt die Ikone, die auf einem Stehpult am Eingang liegt, und entzündet eine Kerze. Frauen begeben sich automatisch auf die linke Seite des Kircheninneren, Männer auf die rechte: die alte Trennung der Geschlechter im Gotteshaus, früher in allen christlichen Kirchen Gebot, ist hier noch wirksam.

Die weihevolle Handlung, manchmal unterbrochen durch Umzüge des Erzpriesters Ntallis Sokratis mit sakralem Gerät durch die Gemeinde, scheint endlos. Es ist erstaunlich, wie diszipliniert sie auch kleine Kinder durchstehen. Niemand geht nach dem Ende gleich nach Hause. Im Gemeindesaal ist an jedem Sonntag der Tisch gedeckt, es gibt Kaffee und Kuchen, ein großes Familienfest entwickelt sich, die Geistlichkeit sitzt mitten darin. Kein Wunder, daß der Metropolit gebeten wird, eine griechische Gaststätte in Wanne-Eickel einzusegnen (was er auch tut), daß man seinen Rat für die Einschulung von Kindern holt, berufliche Nöte vorträgt.

Eminenz Augoustinos, der bei knappster Personaldecke seines Verwaltungsapparates auch gelegentlich die Glocke seiner Kathedrale selber läutet, meint dazu: „Das ist kein Amt der Autorität, das ist ein Amt der Liebe." Gern würde der jetzt 45jährige Kreter es auch auftragsgemäß im anderen Deutschland ausüben. Doch dafür stehen noch Verhandlungen aus. Die Griechisch-Orthodoxen jenseits von Mauer und Stacheldraht besuchen, weil anderes nicht zur Verfügung steht, russisch-orthodoxe Kirchen, obwohl Berlin (Ost), Leipzig oder Dresden Gemeinden unter der Metropolie von Bonn sind.

In den populären Schriften, die der Metropolit Gelegenheitsbesuchern verteilt, die über seine Kirche informiert sein wollen, ist über solche Ungereimtheiten, die in aller Diskretion ausgeräumt werden sollen, nichts verzeichnet. Und auch nichts über die komplizierte Geschichte der Orthodoxie, die für 170 Millionen Gläubige weltweit von höchster Bedeutung ist.

Im Jahre 1054 trennte sich die Ostkirche des untergegangenen Römischen Reiches aus kultischen und dogmatischen Gründen von der in Rom. Ihr Sitz blieb die alte Hauptstadt Konstantinopel, auch als der Islam das Land in Besitz nahm.

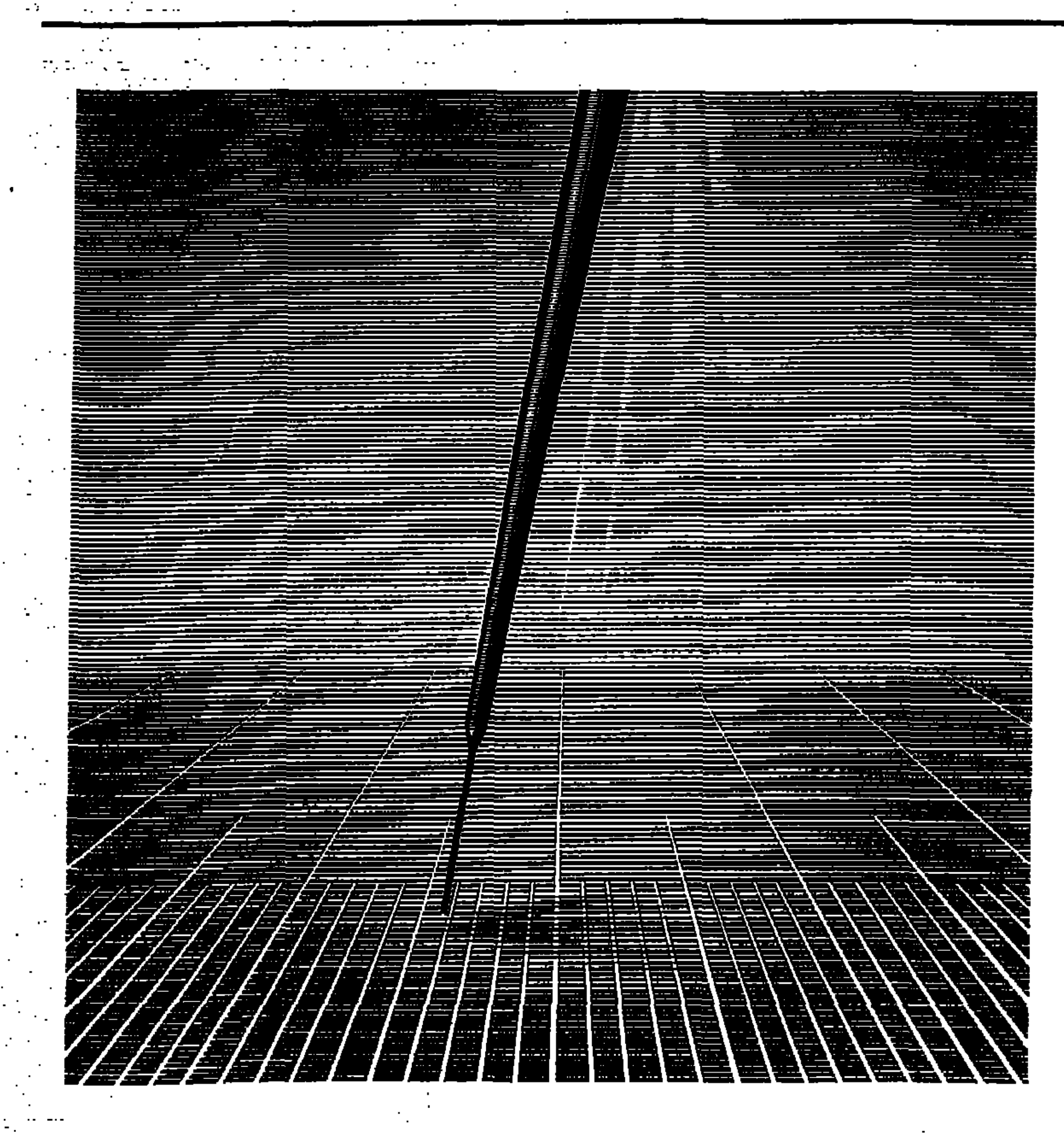
Die Bedeutung von Konstantinopel sank im Verlauf der Geschichte rapide, nachdem der Großfürst von Moskau den (griechischen) Metropoliten Isidoro 1448 absetzte und seither hier nur noch russische Oberhirten geduldet wurden. Die tiefen Spuren der Jahrhunderte werden im Strukturplan der orthodoxen Kirchen sichtbar, wenn man sieht, daß Konstantinopel heute zuständig ist für die Diözesen in der Türkei und Griechenland, für Amerika, Europa, Australien und Neuseeland, daß es zur Orthodoxen Kirche Albaniens in der Liste heißt: „Erzbistum, offiziell nicht existent", und schließlich, daß die „Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche" in ihrer Heimat überhaupt keine Heimat mehr hat. Sie besteht nur noch aus den drei sich selbständig verwaltenden Kirchengruppen Westeuropa/Australien, USA/Südamerika und Kanada!

Licht in diese Verhältnisse, die sonst nur von Experten diskutiert werden, brachte ein Ereignis des Jahres 1965. Anläßlich der letzten öffentlichen Sitzung des Vatikanischen Konzils am 7. Dezember dieses Jahres fielen sich Christen der römisch-katholischen und der orthodoxen Richtung in die Arme, als die gegenseitige Exkommunikation, die 1054 der römische Kardinal Humbert im Auftrag der Kurie und der Patriarch Michael Caerularius ausgetauscht hatten, feierlich aufgehoben wurde.

Die Unterschiede blieben. „Nirgendwo hat sich im Osten der Zustand herausgebildet, der für das christliche Mittelalter im Abendland so bezeichnend wurde, daß die Bischöfe zu feudalen Landesherren ihrer Diözesen, die Diözesen selbst zu Territorien wurden", schreibt Ernst Benz in seinem Buch „Geist und Leben der Ostkirche" Im einzelnen blieb: Die Orthodoxie lehnt die Unfehlbarkeit des Papstes ab, der Heilige Geist geht vom Vater, nicht vom Vater und dem Sohne aus, das Zölibat gilt nur für Mönche und Bischöfe, *bei der Messe gibt es, im Gegensatz* zum römischen Ritus, gesäuertes Brot. Und: „Wir sind keine katholische Kirche", sagt der Metropolit in Bonn.

Seine Kathedrale, in der hundert Leute sitzen und sicherlich ein paar hundert stehen können, zeigt das deutlich. Sie ist der Heiligen Dreieinigkeit geweiht. Die darf aber als Ikone nur in seit Jahrhunderten streng geregelten Bildern gezeigt werden, häufig als Besuch der drei Engel bei Abraham im Hain Mamre, wie im Ersten Buch Mose der Bibel geschildert. Zulässig ist auch noch die Darstellung der göttlichen Dreifaltigkeit als Erscheinung bei der Taufe Jesu: Christus im Jordanwasser, darüber die Hand des Vaters, der Heilige *Geist in Gestalt der Taube.*

Metropolit Augoustinos: „Unser Ziel ist nicht eine Einigung, die zur Angleichung und Einheitlichkeit führt." Am Nachmittag muß er, in vollem Ornat, in ein paar Fabriken, dann zu einer Tagung. Im letzten Jahr, er hat es gezählt, hatte er 92 davon im eigenen Haus in Bonn, von dessen personeller Ausstattung er sagt: „Unser Personal ist der Glaube."



Die Kathedrale in Bonn-Beuel ist Zentrum der Griechisch-Orthodoxen Kirche in Deutschland. FOTOS: PETER MITCHELL

Flucht vor Whitehall: „Freitags ziehe ich hinaus ins Land"

Von FRITZ WIRTH

Ihre Haare waren mehrfach getönt und wirkten unaufgeräumt. Ihre Gedanken ebenfalls. Sie sangen Rotgefärbtes („We want nationalisation" – „Wir wollen die Verstaatlichung") und bedienten sich dazu der tory-blauesten Melodie aus dem Gesangbuch erzkonservativer britischer Nationalisten: „Land of Hope and Glory". Sie intonierten gellende Wechselgesänge „Maggie out – Socialism in", trugen mit schwerem Gold bedruckte Gewerkschaftsfahnen und die Symbole der Anti-Nuklearbewegung.

Sie hatten guten Grund zur Mobilmachung, denn die erste und beste Adresse zum Protest war vor ihrer Haustür erschienen: Margaret Thatcher war im Lande. Es war Freitag, und Freitag ist „Ausgehtag" im Alltag der britischen Premierministerin. Wann immer es die Staatsgeschäfte erlauben, sucht sie am Freitag den Bürger-Kontakt.

Die britische Protest-Industrie weiß es und schiebt sich stets mit Plakaten, Fahnen und Protestmunition zwischen Premier und Bürgern. Freitag ist für sie „demo-day" und das große Katz-und-Maus-Spiel mit den Sicherheitsbeamten, die die erste Dame aus Westminster zu schützen haben.

2000 waren in Sheffield erschienen, angeführt von britischen Chef-Demonstranten und Boß der Bergarbeiter-Gewerkschaft, Arthur Scargill. Sie hatten Mehltüten und faule Eier geworfen. Zwölf Demonstranten wurden verhaftet, eine Polizistin, die vom Pferd stürzte, verletzt. Das ist heute der Preis für Bürgernähe britischer Premierminister.

Nun war sie nach Nottingham gekommen. Grantham, ihr Geburtsort, ist keine 20 Kilometer entfernt. Als sie noch Margaret Roberts hieß und nichts als die Tochter eines puritanischen Lebensmittelhändlers war, fuhr sie regelmäßig nach Nottingham zum Einkaufen, erzählt sie jenen zivil gekleideten Polizisten, die sie nun vor politisch andersgläubigen Bürgern von Nottingham zu schützen haben.

Zu einem Problem jedoch werden sie nicht. Sie sind 150 an der Zahl, die Polizei ist gleichstark und außerdem ist der stahlgepanzerte Daimler der Premierministerin mit der Autonummer CUL 708 Y innerhalb von fünf Sekunden an ihnen vorbei in eine Möbelfabrik gerauscht, noch bevor sie Zeit hatten, „Maggie raus" zu gröhlen.

Der Tag hatte am frühen Morgen in Derby begonnen. Eine Fabrik, die Scheckbücher für die großen Banken druckt, hatte eine neue Maschine aufgestellt. „Das beste und modernste, was heute in Europa in Betrieb ist", sagten die Besitzer stolz. Und Margaret Thatcher war für sie gerade gut genug, sie in Gang zu setzen.

Sie durchschneidet brav ein weißes Band und zieht einen Vorhang auf, der eine Plakette freilegt, die dies als ein historisches Ereignis feiert. „Another first for Britain", sagt Margaret Thatcher stolz, als sie das Band zerschneidet. Die Herren Direktoren schauen ein wenig verlegen. Ein beträchtlicher Teil ihres Maschinenparks stammt aus Deutschland, der Schweiz und Italien.

„Ein Premierminister für die Eröffnung einer Druckmaschine? Sind da nicht etwas die Dimensionen verrutscht?" – Ian Gow, ihr Parlamentarischer Privatsekretär und „ständiger Begleiter", sieht das anders. „Solche Zeremonien sind Nebenprodukte. Ihr Hauptinteresse gilt den Menschen, die hier arbeiten. Haben Sie gesehen, wie die sich um den Premierminister drängen? Für diese Leute ist das ein unvergeßliches Erlebnis." – „Also Wahlkampf." – „Falsch", sagt Gow. „Was sie hier tut, macht sie schon seit ihrem ersten Tag als Premierministerin. Die große Gefahr für einen Regierungschef ist der Erstickungstod im Treibhausklima von Whitehall. Wenn Sie so wollen, ist dies eine Flucht vor Whitehall, vor dem Apparat und vor den Beamten, die sie Tag für Tag umgeben. Sie will sich nicht vom Bürger und vom britischen Alltag abkapseln lassen. Dies sind für sie ihre wichtigsten Reisen."

Sie selbst sieht diese Reisen ganz undramatisch: „Von Montags bis Donnerstags werde ich im Parlament immer wieder von der Opposition bombardiert, was denn alles falsch läuft in diesem Lande. Am Freitag ziehe ich hinaus ins Land, um mich zu vergewissern, wie falsch die Opposition liegt."

Sie trägt ein unauffälliges graues Jackenkleid, das kaum eleganter wirkt als der Dreß mancher Frauen in den Fabriken, die sie besucht. Das Zeremoniell dieser Reisen ist stets gleich: Anfahrt ohne große Polizei-Eskorte, kurzes Händeschütteln mit den nervösen Direktoren in ihren Nadelstreifen-Anzügen, und von dann an befindet sie sich auf der Flucht vor dem Protokoll. Sie hat keine Zeit für artige Höflichkeitsfloskeln ihrer Gastgeber, sondern steuert sofort auf Zuschauer am Rande zu.

Als sie die Scheckbuch-Fabrik verläßt, hat sie mindestens ein Drittel der 350 Angestellten persönlich begrüßt, aber noch lange nicht alle Direktoren. Dabei wurde nicht ein einziges Wahlgespräch geführt, nicht einmal um Stimmen gebettelt. „Wir sprachen über Preise, übers Kochen und über Kinder", sagen die Angesprochenen und bekennen: „Sie ist viel natürlicher als sie im Fernsehen wirkt."

Obwohl mit keinem Wort um Stimmen gebuhlt wird – Zufall ist es nicht, daß sie im Vorfeld der Unterhauswahlen diese britischen Landstriche aufsucht. Die Midlands – Städte wie Birmingham, Coventry, Derby und Nottingham – sind das Schlachtfeld, auf dem diese Wahl entschieden wird. Sie liegen im Grenzbereich der Trennungslinie zwischen dem britischen sozialistischen Norden und dem konservativen Süden. Die Midlands sind das große Niemandsland der kommenden Wahl. Mit diesem Besuch werden erste Kampfpositionen getestet.

Bis um drei Uhr am Nachmittag hat sie drei Gedenktafeln enthüllt, eine neue Druckmaschine und eine neue Möbelfabrik eröffnet. Ihre Reden sind knapp und bringen stets die gleiche Botschaft an den Mann: „Das Schlimmste liegt hinter uns. Ich weiß, daß wir es schaffen werden, wenn wir uns darauf konzentieren, Qualität zu produzieren." Sie preist den „Genius britischer Kreativität". „Für mich ist es wichtig, daß wir die besten Produkte in der Welt produzieren, so daß ich auf meinen Auslandsreisen zu Recht die britische Flagge zeigen kann."

Dann inspiziert sie mit einer fast penetranten Neugier Dutzende kreischender Spezialmaschinen, als sei sie fest entschlossen, die Fabrik als gelernte Möbelschreinerin zu verlassen. Denis Thatcher folgt, mit den Spuren einer zu eiligen Rasur im Gesicht, mit stark gebremster Neugier im Publicity- und Goodwill-Schatten seiner Frau. Er klagt über die immer noch zu zahlreichen Termine in seinem Wirtschafts-Pensionärsdasein und hat eine für sein Alter bemerkenswerte Technik entwickelt, im eleganten Sprung jene Frontgebiete zu überwinden, in denen zuweilen faule Eier in der Luft sind, und in der Sicherheit des wartenden Daimlers zu verschwinden.

Beim Abschied aus Nottingham *ist der Protest der 150* Demonstranten so unaufgeräumt und desorganisiert wie am Beginn. „Wir hassen die Tories" singen sie und haben keine Zeit mehr für den Refrain, weil der Daimler der Premierministerin schon nach fünf Sekunden wieder ihren Blicken entschwunden ist. Ian Gow schaut trotz aller feindseligen Gesänge nicht ohne Wohlwollen auf dieses Panorama ungebügelter Demonstrations-Hygiene: „Sie sind", sagt er, „in den nächsten Monaten unsere besten Wahlstimmen-Agenten."



Margaret Thatcher in der Provinz: Der Zuschauer am Rande findet ihr größtes Interesse. FOTO: ACHACHE/STUDIO X





Was Jaruzelski im Jahre 1939 schrieb

JOACHIM G. GÖRLICH, **Bonn**

Die polnische Untergrundzeitschrift „Kos" veröffentlichte jetzt Auszüge aus einem Artikel, der im Blatt des Pfadfinderfähnleins des Nobel-Internatsgymnasiums der Marienväter in Bielany bei Warschau im April 1939 veröffentlicht worden war. Unterschrieben ist dieser Artikel vom 16jährigen Pfadfinder und Gymnasiasten Wojciech Witold Jaruzelski, dem heutigen polnischen Militärratschef. In dem Aufsatz heißt es unter anderem: „Das wichtigste Ziel und die Parole eines jeden Pfadfinders muß der Dienst für Gott und Vaterland sein ... Denken wir stets daran, daß wir in der Verpflichtung der ‚Lemberger Adler' (die Lemberg gegen die Rote Armee verteidigten) und in der jener Pfadfinder stehen, die im Jahre 1920 bei der Verteidigung unseres Landes vor dem roten Aggressor gefallen sind. Der Tod unseres Kameraden Roger, der sein junges Leben im Kampf um den Anschluß des schlesischen Olsa-Gebietes (gehörte damals zur CSR) an das Mutterland Polen opferte, möge uns Ansporn und Wecksignal bleiben."

Ein Jahr später wurde der junge Wehrertüchtigungsmann Jaruzelski in das Lager für polnische Fähnriche in Pawlischtschew Bor (UdSSR) gebracht, von wo er eines Nachts spurlos verschwand, um dann als Politoffizier der polnischen Volksarmee wieder aufzutauchen, einer Einheit, die aktiv an der Bekämpfung von „politischen Banden" teilnahm.

Späth scheut den Zwist mit Düsseldorf nicht

Von XING-HU KUO

Baden-Württemberg will um jeden Preis seine Spitzenposition in der deutschen Forschungslandschaft behaupten. Dies hat Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) jetzt in Stuttgart deutlich gemacht. Anlaß für diese Erklärung war der Streit mit Nordrhein-Westfalen um die Berufung des Stuttgarter Professors für Mikro-Elektronik, Ernst Lüder, nach Duisburg für ein dort zu errichtendes Forschungszentrum für Mikro-Elektronik der Frauenhofer-Gesellschaft (s. WELT v. 26. 4.). Nach Späths Zusage, in Stuttgart in Konkurrenz zu Duisburg ein eigenes Zentrum für Mikro-Elektronik unter Beteiligung der Wirtschaft (Gesamtkosten: 60 Millionen Mark) zu errichten, entschied sich der nach Duisburg berufene Lüder für ein Weiterarbeiten in Baden-Württemberg.



Die Vorwürfe aus Düsseldorf (dort sprach man von „Bundesliga-Praktiken" Stuttgarts) wies Späth jetzt entschieden zurück. Im Gegensatz zu einem Sprecher des Wissenschaftsministeriums sagte er, das Angebot der Landesregierung an den seit zwölf Jahren in Stuttgart tätigen Wissenschaftler, hierzubleiben, sei „nichts Außergewöhnliches". Im übrigen sei ein Mikro-Elektronik-Forschungszentrum in Stuttgart besser aufgehoben als in Duisburg, meinte Späth unter Anspielung auf die Struktur- und andere Schwächen Nordrhein-Westfalens. Es sei eine „krankhafte Vorstellung", daß es in der Bundesrepublik nur ein Mikro-Elektronik-Zentrum geben dürfe. Nichts spreche dagegen, sowohl in Duisburg als auch in Stuttgart eine solche Einrichtung zu gründen.

Nordrhein-Westfalen hatte vor allem kritisiert, daß Baden-Württemberg in den Gremien bis zum Schluß alle Entscheidungen – auch Lüders Berufung – für die Einrichtung des von Bund und Ländern gemeinsam geförderten Forschungsvorhabens mitgetroffen hat, um das Projekt dann durch einen Alleingang zu „torpedieren". Auch der Düsseldorfer Oppositionsführer, Späths Parteifreund Kurt Biedenkopf, hatte die Stuttgarter Landesregierung wegen der Lüder-Aktion scharf kritisiert.

Späth teilte mit, daß in Baden-Württemberg auch zahlreiche andere Forschungsvorhaben in nächster Zeit in Angriff genommen würden. An der Universität Heidelberg wird ein neues gentechnisches Institut gegründet, mit Gesamtbaukosten von 36 Millionen Mark. An der Stuttgarter Universität ist der Bau einer Windkanalanlage für 31 Millionen Mark geplant. 40 Millionen Mark kosten Höchstleistungsrechner für die Universitäten in Karlsruhe und Stuttgart, in Karlsruhe soll außerdem ein Forschungszentrum „Informatik" gegründet werden.

Auch künftig will Späth keine Auseinandersetzungen mit anderen Bundesländern in diesen Fragen scheuen: Baden-Württemberg sei fest entschlossen, sein Forschungskonzept für die Zukunft konsequent zu verwirklichen. Während Nordrhein-Westfalen erst jetzt begonnen habe, seine wichtigsten Industrien (Kohle und Stahl) auf moderne Technologien umzurüsten, seien im Südwesten diese zukunftsträchtigen Branchen „bereits vorhanden".

In Baden-Württemberg ist schon heute ein Viertel aller deutschen Sonderforschungsbereiche angesiedelt. 25 Prozent aller Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft befinden sich im Südwesten. Die Institute dieser Organisation betreiben überwiegend Grundlagenforschung. 45 Prozent der Mitarbeiter der Frauenhofer-Gesellschaft sind in Baden-Württemberg tätig, die im Auftrag von Wirtschaft und Behörden auf natur- und ingenieurwissenschaftlichem Gebiet Forschung betreibt. Auch bei den Großforschungseinrichtungen, die zu 90 Prozent vom Bund finanziert werden, geht ein Drittel der Mittel an das Land Baden-Württemberg.

Bei diesen Zahlen setzte auch Düsseldorfs Kritik an: Jahrelang habe Nordrhein-Westfalen bei der Forschungsförderung zu den Geberländern gehört. Wenn jetzt das Frauenhofer-Institut nach Duisburg komme, sei es unerträglich, daß ausgerechnet aus dem überversorgten Baden-Württemberg Querschüsse kommen.

Honecker „Held der Sowjetunion"

Als erster Parteiführer des Ostens durfte SED-Chef Andropow Aufwartung machen

FRIED H. NEUMANN, **Moskau**

Angestrengt um Haltung bemüht, um der Feierlichkeit des Augenblicks gewachsen zu sein, stand Erich Honecker kerzengerade, die Lippen zusammengepreßt, in der Kremlhalle. Am Marmortisch, auf dem einst der Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion unterzeichnet wurde, überreichte jetzt Generalsekretär Jurij Andropow „unserem treuen Freund" den Lenin-Orden und den goldenen Stern, der den Staatsratsvorsitzenden zum „Helden der Sowjetunion" erhebt.

„Das ist ein bewegender Augenblick im Leben eines Kommunisten", bekannte Honecker in seiner Dankansprache, nachdem ihm der greise Wassilij Kusnetzow die Auszeichnungen an das Revers geheftet hatte. So wurde durch das abgestufte Zusammenwirken von Parteichef und stellvertretendem Staatspräsidenten das protokollarische Defizit gemeistert, das seit dem Tode Breschnews in der Sowjetunion besteht: Dem Kreml fehlt noch immer ein Staatsoberhaupt.

Ohne Pomp zwar, aber mit der strahlendsten Freundlichkeit, die in der Ära Andropow bisher verströmt wurde, ist die fast zwei Dutzend Funktionäre umfassende „Partei- und Regierungsdelegation der DDR" in Moskau empfangen worden. Die Tagesschau des sowjetischen Fernsehens, normalerweise eine halbe Stunde lang, verwendete 43 Minuten allein für dieses Ereignis. Die an sich schon auffällige Tatsache, daß Erich Honecker *als erster Parteichef des Ostblocks* seine Aufwartung bei Generalsekretär Andropow machen durfte, wurde durch diese publizistische Aufmerksamkeit noch unterstrichen. Es ist nicht anzunehmen, daß sich beide besonders gut kennen, aber die Bruderküsse bei der Begrüßung gelangen ihnen schon recht eindrucksvoll.

Später fehlte es nicht an rhetorischen Hinweisen auf die wirtschaftliche Vorrangstellung Mitteldeutschlands. Andropow wie Honecker hoben vor allem die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit hervor. Dabei ließ sich unschwer erkennen, daß die „DDR" künftig noch stärker für die Ausrüstung der Sowjetunion und anderer RGW-Staaten mit Mikroelektronik und Produktionsautomaten sorgen soll. Die technologische Spitzenposition Ost-Berlins war im vergangenen Spätsommer schon beim Treffen Honeckers mit Breschnew auf der Krim gefeiert worden. Jetzt sprachen sich die Parteiführer für eine noch engere Verzahnung der Wirtschaftspotentiale aus. Diesen Punkt bereicherte Honecker mit dem Hinweis, daß die Sowjetunion vor allem als Lieferant von Roh- und Energiestoffen geschätzt werde. Sei es beabsichtigt gewesen oder nicht: Das qualitative Ungleichgewicht der Handelsströme hat er damit jedenfalls deutlich gemacht. In den Reden kam auch zum Ausdruck, daß beide Seiten mit wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen haben.

Honecker traf, nachdem er seinen Besuch in der Bundesrepublik abgesagt hatte, zwei Monate vor Bundeskanzler Kohl in Moskau ein. Die abwartende Haltung, mit der im Kreml immer noch auf die neue Bundesregierung geblickt wird, zeigte sich auch in den Äußerungen des sowjetischen Parteichefs, während Honecker vorsichtshalber über Bonn kein Wort verlor. In seiner Bankettansprache, die mit Warnungen und Mahnungen an die Adresse Washingtons nicht sparsam umging, die aber auch erstmals das Angebot enthielt, in die Genfer Verhandlungen die Zahl der jeweiligen Atomsprengköpfe mit einzubeziehen, brachte Andropow mit sanftem Tadel die Frage unter: Die Staatsmänner der Bundesrepublik hätten doch mehrfach der Feststellung zugestimmt, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Wie sei damit ihre Unterstützung für die Aufstellung amerikanischer Raketen in Westdeutschland zu vereinbaren? Es handele sich doch um Erstschlagwaffen. In der Erwartung, daß ein Appell an nationale Empfindlichkeiten nicht schaden könne, wenn sie sich gegen die USA mobilisieren lassen, fügte er hinzu: Die Entscheidung über den Einsatz der Raketen werde von Leuten getroffen, die jenseits des Ozeans säßen.

Trotz des großen Zeitaufwandes, mit dem das sowjetische Fernsehen den Besuch würdigte, ließen sich nur wenige Einblicke in das eigentliche Geschehen gewinnen: Während der Hälfte dieser Zeit verlasen die Nachrichtensprecher die Reden des Abends. Im Bild wurde nur die Ankunft, eine Vollsitzung beider Seiten im Kreml und die Verleihung der Orden an Honecker gezeigt.

Andropow verlas dabei, durch getönte Brillengläser blickend, seine Ansprache von Papieren ab, die beständig heftig zitterten, obwohl er sie mit beiden Händen hielt. Seine hohe Stimme klang jedoch fest und klar. Unmittelbar hinter Honecker flüsterte eine Dolmetscherin dem Staatsratsvorsitzenden simultan die Übersetzung ins Ohr. Die Sprache des großen Brudervolkes, dem er „unerschütterliche Treue" gelobte, ist ihm nicht vertraut. Aus demselben Grunde blieben umgekehrt seine ausführlichen Dankesworte den zahlreich aufgebotenen sowjetischen Führungsfunktionären größtenteils unverständlich: Honeckers Rede wurde nicht übersetzt.

„Soziale Sicherung entstaatlichen"

Biedenkopf: Junktim von Arbeits- und Sozialverhältnis auflösen

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hat sich auf dem Mittelstandskongreß der CDU für eine Entkoppelung des Arbeits- und des Sozialverhältnisses ausgesprochen (WELT v. 2. 5.). Der Arbeitnehmer habe gegenwärtig keinerlei Einfluß auf die Gestaltung seiner sozialen Sicherung, was letztlich zu mangelnder Eigenverantwortung führe. Notwendig *sei eine „Entstaatlichung" der* sozialen Sicherung. Im Gespräch mit der WELT erläuterte Biedenkopf seine Vorstellungen.

Ansatz der Überlegungen Biedenkopfs für die Neuordnung des Arbeitsmarktes, dessen mangelnde Flexibilität er für die hohen Arbeitslosenzahlen verantwortlich macht, sowie für die Reform unseres Sozialsicherungssystems ist die Beschäftigung mit der „Schattenwirtschaft". Diese im Volksmund als „Schwarzarbeit" bezeichnete Schattenökonomie finde ihren Ausgangspunkt in der Erstarrung des staatlichen Bereichs. „Die innovatorischen Prozesse in der Gesellschaft kommen heute von unten und gehen nach oben – wenn man den Staat oben und die Bevölkerung unten sehen will." Die staatliche Bürokratie sehe nach ungeheurer Expansion in den vergangenen Jahren ihre Existenz durch die ausbleibenden Wachstumsraten gefährdet. In der Vergangenheit habe sich der Staat durch wachsende Verschuldung darüber hinweggeholfen. Biedenkopf: „Aber jetzt kommt die Bevölkerung und macht die Verschuldung nicht mehr mit."

Die Gebietskörperschaften – Bund, Länder und Gemeinden – müßten, wenn die Fortentwicklung der staatlichen Verschuldung aufgrund des politischen Drucks zum Stillstand komme, ohne Wachstum auskommen. Dies werde zu ungeheuren Spannungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden „um die Verteilung des schrumpfenden Kuchens" führen.

Für die Föderation Bundesrepublik Deutschland sei dies ein größeres Problem als für die Gesellschaft. Die Gesellschaft werde sich elastisch anpassen. Die Bürger unseres Landes seien intuitiv dabei, durch den Ausweg in die Schattenökonomie „den Staat auf Trab zu bringen". Man müsse sehen, daß der einzige wirkliche Wachstumsbereich in unserer heutigen Wirtschaft, mit Zuwachsraten von sieben bis 12 Prozent, die Schattenökonomie sei.

Nach der Analyse von Professor Biedenkopf ergeben sich drei Hauptgründe für die Arbeitslosigkeit insgesamt:

- Die Lohnnebenkosten seien höher als das Einkommen der Arbeitnehmer;
- der Arbeitsmarkt sei erstarrt;
- der Arbeitsvertrag sei total verknüpft mit dem System der sozialen Sicherheit.

Zum ersten dieser Gründe sagte Biedenkopf: „Die Arbeitnehmer arbeiten heute nicht mehr in erster Linie für ihr Einkommen, sondern in erster Linie für den Staat." Man müsse die sogenannten „Lohnnebenkosten" allerdings richtig rechnen. Nehme ein Arbeiter beispielsweise 15 Mark netto nach Hause, so müßten Steuern, Arbeitnehmeranteil für die Sozialversicherung, Arbeitgeberanteil, der Jahresurlaub, die 13 Feiertage im Jahr und auch die Durchschnittskrankheitsdauer von etwa 14 Tagen dazugerechnet werden. Zusammen macht dies dann mit dem Nettoarbeitsentgelt 35 Mark aus. „Der Mann, der 15 Mark netto nach Hause nimmt, muß 20 Mark dazuverdienen, um all das zu finanzieren, was politisch festgesetzt ist – worauf er keinen Einfluß hat."

Der Arbeitsmarkt sei erstarrt, argumentiert der stellvertretende CDU-Vorsitzende, weil das sogenannte „Kartell" der Arbeitsbesitzer immer höhere Löhne beschließe, ohne Rücksicht auf die Folgen für die Arbeitslosen. Dies wäre nicht schlimm, wenn Arbeitslose in den Arbeitsmarkt gehen könnten und dort für ein geringeres Entgelt, zum Beispiel für zwei Drittel der Tariflöhne, arbeiten könnten. Die Arbeitgeber aber dürften die arbeitswilligen Arbeitslosen nur zu dem vereinbarten hohen Lohn beschäftigen; das aber sei unbezahlbar.

Biedenkopf setzt sich entschieden für die Auflösung des bisher untrennbar erscheinenden Junktims zwischen Arbeitsverhältnis, in dem der Lohn erarbeitet werde, und Sozialverhältnis, aus dem die soziale Sicherheit des Arbeitnehmers stamme, ein. Heute gelte: „Nur wer arbeitet, hat Sicherheit." Wenn man den nach Flexibilität verlangenen Arbeitsmarkt mit dem nach Stabilität verlangenden sozialen Sicherungssystemen verbinde, „dann setzt sich natürlich die stabile Seite durch. Der Arbeitsmarkt ist so organisiert, daß er erstarren muß".

Die Verbindung von Arbeits- und Sozialverhältnis sei so lange sinnvoll gewesen, wie die Arbeitnehmer Proletarier gewesen seien, auf einem Existenzminimum, unfähig, eigenständig betriebswirtschaftlich zu handeln. „Heute ist aber der Arbeiterhaushalt in der Lage, über Jahre hinweg wirtschaftliche Dispositionen zu treffen. Vom Sozialsystem wird er aber immer noch als Unmündiger behandelt." Die Folge sei, daß der so behandelte Bürger sich auch unmündig verhalte, die Gesetzmäßigkeiten des Sozialsicherungssystems nicht respektiere, sondern versuche, so viel „herauszuholen" wie möglich.

Das System belohne heute Verschwendung und bestrafe Wirtschaftlichkeit – das Gegenteil dessen, was notwendig sei. Wenn man nun aber beide Systeme trenne, die Flexibilität des Arbeitsmarktes wiederherstelle – also die Schattenwirtschaft legal mache, die ja letztlich nur aus der Flucht vor dem überhöhten Lohnnebenkosten entstanden sei – und dem Arbeitnehmer überlasse, in welchem Umfang er soziale Vorsorge betreibe, so entstünden im Sozialsicherungssystem miteinander konkurrierende Alternativen, die sehr schnell zu Wirtschaftlichkeit führten und Arbeitslosigkeit beseitige.

Entscheidung über Pflegesatz

AP, Kassel

Die Krankenhäuser sind verpflichtet, die Krankenkassen-Patienten in Ein- oder Zweibettzimmer zu legen und vom Chefarzt behandeln zu lassen, wenn dies aus medizinischen Gründen erforderlich ist. So entschied das Bundessozialgericht in Kassel. Diese Sonderleistungen werden durch den von der Krankenkasse oder dem Versorgungsamt gezahlten allgemeinen Pflegesatz mit abgegolten. In derartigen Fällen dürfen die Krankenhäuser keine sogenannten Wahlleistungen berechnen. Zur Begründung wurde vom Bundessozialgericht *darauf hingewiesen, daß die* Krankenhäuser medizinisch zweckmäßige und ausreichende Leistungen erbringen müssen. Das schließe auch die medizinisch notwendige Behandlung in einer anderen als der sonst üblichen Art ein. Mit dem Pflegesatz werde jegliche notwendige Behandlung vergütet. (Aktenzeichen' 9 RV 19/82).

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

2000 neue Stellen

In Berlin stehen dafür 76 Millionen Mark bereit

F. D. Berlin

Die Bewältigung der Arbeitslosigkeit als ein zentraler Punkt der Berlin-Politik – getreu dieser Leitlinie rüstet sich die Landesregierung, die Zahl der im März an der Spree registrierten 90 213 Arbeitslosen weiter zu drücken. Mit einem jetzt verabschiedeten zweiten „Programm für arbeitsmarktentlastende Sondermaßnahmen" (ABM) will der Berliner Senat von Juli dieses Jahres an weitere 2000 zeitlich befristete Arbeitsstellen schaffen, für die 76 Millionen Mark bereitstehen. Insgesamt sollen bis Ende 1984 dann in der Stadt 7250 ABM-Plätze für Arbeitslose zur Verfügung stehen.

Die nach Worten von Arbeitssenator Edmund Wronski (CDU/ „erfolgreiche Umsetzung" des im November vergangenen Jahres beschlossenen ersten ABM-Programms sowie die Bereitstellung von 56 Millionen Mark aus dem Fördertopf der Bundesanstalt für Arbeit ließ den Senat jetzt „nach dem greifen, was greifbar war", so Wronski. Den Bundesmitteln wird in Berlin nicht nur eine arbeitsmarktentlastende Wirkung zugesprochen, sondern auch ein erheblicher Kaufkraftzuwachs, „dessen Impulse für die konsumierende Wirtschaft nicht zu vernachlässigen sind", heißt es im Senatsbeschluß.

Die beschäftigungspolitische Komponente des zweiten ABM-Programms äußert sich darin, daß allein bei den Bezirks- und Senatsverwaltungen zusätzlich 1000 volle Arbeitsstellen geschaffen werden. Bei den Eigenbetrieben des Landes Berlin – wie der Stadtreinigung oder den Entwässerungswerken – richtet der Senat 350 neue Stellen ein. 200 weitere entstehen in einem Sonderprogramm für Sozialhilfeempfänger, dazu kommen 50 Arbeitsplätze bei Bundesbehörden und der Europäischen Gemeinschaft. Die Freien Wohlfahrtsverbände der Stadt stellen 200 Arbeitsstellen zur Verfügung, private Betriebe beteiligen sich am Senatsprogramm mit 300 Plätzen.

Jugendlichen Arbeitslosen kommt im ABM-Programm ein besonderer Stellenwert zu: Mit berufsfördernden Qualifizierungsprogrammen, die eine Koppelung von Arbeitsstelle und Teilzeitunterricht vorsehen, wollen die Politiker die berufliche und soziale Integration deutscher und ausländischer Jugendlicher fördern. Als „Modell" wird in diesem Jahr erstmals von Arbeitslosigkeit bedrohten Absolventen aus Metall- und Elektroberufen eine einjährige Weiterbildung an der Staatlichen Technikerschule ermöglicht. Die Fortbildung wird sich insbesondere nach den Personalanforderungen von Firmen richten, die auf dem Berliner Wirtschaftsgipfel im vergangenen Jahr neue Investitionen an der Spree angekündigt haben.

Als Einsatzfelder für die 7250 ABM-Stellen sieht der Senat „stadt-, umwelt- und gesellschaftspolitisch sinnvolle Aufgaben" wie die Arbeit an Radwegen, Spielplätzen, im Straßenbau bei Landschaftsschutzprojekten oder auf dem Gebiet der Denkmalpflege.

Gesetzgeber soll Probleme nicht verlagern

F. DIEDERICHS, **Berlin**

Justizsenator Hermann Oxfort (FDP) hat gestern in Berlin in Anwesenheit von Bundespräsident Karl Carstens mehr als 1000 Verwaltungsjuristen aus dem In- und Ausland begrüßt, die unter dem Dach des 7. Deutschen Verwaltungsrichtertages das gemeinsame Interesse an Fortbildung und Meinungsaustausch zu aktuellen rechtspolitischen Fragen verbindet. Auf konkrete Beschlüsse wie etwa beim Deutschen Juristentag sind die acht Arbeitskreise der Veranstaltung ebensowenig ausgerichtet wie auf eine „gebundene Marschroute" zu den Problembereichen, die mit Thesenpapieren zur Diskussion gestellt werden.

Als besonders attraktiv erweist sich dabei die Seminarrunde zu „Grenzfragen des Asylrechts und des allgemeinen Ausländerrechts", der mehr als 300 Juristen folgen wollen. Der Grund liegt in der aktuellen Thematik des Arbeitskreises, der die Nahtstelle beider Rechtsgebiete aufzeigen will, die in öffentlicher Diskussion und gerichtlicher Praxis derzeit eine große Rolle spielen.

Neue Verfahrensprobleme

So bezeichnet es der Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof, *Günter Renner*, in seinem Thesenpapier als „nicht länger hinnehmbar", daß der Gesetzgeber wichtige Entscheidungen über den Daueraufenthalt ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien „letztlich dem Ermessen der Verwaltung und der Rechtsprechung überläßt". Der Gesetzgeber müsse endlich die Verfestigung des Aufenthaltsrechts, den Familiennachzug und die Rechtsstellung der mit Deutschen verheirateten Ausländer „selbst regeln". Zum derzeitigen Asylverfahren bemerkt der Referent, dieses Gebiet sei durch das Asylverfahrengesetz von 1982 in ein „Experimentierfeld mit prozessualen Novitäten verwandelt" worden, die „zunächst einmal eine Fülle neuer Verfahrensprobleme geschaffen habe".

In dem Arbeitskreis „Freiheit und Gebundenheit der Massenmedien" wollen die Verwaltungsjuristen vor allem die Problemstellungen neuer Medienformen behandeln. In dem als Diskussionsgrundlage dienenden Papier wird der noch vom Bundesverfassungsgericht offengelassenen Entscheidung, ob die Rundfunkfreiheit ein Individualrecht enthält oder lediglich eine objektiv-verfassungsrechtliche Institution ist, die „entscheidende Weichenstellung für den Umfang gesetzgeberischer Gestaltungsfreiheit im Rundfunkrecht" zugemessen.

Formuliert wird auch die Anregung an den Gesetzgeber, das bisherige Rundfunkorganisationsrecht zu überdenken, da dies derzeit „erhebliche verfassungsrechtliche Probleme auf dem Gebiet der Zusammensetzung der Rundfunkgremien, deren Aufgabenerfüllung und der Finanzierung der Rundfunkanstalten" aufwerfe. Mit der „starken parteipolitischen Beherrschung der Rundfunkgremien" gehe „deren Funktionsschwäche Hand in Hand", wird in dem Thesenpapier festgestellt.

Veranstalter nicht Störer

Vor dem Hintergrund von Hausbesetzungen und Demonstrationen erhält der Arbeitskreis „Erstattung von Kosten von Polizeieinsätzen" besondere Aktualität. Eine Heranziehung eines Großveranstalters zu Polizeikosten scheide bisher „grundsätzlich aus", falls es nicht Spezialregelungen wie in Bremen, Baden-Württemberg und Hessen gebe, stellt der Mannheimer Professor Wolf-Rüdiger Schenke in seinem Thesenpapier fest. Der Veranstalter könne nicht als Störer angesehen werden, selbst wenn die Veranstaltung durch Störungen Dritter begleitet werde. Eine Kostenforderung für die Anwendung „unmittelbaren Zwangs" gegen einen Störer hält der Referent für „grundsätzlich zulässig", hier stelle sich aber gleichzeitig die Ermessensfrage nach der Notwendigkeit einer „Gefahrenabwehr".

Frankreich und der Kampf um die deutsche Seele

Jahrestagung des Göttinger Arbeitskreises in Mainz

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Seit etwa zwei Jahren wird auf einer Flut von politischen Tagungen und wissenschaftlichen Konferenzen über die deutsche Frage diskutiert. Ob es sich bei dem neu erwachten Interesse für die ungelöste Deutschlandfrage um den Versuch der Aufarbeitung verdrängter Geschichte unserer jüngsten Vergangenheit handelt, mag dahingestellt bleiben.

Aus zahlreichen Diskussionsbeiträgen von deutschen und ausländischen Teilnehmern deutschlandpolitischer Tagungen schält sich indessen die wachsende Erkenntnis heraus, daß die Deutschen zwar versuchen können, ihre eigene Geschichte zu verdrängen; doch durch die Unveränderbarkeit der geographischen Lage des geteilten Deutschland im zentraleuropäischen Raum und durch den Zwang, sich mit dieser Gegebenheit auseinanderzusetzen, werden sie von ihrer eigenen Geschichte eingeholt.

Daß dies auch teilweise unter unseren Verbündeten so gesehen wird, wurde auf der wissenschaftlichen Jahrestagung des Göttinger Arbeitskreises in Mainz deutlich, die dem Thema gewidmet war: „Die Deutschlandfrage und die Anfänge des Ost-West-Konfliktes 1945 bis 1949." Auch in Frankreich sei die deutsche Frage neuerdings ein aktuelles Diskussionsthema, berichtete eine Referentin aus Paris. Diese Diskussion gipfelt nach den Worten von Frau Professor Fritsch-Bournazel in der Forderung, daß Frankreich sich „im Kampf um die deutsche Seele" deutschlandpolitisch stärker engagieren müsse. Bei einer Tagung im Berliner Aspen-Institut mit internationaler Besetzung wenige Wochen zuvor, wo versucht wurde, eine Antwort auf die Frage zu finden „Wohin steuern die Deutschen?", wurden ähnliche Überlegungen angestellt.

Der Historiker Werner Link aus Trier, der sich mit der amerikanischen Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren befaßte, wies darauf hin, daß Washington zwar zunächst zusammen mit der Sowjetunion ein globales und kooperatives Sicherheitssystem anstrebte, in dem Deutschland „weder Schachbrett noch Partner", aber doch als Ganzes bestehen bleiben sollte. Als die Amerikaner dann schon bald die Erfahrung machen mußten, daß Moskau für ein solches Sicherheitssystem nicht zu gewinnen war, weil er mit der neu gewonnenen Machtposition in Europa hegemoniale Ziele verfocht, warfen sie das Steuer ihrer Europa- und Deutschlandpolitik herum. Die Truman-Doktrin der Eindämmung sowjetischen Expansionsdrangs und der Marshall-Plan zur wirtschaftlichen Wiedergesundung Europas wurden auf dem Hintergrund der verpaßten Gelegenheiten in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges entworfen.

Zu den Kardinalfehlern jener Tage zählt die Ablehnung des Begehrens von Marschall Montgomery, dem Oberbefehlshaber der britischen Invasionsstreitkräfte, mit seinen Truppen die Elbe zu überschreiten, um noch vor den Sowjets Berlin zu besetzen. Der Versuch der Amerikaner, bei der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen der vier Siegermächte eine Korrektur dergestalt zu erzielen, daß das amerikanische Besatzungsgebiet bis nach Berlin reichen sollte, erwies sich angesichts des sowjetischen Widerstandes als illusorisch.

Es lag auf der Hand, daß auch die Frage gestellt wurde, ob die Deutschen selbst in hinreichend deutlicher Form ihren Willen zur Einheit der Nation zum Ausdruck gebracht hätten. Zitiert wurde in diesem Zusammenhang die Äußerung von Jakob Kaiser, wonach die Deutschen in der Zeit zwischen der Moskauer und der Londoner Außenministerkonferenz 1946–47 es versäumt hätten, ihr nationales Anliegen mit der gebotenen Deutlichkeit zu artikulieren. Boris Meissner hielt dieser Auffassung entgegen, daß alle Versuche von deutscher Seite, die Teilung zu verhindern, ohne Belang gewesen seien, weil auf machtpolitischer Ebene die Würfel im Sinne der Teilung bereits gefallen waren. Auch dem Einwand, daß Konrad Adenauer sich nicht in hinreichendem Maße in seinen Gesprächen mit den Westalliierten der drohenden endgültigen Teilung widersetzt habe, wurde widersprochen. Als kluger und vorausschauender Realpolitiker habe Adenauer vielmehr die einzige realistische Konzeption einer engen Westbindung der Bundesrepublik verfochten. Es habe keinerlei Alternative zu einem westdeutschen Teilstaat gegeben.

Daß dieser Teilstaat indessen an die unveränderbare Geographie seiner Lage im zentraleuropäischen Raum mit allen daraus erwachsenen Komplikationen gebunden ist, war am Ende der Konferenz allen Teilnehmern bewußt. Und der Hinweis auf die Gefahr, daß Deutschland „seine Seele verkaufen" könne, wurde durchaus von allen Teilnehmern als ernste Warnung an die Deutschen selbst und ihre Verbündeten im Westen verstanden.

US-Luftwaffe nennt Details der ‚Midgetman'

rtr, Washington

Die amerikanische Luftwaffe will im Kongreß noch für dieses Jahr 600 Millionen Dollar beantragen, um mit der Entwicklung einer neuen, mobilen Interkontinentalrakete beginnen zu können. Erstmals wurden auch Einzelheiten der neuen strategischen Waffe bekanntgegeben, die wegen ihrer vergleichsweise geringen Abmessungen „Midgetman" (Zwerg, Gnom) genannt wird.

Die dreistufige, elf Meter lange Rakete wird einen einzigen nuklearen Gefechtskopf mit einer Sprengkraft von möglicherweise nur einer halben Tonne des herkömmlichen Sprengstoffes TNT haben, den sie rund 11 000 Kilometer weit tragen kann. Das Gewicht der Midgetman ist auf 13,5 Tonnen veranschlagt. Die Schwesterrakete MX dagegen wird bis zu zehn Gefechtsköpfe tragen, 21,5 Meter lang und 90 Tonnen schwer sein. Wie teuer das gesamte System sein wird, ist bislang nicht bekannt, weil noch Unklarheit über die Stationierungsorte und die Zahl der Raketen besteht. Das Haushaltsbüro des Kongresses hat jedoch schon ausgerechnet, daß der Bau von 1000 Midgetman über die nächsten 20 Jahre 100 Milliarden Dollar kosten würde.

Israelisches Lob für Deutschland

SAD, Jerusalem

Der israelische Parlamentsabgeordnete Itzhak Berman hat sich tief beeindruckt über die demokratische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland geäußert. Nach einem Deutschland-Besuch an der Spitze einer Delegation der regierenden Likud-Fraktion sagte Berman, er betrachte es als seine Pflicht, gerade zur jetzigen Zeit diese Erkenntnis der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Er könne aufgrund seiner Unterhaltungen mit führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik sagen, daß „Deutschland heute eines der demokratischsten Länder der Welt ist ... Das ist kein naiver Hang zur Demokratie wie in der Weimarer Epoche – heute weiß man in Deutschland, wo die praktischen Grenzen liegen. Besonders auffallend fand ich es, daß auch zu einer Zeit von hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Pressionen der Trend der öffentlichen Haltung nicht umschlug. Die Demokratie ist heute ein tief verwurzeltes Wesen in Deutschland geworden. Sie ist dort ebenso stark wie in England und sicher stärker als in Frankreich".

Amerikas Bischöfe wagen die Gratwanderung

THOMAS KIELINGER, Chicago

Mit 238:9 Stimmen haben die katholischen Bischöfe der USA am Dienstagabend in Chicago den Schlußentwurf eines Hirtenbriefes zu Fragen von Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter gebilligt. Der Text – unter dem Titel: Die Herausforderung des Friedens – Gottes Verheißung und unsere Antwort – gleicht einer theologischen Gratwanderung zwischen unabänderlichen Lehren der Kirche und Anwendungen dieser Lehre auf aktuelle Fragen der modernen Nuklearverteidigung. Das gibt dem Schreiben eine gemischte Form theologischer Verbindlichkeit, die gleich zu Anfang des Dokuments deutlich gemacht wird.

Lehramtliche Weisung üben die Bischöfe etwa bei Behandlung der kirchlichen Interpretation der Lehre vom „gerechten Krieg" aus. Auch stellen alle zitierten offiziellen Dokumente der Kirche, wie die des 2. Vatikanischen Konzils oder verschiedene päpstliche Schreiben, verbindliche Anleitungen über Grundprinzipien dar. Gleiches gilt aber nicht mehr von jenen Schlußfolgerungen, die zu den umstrittensten des gesamten Textentwurfes gehören: Daß die Bischöfe sich gegen den Einsatz nuklearer Waffen jeder Art aussprechen und sich für ein Einfrieren der Produktion und des Testens von Atomwaffen erklären (vergl. WELT v. 4. 5.).

Das Kollegium der Bischöfe ist laut den Satzungen der Bischofskonferenz angehalten, „mit dem Geist des Dokuments zu leben", wie es Kardinal Joseph Bernardin von Chicago, der die Textkommission leitete, ausdrückte. Das legt selbst jenen Mitgliedern der Hierarchie, die sich mit mehreren kontroversen Stellungnahmen des Hirtenschreibens nicht einverstanden erklärten, Zurückhaltung auf, aus diesem Dissens keinen innerkirchlichen Zwist entstehen zu lassen. Der Hirtenbrief gilt als „Unterweisung", als „Bezugsquelle". Das Dokument stellt mithin einen bedeutsamen Meilenstein in der Geschichte der katholischen Kirche in den USA dar und wird als Instrument der Urteilsfindung weit über den streng kirchlichen Bereich in das öffentliche Leben des Landes hineinwirken.

DIE ANALYSE

Der zweite und letzte Tag der Debatte erhellte noch einmal scharf die im Text an keiner Stelle gelösten Paradoxien der dargestellten Problematik. Während auch nukleare Abschreckung unter den einschränkenden Bedingungen des gerechten Krieges toleriert wird, sprachen sich die Bischöfe doch gleichzeitig für den Bann des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen aus. Dabei hält der Text fest, daß zur Glaubwürdigkeit von Abschreckung auch die Absicht gehört, vorhandene Waffen einzusetzen.

Eingedenk dieser „delikaten und komplexen Fragen, dieser Ambiguität" (Bischof Bernardin) schreckten die Konferenzteilnehmer am Schlußtag doch davor zurück, den Text noch weiter im Sinne kompletter Ablehnung der nuklearen Option zu verabsolutieren. Statt sich einer Formulierung anzuschließen wie: „Es darf keinen Zweifel an unserer moralisch fundierten Gegnerschaft zu jedem Einsatz von Atomwaffen geben" (Erzbischof Quinn von San Francisco), stimmten die Bischöfe für die Beibehaltung einer bewußt weitauslegbaren Passage des vorliegenden Textes: „Es darf keinen Zweifel an unserer tiefen Skepsis an der moralischen Unannehmbarkeit des Gebrauchs von Nuklearwaffen geben."

Diese durchlaufende Zweideutigkeit der Aussagen, gepaart mit der abgestuften Verbindlichkeit des Textes insgesamt, führte einen hochangesehenen Theologen, Weihbischof Vaughan von New York, *zu der Aussage, das bischöfliche* Dokument sei geradezu ein „theologisches *Minenfeld*".

Akzeptabel war der Text für die Mehrheit wohl auch deshalb, weil er in seiner Schlußfassung an entscheidenden Stellen wichtige Einwände des Vatikans, der europäischen Bischofskonferenzen und der konservativen Dissidenten innerhalb der amerikanischen Hierarchie mitberücksichtigt hatte.

Nach einer Konferenz im Vatikan im Januar 1983 fügte die US-Textkommission vor allem in fünf wesentlichen Punkten neue Grundgedanken ihrem Dokument bei: 1. Die Passagen über die abgestufte Verbindlichkeit des Gesamtdokuments. 2. Die Lehre vom gerechten Krieg wird im exegetischen Teil als erstes behandelt; erst an zweiter Stelle folgt die Darstellung der Gewaltlosigkeit als einer „pazifistischen Option". 3. Die Unterschiede zwischen den Supermächten werden differenziert behandelt, mit stärkerer Betonung der Natur des sowjetischen Totalitarismus. 4. Die für Europa gültige Abschreckungsdoktrin wird, wenn auch kritisch, dargestellt. 5. Die Abrüstungsvorschläge der Reagan-Administration erfahren breitere Behandlung.

Dennoch bleibt als Grundgedanke des Ganzen die Infragestellung, wenn nicht Ablehnung gültiger Verteidigungskonzepte der USA und der NATO bestehen. Die Bischöfe folgten damit dem antinuklearen Trend, der sich unter den amerikanischen Katholiken immer weiter ausbreitet. Allerdings melden sich auch erste Widerstände im innerkirchlichen Raum an, gespeist aus der Überzeugung, daß die Oberhirten mit diesem Schreiben nicht nur ihre Kompetenz überschritten, sondern geradezu die Sicherheit der westlichen Verteidigung untergraben haben.

Unita stört die Beziehung Paris–Luanda

Guerrilla will CSSR-Geisel gegen den in Kabul inhaftierten französischen Arzt freigeben

HANS GERMANI, Johannesburg

Äußerungen von Jonas Savimbi, dem Führer der prowestlichen angolanischen Guerrilla-Bewegung Unita, sowie Berichte im Informationsdienst „Lettre d'Afrique" deuten darauf hin, daß die Afrikapolitik Frankreichs auf eine Krise zutreibt. Anlaß dazu gibt das Pariser Engagement in Angola und die französische Währungspolitik.

Savimbis Unita hat vor kurzem angeboten, eine der 64 tschechoslowakischen Geiseln – die Ärztin Maria Hulechowa – gegen den in Afghanistan wegen angeblicher Spionage zu acht Jahren Gefängnis verurteilten französischen Arzt Philippe Augoyard, freizugeben. Die 64 Tschechoslowaken, unter ihnen Frauen und Kinder, und 20 Portugiesen waren am 13. März bei einem Angriff auf den Industriekomplex Alot Catumbela von Unita-Guerrilleros gefangengenommen worden.

Die Unita will offenbar die französische Regierung in Verlegenheit bringen, die mit der von Sowjets und Kubanern kontrollierten Regierung Angolas gute Beziehungen unterhält. Die Unita setzt auch darauf, die Sowjets in Zugzwang zu bringen, weil sie „ihre tschechoslowakischen Satelliten nicht fallenlassen kann". Die Möglichkeit, daß nicht das offizielle Angola, sondern dessen erbitterter Gegner, die Unita, eine Befreiung des französischen Arztes erreichen könnte, muß andererseits die offizielle Angola-Politik Frankreichs diskreditieren. Dem „Flirt" Paris–Luanda wäre ein Erfolg der Unita-Initiative jedenfalls abträglich.

Frankreich unterstützt Angola gegenüber der Forderung der USA, die seit März auf 40 000 Mann verstärkten kubanischen Truppen als Vorbedingung für eine Namibia-Lösung abzuziehen. Dies bringt Paris vor allem in den frankophonen schwarzafrikanischen Ländern in wachsende Schwierigkeiten. Die großen Investitionen der französischen staatlichen Ölgesellschaft Elf-Erap in Angola und die Weigerung ihres Präsidenten Albin Chalandon, das Defizit seiner Filiale in der Republik Kongo-Brazzaville weiter zu decken, hat nicht nur die gemäßigte Regierung von Gabun, sondern auch die linke Regierung von Kongo-Brazzaville (beide Länder sind bescheidene Ölproduzenten) gegen Paris und die Ölgesellschaft aufgebracht. Hinzu kommt, daß die Preissenkungen der Opec Angola hart treffen.

Die Elfenbeinküste und Gabun, aber auch Kamerun, sind über die französischen Finanzreformen verärgert, die auch den in Franko-Afrika gültigen „Franc-Cfa" (dem französischen Franc angeschlossen) betreffen.

Am meisten stört diese Länder aber, daß die Anhänger und sogar die Truppen des libyschen prosowjetischen Staatschefs Khadhafi in die Region südlich der Sahara vorstoßen. In Obervolta orientiert sich die aus dem letzten Militärputsch hervorgegangene Regierung immer mehr nach Tripolis und nach links: Obervolta und Libyen haben einen Vertrag über Zusammenarbeit unterzeichnet.

Damit scheint Khadhafi einen geographischen Keil zwischen die gemäßigten Staaten Elfenbeinküste einerseits, Togo und Niger andererseits zu treiben. Gefährlicher ist die Lage in Tschad. Wie aus zuverlässigen militärischen Quellen zu erfahren ist, haben in Tschad Einheiten der „Islamischen Legion" Khadhafis im „Auftrag" der Exilregierung des ehemaligen Tschad-Präsidenten Goukouni Weddei, die jetzt in Tripolis leben, das Städtchen Gouro erobert. Die Truppen der Tschad-Regierung unter Präsident Hissen Habré ziehen sich auf Faya Largeau im Nordwesten und auf Fada im Nordosten zurück: Panzerkolonnen der „Islamischen Legion" sollen auf beide Zentren vorrücken.

(SAD)

In seiner Regierungserklärung umreißt Kanzler Helmut Kohl die Ziele des Bonner Koalitionskabinetts

„Unsere Wirtschaftspolitik wird berechenbar sein"

DW. **Bonn**

Vor dem Bundestag hat Bundeskanzler Helmut Kohl gestern seine Regierungserklärung abgegeben. Die WELT dokumentiert den Redetext hier in Auszügen:

Alle geschichtlichen Erfahrungen dieses Jahrhunderts lehren: Eine Wirtschaftsordnung ist um so erfolgreicher, je mehr sich der Staat zurückhält und dem einzelnen seine Freiheit läßt. Die **Soziale Marktwirtschaft** ist wie keine andere Ordnung geeignet, Gleichheit der Chancen, Eigentum, Wohlstand und sozialen Fortschritt zu verwirklichen. Wir wollen nicht mehr Staat, sondern weniger; wir wollen nicht weniger, sondern mehr persönliche Freiheit...

Vier Schwerpunkte werden in dieser Legislaturperiode die Arbeit der Bundesregierung zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise bestimmen:

- Abbau der Arbeitslosigkeit,
- Wiedergewinnung eines angemessenen Wachstums,
- weitere Sanierung der öffentlichen Finanzen,
- Sicherung der Renten.

Wir wollen kein konjunkturelles Strohfeuer entzünden, sondern eine dauerhafte Belebung der Wirtschaft erreichen. Unsere **Wirtschaftspolitik** wird berechenbar sein. Wir werden die Investitionskraft stärken und den notwendigen Strukturwandel erleichtern, indem wir

- *für stabiles Geld sorgen,*
- den öffentlichen Kapitalbedarf vermindern,
- die Bildung von Eigenkapital fördern,
- die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen erleichtern.

Die 80er Jahre sind ein Jahrzehnt des Umbaus der deutschen Wirtschaft. Wir müssen bei der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung Anschluß halten und ihn zurückgewinnen, wo wir ihn verloren haben. Wir müssen zur Spitze vorstoßen. Deshalb bekennen wir uns zu einer verantwortungsbewußten Leistungselite: Jede Gemeinschaft kann auf Dauer nur so leistungsfähig sein wie die Menschen, aus denen sie besteht.

Ökonomische Vernunft und soziale Verantwortung zeigen den Weg zum Erfolg: den **Investitionswillen** und die **Investitionsfähigkeit** zu stärken. Nur über wachsende Investitionen, durch eine wachsende Wirtschaft wird es ein wachsendes Angebot an Arbeitsplätzen geben.

Kapitalbildung ist die Voraussetzung für die notwendige Modernisierung unserer Wirtschaft. Voraussetzung für Kapitalbildung ist eine Stärkung der Ertragskraft unserer Unternehmen. Nur wenn wir sicherstellen, daß es sich wieder lohnt, unternehmerische Risiken einzugehen, wird das dazu erforderliche Kapital in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Arbeitnehmer und Produktivvermögen

Sparen war immer eine Tugend der Deutschen; die Mehrheit der Sparer sind Arbeitnehmer. Für die Beteiligung der Arbeitnehmer am **Produktivvermögen** der Wirtschaft werden wir einen Gesetzentwurf vorlegen. Die Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer stärkt die Eigenkapitalbildung der Unternehmen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind Partner im Unternehmen...

Die Bundesregierung bejaht eine flexiblere Gestaltung des **Arbeitslebens.** Eine Verkürzung der **Lebensarbeitszeit** darf jedoch nicht zu einer zusätzlichen Gesamtbelastung der Wirtschaft und der öffentlichen Finanzen führen. Zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze erleichtern die berufliche Eingliederung der steigenden Zahl von Arbeitnehmern. Außerdem kann damit den Arbeitszeitwünschen vieler Arbeitnehmer besser entsprochen werden. Die Bundesregierung appelliert an alle Arbeitgeber, mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze anzubieten.

Fast ein Drittel des Sozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland verdanken wir unserer **Exportwirtschaft.** Wir müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit im Preiskampf und im technologischen Wettstreit sichern. Wir sind für den freien Welthandel. Nur freier Austausch, nicht Protektionismus, sichert Beschäftigung und Wohlstand...

Bei der friedlichen Nutzung von **Kernenergie** haben wir einen hohen Sicherheitsstandard erreicht. Wir können auf diese umweltfreundliche Energiequelle nicht verzichten. Wir werden auch die zukunftweisenden Reaktortechnologien zum Erfolg führen. Die Entsorgung muß zügig verwirklicht werden. Die Technologie neuer, auch regenerierbarer Energien wird fortentwickelt...

Die **Kohle** wird gebraucht. Der Bergbau hat Zukunft im Wärmemarkt, in der Industrie und bei der Veredelung. Forschung und Entwicklung werden wir gezielt fördern. Der Jahrhundertvertrag mit der Elektrizitätswirtschaft sichert den Vorrang der heimischen Kohle. Unsere Unterstützung für die Stahlindustrie nützt auch der Kohle. In der **Stahlindustrie** wird die Bundesregierung den internationalen Subventionswettlauf bekämpfen...

Anpassungsprobleme gibt es auch anderswo, so bei den **Werften** und der **Deutschen Bundesbahn.** Wir können die bestehenden Strukturen nicht um jeden Preis erhalten...

Die Bahn ist für uns unverzichtbar. Aber wir müssen dafür sorgen, daß sie nicht unbezahlbar wird. Wir brauchen ein modernes, alle Regionen verbindendes Verkehrsnetz. Im Straßenbau werden wir Lücken schließen und Verkehrswege verbessern. Den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals wollen wir vollenden und den Ausbau der Saar fortsetzen. Sinnvolle Arbeitsteilung zwischen öffentlichen und privaten Verkehrsträgern ist die Voraussetzung für eine bedarfsgerechte Investitionspolitik.

Im **Wohnungs- und Städtebau** werden wir unsere erfolgreiche Politik fortführen. Wir wollen, daß viele Bürger Wohneigentum erwerben können. Steuerliche Verzerrungen werden wir beseitigen und familienfreundliche Lösungen anstreben. Sozialer Wohnungsbau wie Wohngeld gehören zur Sozialen Marktwirtschaft...

Für ein einheitliches Baurecht wird die Bundesregierung Leitlinien vorlegen. Die Raumordnung soll mit der Struktur- und Umweltpolitik besser koordiniert werden...

Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft verlangt auch die Rückkehr zu solider **Haushaltsführung.** Eine gesunde Wirtschaft setzt geordnete Finanzen voraus. Die Ausgabendynamik muß gebremst, die jährliche Neuverschuldung zurückgeführt werden. Das Wachstum der Bundesausgaben soll in den nächsten Jahren deutlich unter dem Zuwachs des Bruttosozialprodukts liegen. *Die Struktur* der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen muß stärker auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet werden. Die Reduzierung der Staatsquote belebt die Kräfte der Wirtschaft.

Die Sanierung der öffentlichen Finanzen wird Einschränkungen mit sich bringen. Sie sind unausweichlich, wenn wir die Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen und die soziale Sicherheit gewährleisten wollen, ohne kommende Generationen unzumutbar zu belasten.

Die Bundesregierung setzt die im Herbst 1982 eingeleitete **finanzpolitische Wende** fort. Wir wissen: Unsere Ziele sind nur schrittweise zu erreichen.

Für 1984 heißt das:

1. Der Bundeshaushalt soll gegenüber 1983 um nicht mehr als 2 Prozent wachsen. Das setzt voraus, daß die Bundesausgaben – im wesentlichen im konsumtiven Bereich – noch einmal um 6 bis 7 Mrd. DM gekürzt werden.
2. Die Neuverschuldung des Bundes soll auf der Grundlage der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung unter 40 Mrd. DM liegen. Dieser Betrag ist noch zu hoch. Wir werden ihn in den kommenden Jahren weiter zurückführen.
3. Durch Umschichtung im Haushalt wollen wir für Investitionen sowie zur Förderung von Wirtschaftsbelebung und Beschäftigung zusätzlich 1 bis 1,5 Mrd. DM zur Verfügung stellen. Die Deutsche Bundespost hat ihr Investitionsvolumen auf 14,9 Mrd. DM erhöht.
4. Wir wollen den Etat konsolidieren, ohne die Steuern zu erhöhen.

Wir werden die Konsolidierung des Bundeshaushalts nicht zu Lasten von Ländern und Gemeinden vornehmen. Sie sind Hauptträger öffentlicher Investitionen. Mischfinanzierungen von Bund und Ländern wollen wir einschränken, um zu einer klaren Aufgabentrennung zu kommen. Wir werden bei der Krankenhausfinanzierung damit beginnen.

Unsere **Steuerpolitik** wird verläßliche und überschaubare Bedingungen für die Wirtschaft und für alle Bürger schaffen. Wir wollen mehr Stetigkeit in der Steuerpolitik. Wir werden das Steuersystem Schritt für Schritt umgestalten: Wir wollen private Initiative fördern. Leistung darf nicht länger bestraft werden.

Für 1983 sind Steuerrechtsänderungen bereits beschlossen. Darüber hinaus werden wir Steuerentlastungen einleiten. Sie sollen

- die Leistungsbereitschaft erhöhen,
- Investitionen und Innovationen anregen und
- die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken.

Mit dem Mehraufkommen aus der zweiten Hälfte der Umsatzsteuererhöhung sollen die Vermögensbildung gefördert und **steuerliche Erleichterungen** zugunsten der gewerblichen, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft geschaffen werden. Die Einzelheiten werden wir mit dem Haushalt 1984 festlegen.



Der Bundeskanzler bei seiner Regierungserklärung FOTO: POLYPRESS

Die Besteuerung muß gerechter werden

Wir wollen eine gerechtere Besteuerung. Deshalb werden wir z. B. die Möglichkeiten für Steuerersparnisse einschränken, die sich für Bezieher höherer Einkommen aus der Beteiligung an sogenannten Verlustzuweisungsgesellschaften ergeben.

Die Progression der Lohn- und Einkommensteuer belastet unsere Bürger um so stärker, je mehr sie leisten. Der Aufschub der Tarifanpassung kommt hinzu. Der Lohn- und Einkommensteuertarif muß also neu gestaltet werden. Aber Umfang und Zeitpunkt hängen davon ab, daß die öffentlichen Finanzen gesunden und die gesamtwirtschaftliche Lage sich günstig entwickelt.

Eine dauerhafte Gesundung der Wirtschaft verlangt auch, daß wir

1. die Subventionen überprüfen,
2. die Wirtschaft von Auflagen und Pflichten entlasten, die mehr kosten, als sie bringen, und
3. die staatlichen Leistungen effektiver einsetzen...

Wer ein Leben lang gearbeitet hat, hat Anspruch auf eine sichere **Rente.** Die Bundesregierung wird an diesem Prinzip der Alterssicherung festhalten. Die Rentner können sich auf uns verlassen, daß die Renten sicher sind und sicher bleiben...

Ich fordere alle Beteiligten auf, sich der großen Aufgabe der Strukturreform der Renten zu stellen. Im Interesse unserer Rentner müssen wir uns um eine einvernehmliche Lösung bemühen.

Dabei gelten für uns insbesondere folgende Prinzipien:

1. Die Rente muß beitragsbezogen bleiben.
2. Die Renten sollen sich wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer entwickeln.
3. Der Bundeszuschuß soll auf eine verläßliche Grundlage gestellt werden...

Die **Gleichberechtigung** von Mann und Frau muß selbstverständlicher werden...

Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit werden wir nach Kräften begünstigen. Die Bundesregierung strebt eine rechtliche Regelung an, die Benachteiligungen der Teilzeitarbeit ausschließt. Teilzeitarbeit muß auch für Männer attraktiv werden....

Beruf ist für uns nicht nur die außerhäusliche Erwerbstätigkeit. Die Tätigkeit im Haus und für die Kinder ist gleichwertig. Sie muß mehr Anerkennung finden. Vorrangig sind für uns Erziehungsgeld bzw. Kindergeldzuschlag in den ersten Jahren der Kindererziehung für alle Mütter oder Väter und die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung. Sobald die Finanzlage es zuläßt, werden wir sie einführen. Wir müssen wieder ein kinderfreundliches Land werden. Deshalb werden wir für einen Familienlastenausgleich sorgen. Mit Kindergeld und steuerlichen Erleichterungen werden wir die **Familie** weiterhin fördern. Durch ein Familiensplitting werden wir in dieser Legislaturperiode das Steuerrecht familienfreundlicher ausgestalten. Für jeden, auch für Alleinerziehende gilt: Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat...

Wir müssen die Zusagen ernstnehmen, die wir bei der Neuformulierung des Paragraphen 218 gegeben haben: Wir müssen uns um die alleinstehende Mutter kümmern, ihre Diskriminierung in der Gesellschaft abbauen und ihre soziale Sicherung festigen. Wir müssen mehr tun für den **Schutz des ungeborenen Lebens.**

Unser Beitrag soll sein:

- der Familienlastenausgleich,
- eine Erleichterng des Adoptionsrechts
- und gemeinsam mit den Ländern eine erweiterte Beratung und Hilfe für schwangere Frauen...

Im **Scheidungsfolgerecht** brauchen wir mehr Gerechtigkeit im Einzelfall. Wir werden das Recht des Versorgungsausgleichs weiter verbessern und dabei Ursachen für die Zerrüttung der Ehe mitberücksichtigen. Bei Vereinbarungen über die Scheidungsfolgen sollten die Partner mehr Freiheit erhalten.

Unsere **Gesundheitspolitik** wird die Eigenverantwortung des Menschen für seine Gesundheit betonen. Wir werden der Selbsthilfe mehr Raum geben und die Selbstverwaltung stärken...

Wir sind verpflichtet, die uns anvertraute **Umwelt** auch den nachfolgenden Generationen zu erhalten. Wir haben nicht das Recht, die Natur rücksichtslos auszubeuten. Der technische Fortschritt muß Rücksicht nehmen auf die Umwelt...

Das Eigeninteresse der Wirtschaft am Umweltschutz muß gestärkt werden. Umweltfeindliche Produktionsverfahren dürfen sich nicht lohnen. Umweltfreundliches Verhalten muß sich auch wirtschaftlich auszahlen...

Ebenso vordringlich ist eine lückenlose Kontrolle von **Abfalltransporten** – auch über die Grenzen hinweg. Die Bestimmungen über die Beförderung gefährlicher Abfälle werden wir verschärfen. Umweltkriminalität ist ein Anschlag auf Leben und Gesundheit der Menschen und muß geahndet werden.

Auch die Lärmgrenzwerte für **Kraftfahrzeuge** werden wir herabsetzen. Hier wie in allen anderen Fragen des Umweltschutzes geben wir einer einheitlichen europäischen Lösung den Vorzug...

Verfahren vor Gerichten: einfacher, straffer

Gutes **Recht** muß auch schnelles Recht sein. Gerichtlicher Schutz muß rasch gewährt werden. Eine überlange Verfahrensdauer untergräbt das Vertrauen des Bürgers in die Rechtspflege. Wir wollen deshalb gerichtliche Verfahren weiter vereinfachen und straffen. Dabei darf der Rechtsschutz des Bürgers nicht geschmälert werden. Wir wollen keinen kurzen Prozeß, sondern kürzere Verfahren. Es muß uns gelingen, das Recht zu vereinfachen und Überreglementierung zu beseitigen...

Immer mehr Deutsche leben für längere Zeit im Ausland und können damit ihr **Wahlrecht** nicht ausüben. Wir werden dafür sorgen, daß sie wählen können...

Die **Zunahme der Gewalt** ist besorgniserregend. Wir werden Gewalt – unter welchem Namen und mit welcher Begründung sie auch auftreten mag – in unserem Rechtsstaat nicht dulden. Die Bundesregierung wird zur Sicherung des inneren Friedens und des Demonstrationsrechts den strafrechtlichen Schutz gegen Landfriedensbruch verstärken und prüfen, ob weitere Maßnahmen, zum Beispiel gegen Vermummung und passive Bewaffnung, erforderlich sind. Extremisten, sei es von rechts oder links, haben bei uns keine Chance. Das Kontaktsperregesetz werden wir weiterentwickeln, ohne den Schutz vor terroristischen Aktivitäten zu beeinträchtigen.

Deutsche **Außenpolitik** heißt vor allem: Bewahrung der Freiheit und Festigung des Friedens in Europa und in der Welt. Für uns ist aktive Friedenspolitik eine politische Notwendigkeit und sittliche Pflicht...

Fundamente unserer Außenpolitik bleiben das atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft. Die Entscheidung für das atlantische Bündnis, für die Partnerschaft mit den USA und Kanada, wird uns auch in Zukunft Frieden und Freiheit sichern. Ich stehe dafür, daß der Weg, den CDU/CSU und FDP unter Konrad Adenauer eingeschlagen haben, nicht verlassen wird. Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West.

Wer von ganzem Herzen für den Frieden eintritt, wer Freiheit und Menschenwürde als höchstes Gut betrachtet, wer unsere nationalen Interessen auf Dauer gesichert sehen will, der muß das **westliche Bündnis** stark und gesund erhalten. Die atlantische Allianz sichert den Frieden in Europa; sie ist ein Faktor der Stabilität für die ganze Welt. Kernstück der Allianz bleibt unsere tiefe und festverwurzelte Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika...

Aufgrund unserer Lage und unserer Geschichte sind wir Deutsche bestrebt, nach West und Ost gute Beziehungen zu pflegen. Für uns Deutsche gibt es zahlreiche *historische Bindungen mit dem* **Osten.** Wir haben ein tiefes Verständnis von der kulturellen Einheit Europas in all seiner Vielfalt und Verschiedenartigkeit. Wir betrachten unsere Nachbarvölker im Osten – nicht nur in diesem kulturellen Sinn – als Teile Europas. Wir haben Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis aller Staaten. Wir wissen um das historisch bedingte Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion. Nichts rechtfertigt aber die Überrüstung der Sowjetunion, die die Sicherheit der Nachbarn bedroht und politischer Erpressung dient.

Und nichts rechtfertigt die expansive Politik Moskaus, die zur Invasion Afghanistans geführt hat und die auch dem polnischen Volk seine Entscheidungsfreiheit beschränkt.

Die befriedigende Regelung humanitärer Fragen hat – dies muß die Sowjetunion wissen – entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Wir werden darauf drängen, daß wieder mehr Deutsche aus der Sowjetunion ausreisen können.

Uns liegt daran, eine neue und bessere **Qualität** der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Staaten des Warschauer Pakts zu erreichen. Wir streben an, die Gespräche mit den osteuropäischen Staaten, insbesondere mit der Sowjetunion, auf allen Ebenen zu führen und zu vertiefen.

Dies darf jedoch keine einseitige Politik sein. Wir messen den Willen der Verantwortlichen in der Sowjetunion zur Zusammenarbeit an ihrer Bereitschaft, zum Abbau und zur Beseitigung aller **Belastungen** konkret beizutragen. Zu diesen Belastungen gehört auch, daß die Sowjetunion eine Außenpolitik auf zwei Ebenen betreibt, die sich gegenseitig ausschließen: Wenn die sowjetische Führung gleichzeitig den weltrevolutionären Klassenkampf gegen die freie Welt führen will, sind stabile zwischenstaatliche Beziehungen auf Dauer nicht möglich...

Niemand, der in politischer Verantwortung steht, kann guten Gewissens einseitige **Abrüstungsmaßnahmen** wollen, wenn dadurch die eigene Sicherheit in Gefahr gerät. Der Entwaffnete verliert die Fähigkeit zur Selbstverteidigung und wird erpreßbar. Die Sicherheit unseres Landes bleibt ein unverzichtbares Gut. Wer wehrlos ist, mit dem verhandelt niemand.

Deshalb können wir nur von sicherem Boden aus darum ringen, die Rüstungen in der Welt abzubauen. Der Westen ist der Sowjetunion vielfach entgegengekommen; jetzt muß die Sowjetunion einen entscheidenden Schritt tun, damit am Ende des Weges Verträge stehen, die beiden Seiten Sicherheit garantieren...

Unser Ziel bleibt die **Null-Lösung.** Das heißt: Sowjetunion wie USA verzichten auf die Stationierung landgestützter atomarer Mittelstreckenraketen. Ich will aber keinen Zweifel lassen: Wenn die Sowjetunion nicht bereit ist, Sicherheit in Europa durch Abrüstung herzustellen, dann müssen wir uns Sicherheit durch die **Stationierung** amerikanischer Mittelstreckenwaffen verschaffen...

Grundlage unserer **Nahost**-Politik ist der Respekt vor den berechtigten Interessen aller, zum Teil in Widerstreit miteinander lebenden Völker und Staaten jener Region. Darüber hinaus gilt unsere Verbundenheit in besonderem Maße **Israel** und unsere Fürsprache seinen Lebens-, Freiheits- und Sicherheitsrechten. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Israel werden wir vertiefen. Unsere traditionelle Freundschaft mit der arabischen Welt werden wir ausbauen. Gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir bei der Lösung des Nahost-Konflikts zu helfen versuchen. Unsere *Nahostpolitik orientiert* sich am Existenzrecht Israels, am Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und am beiderseitigen Gewaltverzicht.

„Realpolitik ja, Resignation nein"

Eine gefährliche Grenze verläuft quer durch **Deutschland** – dort, wo noch immer die Mitte Europas liegt. Diese Grenze trennt die Deutschen, sie trennt die Europäer, sie trennt Ost und West. Vernunft und Menschlichkeit können sich nicht damit abfinden, daß an dieser Linie das Selbstbestimmungsrecht aufhören soll. Die geschichtliche Erfahrung zeigt: Der gegenwärtige Zustand ist nicht unabänderlich. Realpolitik ja, Resignation nein.

Es sind jetzt 30 Jahre, seitdem der Volksaufstand des 17. Juni 1953 im sowjetischen Machtbereich aller Welt den Freiheitswillen der Deutschen demonstrierte. Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Schikanen sind auch heute noch ein Anschlag auf die Menschlichkeit. Wo sie existieren, gibt es keine Normalität...

Wir schweigen nicht, wenn Menschenrechte verletzt werden: Zu diesen Menschenrechten gehört das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit und auf Freizügigkeit.

Aus eigener Kraft allein können wir Deutschen den Zustand der Teilung nicht ändern. Wir können ihn aber erträglicher machen und weniger gefährlich. Ändern kann er sich nur im Rahmen einer dauerhaften Friedensordnung in Europa...

Die Menschen in den beiden Staaten in Deutschland halten an der Zugehörigkeit zu Deutschland und an ihrem Selbstverständnis als Deutsche fest. Für uns gibt es nur eine deutsche **Staatsangehörigkeit.** Wir bürgern niemanden aus.

Die bestehenden Verträge mit der DDR wollen wir nutzen und ausfüllen. Grundlage für praktische Regelungen ist die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung. Im innerdeutschen Handel liegen Chancen für beide Seiten. Er ist ein stabiles Element der Beziehungen. Wir streben weitere praktische Fortschritte an...

Wer gutnachbarliche Beziehungen will – wie der Grundlagenvertrag formuliert –, muß mit uns dafür eintreten, daß Verträge nach Geist und Buchstaben eingehalten werden. Deshalb bestehen wir weiterhin auf der Senkung der **Mindestumtauschsätze.** Wir streben Erleichterungen für Reisen in beide Richtungen an. Einheit der Nation heißt auch, daß Menschen einander begegnen und sich in der gemeinsamen Geschichte wiederfinden...

Berlin bleibt Prüfstein der Beziehungen zwischen Ost und West. Berlin ist keine Stadt wie jede andere. Die geteilte Stadt ist Symbol der deutschen Frage. Berlin ist eine nationale Aufgabe. Deshalb wollen wir die Lebenskraft der Stadt stärken und ihre Anziehungskraft fördern. Der kulturelle Reichtum Berlins gehört zu der besonderen Ausstrahlung der Stadt. Theater, Musikleben und Museumslandschaft Berlins wirken weit über die Grenzen unseres Landes hinaus. Die Bundesregierung wird alles tun, damit Berlin diese Ausstrahlung behält.

1987 blickt Berlin auf 750 Jahre seiner Geschichte zurück. In der alten Reichshauptstadt soll ein Deutsches Historisches Museum errichtet werden. Die Bundesregierung wird bei der Verwirklichung helfen. Wir wünschen, daß das neue Museum im Jubiläumsjahr seine Tore öffnet. Wir treten weiterhin ein für Konsolidierung und Entwicklung der Bindung Berlins an den Bund sowie für die Wahrung der Außenvertretung Berlins durch den Bund. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin muß gewährleistet bleiben. Die Bundesregierung mißt dem reibungslosen Reiseverkehr von und nach Berlin hohe Bedeutung bei.

Vogel: Auftrag zur Wiedererringung der Macht

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Die Debatte über die Regierungserklärung des Bundeskanzlers sah gestern im Deutschen Bundestag wieder einen Sozialdemokraten als ersten Redner. Der erste Redebeitrag in der Debatte steht der Opposition zu; dem Bundeskanzler antwortete der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel in einer knapp zweistündigen – in weiten Teilen mit seinen Reden aus dem Bundestagswahlkampf nahezu wortgleichen – Erklärung.

Vogel versuchte zu Beginn seiner Rede durch persönliche Angriffe auf den Kanzler (eine „große Regierungserklärung war das nicht") sowie im Verlauf seiner Rede durch Auseinandersetzung mit dem angeblichen Zwist zwischen Helmut Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß Dynamik in seinen Redebeitrag zu bringen, verfiel jedoch dann wieder in seinen langatmigen belehrenden Ton.

Die Regierungserklärung sah durch das Verhalten zweier weiblicher Abgeordneten der Grünenfraktion ein Novum: Zum ersten Mal mußte während einer Regierungserklärung der Bundestagspräsident einen Ordnungsruf erteilen. Die Abgeordneten Petra Kelly und Gaby Gollwald waren mit einem Transparent zum Rednerpult marschiert, auf dem es hieß: „Unterstützung der USA in Nicaragua heißt Mitschuld am Tod Albrecht Pflaums." Der Arzt Dr. Pflaum war als Entwicklungshelfer in Nicaragua tätig und dort getötet worden.

Als Gast hatte der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzáles während der Regierungserklärung des Kanzlers auf der Diplomatentribüne Platz genommen. Er war von seiner Frau und der Frau des Bundeskanzlers begleitet. Gonzáles hält sich zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Bonn auf; er reist heute nach Berlin.

Seine Partei werde sich „ohne Wenn und Aber" der Rolle in der Opposition stellen, versicherte Vogel in seiner Antwort auf Bundeskanzler Helmut Kohl. Die SPD werde ihre Politik „nicht auf Proteste verengen", glaube aber, daß Politik für sie auch bedeute, daß sie den „Auftrag zur Wiedererringung der Regierungsmacht" habe. Die Sozialdemokraten würden der Regierungspolitik zustimmen, „wenn das nach unserem Urteil gerechtfertigt erscheint".

Nach der Rede Vogels allerdings wird nicht viel Zustimmung zu erwarten sein. Der Oppositionsführer kritisierte rundweg sämtliche Aussagen des Kanzlers. Er warf ihm vor, im Wahlkampf Wählertäuschung betrieben zu haben, als er die Rückzahlung der Zwangsanleihe habe wieder rückgängig machen wollen.

Auch habe er die Rentner getäuscht, weil trotz gegenteiliger Ankündigungen die Renten im kommenden Jahr sinken würden. Immerhin hätten sogar die Sozialausschüsse der CDU von einem Bruch von Wahlversprechen und Mangel an sozialer Ausgewogenheit geredet.

Vogel warf dem Kanzler vor, er wolle zur Problembewältigung nach dem Rezept der 50er Jahre zurückkehren. Dies aber sei „ein Irrweg". Mit Bürgersinn und Mitmenschlichkeit allein könne man den großen, weltweiten Sorgen, Ängsten und Protesten nicht begegnen. Auch könne man mit „Beschwörung oder Verklärung der Vergangenheit" nicht den Dialog in der Sache verweigern, wie etwa in der Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung.

Vogel bemühte sich in seiner Rede deutlich um die Gunst künftiger Bündnispartner in der politischen Auseinandersetzung mit der Koalition der Mitte.

So beschwor er die Geistesgemeinschaft der Sozialdemokraten mit Kirchen, den Gewerkschaften aber auch den Kommunen, die durch die Politik der Regierung in ihrem Spielraum geschmälert würden. Als Beispiel nannte er die Beschneidung der Gewerbesteuer.

Die Ankündigung des Kanzlers, daß die Vermögensbildung der Arbeitnehmer verbessert werden solle, konterte Vogel mit dem Hinweis darauf, daß Kohl über die Mitbestimmung geschwiegen habe. Die SPD stehe zum Ausbau der Mitbestimmung nach dem Montanmodell, ja zur überbetrieblichen Mitbestimmung unter dem Stichwort „Ausbau der Wirtschaftsdemokratie".

Gemäß dem Wunsch des Deutschen Gewerkschaftsbundes – wenn er auch den DGB nicht erwähnte – kündigte Vogel an, daß die SPD die Regierung durch Gesetzesinitiativen auf die Probe stellen werde.

Wie in Vogels Wahlreden nahm die Friedenspolitik in seiner Antwort auf die Regierungserklärung breiten Raum ein. Der Friede sei „das höchste Gut" der Außenpolitik. „Grundlagen dieser Politik *sind für uns das atlantische Bündnis,* die Europäische Gemeinschaft, die deutsch-französische Freundschaft und die Vertragspolitik gegenüber der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Nachbarn." Das Bündnis und die NATO-Mitgliedschaft stehe nicht zur Disposition. Vogel empfahl, nicht immer nur auf die „militärischen Anstrengungen" der Sowjetunion zu starren.

Bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen werde sich entscheiden, ob der Rüstungswettlauf endlich zum Stehen komme. Ziel der Sozialdemokraten sei eine Vereinbarung, die die Aufstellung neuer Systeme in unserem Lande überflüssig mache.

Die objektiv gegebenen Verhandlungsmöglichkeiten in Genf seien weder durch die Sowjet-Vorschläge noch durch die USA ausgeschöpft. Deshalb seien „Festlegungen des Inhalts, die Bundesrepublik werde Ende des Jahres der Stationierung neuer Systeme auf jeden Fall zustimmen, nicht zu beantworten".

In der Deutschland- und Berlinpolitik habe Kohl als erstes konkretes Ergebnis eine „Wende zurück in Richtung Konfrontation und kalter Krieg" vorzuweisen. Vogel warf dem CSU-Vorsitzenden Strauß vor, er habe den Tod des Transitreisenden in Drewitz „als Instrument gegen Sie (Bundeskanzler Kohl) und Ihre Richtlinienkompetenz mißbraucht"...

Vogel wiederholte abschließend seine Forderung nach Abbau der Arbeitslosigkeit durch staatliche Beschäftigungsprogramme und nach einem umfassenden Umweltschutzprogramm.

Für die Union antwortete der CSU-Landesgruppenvorsitzende, Theo Waigel, auf den SPD-Fraktionsvorsitzenden. Waigel brachte in seinem Debattenbeitrag seinen wirtschaftspolitischen Sachverstand ein. Er warf Vogel vor, in allen Aussagen für Wirtschaftspolitik das wichtigste – die Ursachenanalyse – verschwiegen zu haben. Als „naive Milchmädchenrechnung" bezeichnete er die sozialdemokratische Behauptung, daß das geforderte staatliche Beschäftigungsprogramm sich zu 60 Prozent selbst finanzieren würde.

Im Gegensatz zur SPD, die mit ihren Münchner Parteitagsbeschlüssen den staatlichen Dirigismus wieder in den Vordergrund gerückt habe, setzten Union und FDP auch heute wieder auf die soziale Marktwirtschaft, die in zwei Jahrzehnten der Regierungsverantwortung von CDU/CSU Aufschwung statt Massenarbeitslosigkeit gebracht habe.

Eine Wahl als Test für die nächste

Briten entscheiden über neue Stadträte / Ergebnis könnte Terminspekulationen beenden

FRITZ WIRTH, London

Inmitten immer heftiger werdender Spekulationen über den Termin der nächsten Unterhauswahlen ist für die britischen Parteien heute Wahl-Generalprobe. In England und Wales werden – mit Ausnahme von London – neue Stadträte gewählt. Nachdem in den letzten Monaten in einer außergewöhnlichen Serie von Meinungsumfragen das politische Klima im Lande getestet worden war, sind diese Wahlen bereits als die „authentischste Meinungsumfrage des Jahres" gemünzt worden.

Ihr Ergebnis könnte in der Tat zugleich den Termin der Unterhauswahlen mitbestimmen. Frau Thatcher jedenfalls hat unmittelbar nach der Wahl am Wochenende eine Strategiekonferenz mit ihren engsten Beratern – Innenminister Whitelaw und Partei-Generalsekretär Parkinson – in Chequers einberufen, um den günstigsten Wahltermin festzulegen. Da ihre Amtszeit offiziell noch bis zum Mai 1984 dauert, bieten sich ihr drei Optionen: eine Wahl im Juni, im Oktober oder im Frühjahr nächsten Jahres.

Dabei ist es jedoch durchaus möglich, daß die heutigen Stadtratswahlen nicht unbedingt schlüssige Hinweise liefern: einmal, weil die Wahlbeteiligung höchstens zwischen 30 und 35 Prozent liegen wird, was dieses Ergebnis deshalb nicht unbedingt repräsentativ macht, zum anderen, weil inzwischen so viele Wahlkreisgrenzen geändert worden sind, daß Vergleiche mit den letzten Wahlen nur sehr schwer möglich sind. Sicher jedoch ist, daß dieses Ergebnis für die Konservativen nicht so vorteilhaft ausfallen wird wie die letzten Meinungsumfragen, nach denen die Torys 15 Punkte vor der Labour Party liegen. Außerdem fanden die letzten Stadtratswahlen vor vier Jahren zeitgleich mit den Unterhauswahlen statt und standen ganz im Zeichen der Tory-Renaissance.

Von den insgesamt 36 Stadtratsbezirken in England sind im Augenblick 23 in Händen der Labour Party, acht gehören den Konservativen, der Rest ist im Besitz von Koalitionen. Von den 23 Bezirken in Labour-Hand können sechs auf keinen Fall verlorengehen, weil in diesen Bezirken nur ein Drittel der Stadtratssitze zur Wahl steht. Das Interesse konzentriert sich deshalb auf die beiden Großstädte Birmingham und Liverpool. Birmingham befindet sich seit vier Jahren in konservativen Händen, und Liverpool wird von einer liberal-konservativen Allianz geführt. Wenn es der Labour Party nicht gelingen sollte, diese beiden Städte zurückzuerobern, wäre das ein schwerer Rückschlag für die Partei. Er könnte Frau Thatcher zugleich ermuntern, unverzüglich Unterhauswahlen anzusetzen.

Schon vor der heutigen Wahl hat es zahlreiche Hinweise dafür gegeben, daß Frau Thatcher sich für einen frühen Wahltermin rüstet. Die sonst mit Interviews sehr sparsam umgehende Premierministerin hat in den letzten Tagen die britische Medien-Landschaft geradezu mit einer Flut von Interviews überschwemmt.

Zugleich sprechen wichtige Wirtschaftsdaten für eine Unterhauswahl im Juni. Der Pfundkurs hat sich nach der Ölpreiskrise vor zwei Monaten erholt und ist stabiler als je zuvor in diesem Jahr. Außerdem kann damit gerechnet werden, daß die Inflationsrate im Juni dieses Jahres zum ersten Mal seit 15 Jahren unter vier Prozent liegen wird. Die Torys hoffen außerdem, daß die Arbeitslosenrate in den nächsten beiden Monaten vorübergehend fallende Tendenz zeigt. Wirtschaftsexperten in der Londoner City sind dagegen keineswegs sicher, daß diese Daten auch im Oktober noch so günstig sind.

Frau Thatcher hat in der Vergangenheit wiederholt erklärt, daß sie zur Durchsetzung ihres Programms mindestens zehn Jahre Zeit brauche. Wenn sie nun ein ganzes Jahr früher als nötig Neuwahlen ansetzt, gefährdet das ihre politische Glaubwürdigkeit, und sie setzt sich dem Vorwurf des politischen Opportunismus aus.

In der Fragestunde des Unterhauses widersetzte sie sich gestern beharrlich allen Versuchen der Labour Party, sich auf einen Wahltermin festlegen zu lassen. Sie werde, sagte sie, den Wahltermin auf dem „normalen Wege" bekanntgeben, und bis dahin herrsche „business as usual". Die fiebrige Atmosphäre in Westminster und in den Partei-Hauptquartieren läßt jedoch kaum noch Zweifel: In Großbritannien steht die Stunde der Entscheidung bevor.

Iran verschloß sich Moskaus Werben

Vorgehen gegen die Tudeh-Partei spiegelt Machtkampf in der Geistlichkeit wider

MARTA WEIDENHILLER, Bonn

„Wir haben uns von der Abhängigkeit vom Ausland nicht befreien können ... Statt politisch aktiv zu sein, betrieben wir Spionage und Verrat gegen die islamische Revolution." Wer sich so im iranischen Fernsehen anklagt, „freiwillig" bereut, heißt Nuredin Kianuri, Generalsekretär der kommunistischen Tudeh-Partei seit 1978, Häftling der Mullahs seit dem 6. Februar. Er gibt zu, seit 1945 in Kontakt mit sowjetischen Agenten gestanden und sie mit militärischen Informationen versorgt zu haben.

„Fernsehgeständnisse" stellen in der Islamischen Republik Iran kein Novum dar, sie gehen meist Prozessen voraus und lassen die Strafe ahnen. Bei Kianuri kann sie nur die des Todes sein angesichts so schwerer Vergehen wie Spionage und Verrat. Mit Kianuri wurden etwa 30 Tudeh-Mitglieder verhaftet.

Dieser „psychologischen Einstimmung" folgte gestern die offiziell verordnete Auflösung der Tudeh-Partei. Ihre Anhänger müssen nun damit rechnen, verfolgt zu werden; auch die Beziehungen zur Sowjetunion werden sich weiter verschlechtern.

Die revolutionäre Stärke blieb ungebrochen

Als falsch erweist sich einmal mehr eine Voraussage für Iran: Vor Jahren hielt man den Sturz des Schah nicht für möglich, galt er doch als Protégé der USA, von ihnen mit hochmodernen Waffen bestens ausgerüstet. Khomeinis Republik wurde bald der wirtschaftliche Niedergang, später der militärische Zusammenbruch (im Krieg mit Irak) prophezeit. Immer auch war von der „Revolution in der Revolution" die Rede, aus der die Linke unter Moskaus Führung als Sieger hervorgehen werde.

Zwar blieb die historische Chance eines politischen Neubeginns in Iran ungenutzt; ungebrochen aber ist auch nach vier Jahren die revolutionäre Stärke. West und Ost unterschätzten sie gleichermaßen. Auch Kianuri gab sich Illusionen über das Regime Khomeini hin. Offenbar hat er nie die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß es sich eines Tages auch gegen ihn wenden würde.

Aber es geht nicht nur um die Unvereinbarkeit von Islam und Marxismus in Iran. Der Schlag gegen die Tudeh steht auch im Zusammenhang mit dem inneren Gerangel zwischen konservativer und revolutionärer Geistlichkeit. Zu letzterer zählt Parlamentspräsident Rafsandschani. Er will die Revolution vorantreiben, sie in andere islamische Länder „exportieren" und den Krieg gegen Irak fortsetzen. Die Tudeh lag ganz auf dieser Linie. Sie unterstützte außerdem von Anfang an Khomeini als den „Mann des Volkes", ohne daß dieser dies honoriert hätte, etwa mit der Zulassung der Partei. Offiziell war sie verboten, wurde aber – bis gestern – geduldet.

Die konservative Geistlichkeit hält die Revolution für beendet, sie will das Erreichte konsolidieren und wertet den Golfkrieg als wirtschaftlich ruinös. Die Tudeh-Aktivisten sind für sie nur Atheisten und Gehilfen der Sowjetunion. Vor diesem Hintergrund wird auch das Vorgehen gegen die Genossen transparent: Die Verhaftungen Anfang Februar kamen zu einer Zeit, als Iran eine neue Großoffensive gegen Irak startete. Also ein „Arrangement" der beiden Machtgruppen?

Der Tudeh gelang es bereits im ersten Revolutionsjahr 1979, Einfluß auf die Umgebung Khomeinis zu gewinnen. Sie galt als die stärkste und am straffsten geführte politische Organisation. Bezeichnend für sie ist, daß sie weder die Masse der Arbeiter noch Bauern gewinnen konnte; ihre Anhänger sind vielmehr unter der akademischen Jugend zu finden.

Als die Tudeh-Partei 1941 gegründet wurde, bezeichnete sie sich als marxistisch-leninistisch, um so das seit 1931 bestehende Verbot der Kommunistischen Partei Irans zu umgehen. 1949 wurde sie verboten, nachdem ihr ein Attentat auf den Schah zur Last gelegt wurde. In der Mossadeq-Zeit kam sie wieder „nach oben", um nach dessen Sturz mit aller Härte verfolgt zu werden. In der Folge bildeten sich in der Sowjetunion, in Irak und der „DDR" neue Operationszentren mit Zielrichtung Westeuropa.

In den siebziger Jahren verbesserten sich die Beziehungen der Sowjetunion und Osteuropas zu Iran; die sowjetische Presse dämpfte ihre anti-iranische Propaganda. Dies brachte die Tudeh nicht nur in Verlegenheit, sondern führte auch zu einem Nachlassen der Unterstützung durch die kommunistischen Staaten. Die Partei setzte ihre Arbeit dennoch fort, löste sich aber von „Abweichlern" und anderen Gruppierungen, um sich besser zu organisieren.

Sieht die Sowjetunion Kianuri als Märtyrer?

Das Vorgehen gegen die Tudeh-Partei drängt nun zu der Frage nach Moskaus Reaktion. Wird es Kianuri „freizukaufen" versuchen oder ihn als Märtyrer hinnehmen? Nach dem Rückzug der USA hat sich die Sowjetunion intensiv bemüht, Iran stärker an sich zu binden. Die Bilanz fiel negativ aus. Als sie feststellte, daß ihr wirtschaftliches Instrumentarium – zum Beispiel der Gasexportvertrag – nicht ausreichte, verstärkte sie den politischen Druck. Kritisiert wurde die Geistlichkeit, Teherans „Einmischung" in die sowjetische Afghanistan-Politik; während der US-Geiselaffäre warnte Moskau zudem vor einer „militärischen Intervention in Iran durch die USA", die es nicht dulden werde. Dies wurde als Vorwand für ein mögliches eigenes Eingreifen interpretiert. Teheran entzog Moskau dafür aber die rechtliche Grundlage, indem es den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion aus dem Jahre 1921 aufkündigte.

Israel braucht Haddad als PLO-Barriere

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Bei den Verhandlungen zwischen Israel und Libanon – zu deren Beschleunigung US-Außenminister George Shultz gegenwärtig zwischen Jerusalem und Beirut pendelt – ist der Status des libanesischen Armeemajors Saad Haddad (46) einer der Hauptstreitpunkte. Haddad, ein maronitischer Christ, war Offizier in der regulären libanesischen Armee. Als diese 1977 im Bürgerkrieg zerfiel, befand er sich als Kommandant einer Gruppe von mehreren Hundert christlichen Soldaten im äußersten Süden Libanons.

Israel hatte damals den „guten Zaun" an der Grenze eingerichtet: Verwundete und kranke Libanesen (auch Nichtchristen) erhielten von israelischer Seite ärztliche Betreuung. Haddad beschloß, sich auf die Seite der Israelis zu schlagen und wenigstens seine Provinz mit ihrer Hilfe zu verteidigen.

In einer denkwürdigen Pressekonferenz in Tel Aviv im April 1977 verlas er einen Aufruf, in dem er sagte: „... Die christliche Welt und die sogenannte freie Welt haben uns in unserer verzweifeltsten Stunde im Stich gelassen. Unser Land ist von den Syrern und deren Handlangern, den PLO-Terroristen, besetzt worden ... Unsere eigene Regierung hat uns brutalen, sinnlosen Angriffen von Bestien, die sich ‚Freiheitskämpfer' nennen, preisgegeben ... Unser ehemaliger Feind, Israel, ist heute unser einziger und letzter Beistand ... Wohin sonst sollten wir unsere Verwundeten, unsere schwangeren Mütter, unsere Alten und Kranken schicken?"

Aus dieser Annäherung wurde Freundschaft. Die Israelis lieferten Haddads Truppen Waffen und Munition und bildeten sie aus. Bald entstanden in Südlibanon ein halbes Dutzend Enklaven, in denen Major Haddad herrschte, während ringsum die PLO ihr eigenes Regime führte. Nach der „Operation Litani" im Jahre 1978 vertrieb die israelische Armee die PLO-Verbände aus einem Grenzstreifen von rund 20 Kilometern Breite. Haddad konnte alle Enklaven zu einem zusammenhängenden Gebiet vereinigen.

Dieses Gebiet führte eine Art Zwitterdasein. Es blieb weiterhin ein Teil des souveränen libanesischen Staatsgebietes. Seine Bewohner konnten ohne weiteres nach Beirut und in andere Landesteile reisen. Aber Beirut konnte keine Staatsgewalt in dem von Haddad beherrschten Gebiet ausüben, da es keinerlei Machtorgane besaß. Haddad gründete eine Art primitiver Selbstverwaltung – sogar Amtsgerichte funktionierten unter seiner Regie. Eine amerikanische christliche Organisation namens „High Adventure" betrieb einen Rundfunksender „Voice of Hope", die später zu einer Fernsehstation ausgebaut wurde. Die rund 100 000 Einwohner des Gebietes lebten verhältnismäßig sicher, während in den anderen Teilen Libanons der Bürgerkrieg tobte.

Für die Israelis lag der Vorteil darin, daß Haddad und seine Soldaten die PLO-Terroristen noch mehr hassen als die Israelis. Dadurch bildeten sie eine wirksame Barriere gegen ein Eindringen der PLO nach Südlibanon.

Die Ironie war dabei, daß die Beiruter Regierung – der es nur an Macht, nicht aber an Geld fehlte, an Major Haddad und seine Soldaten zunächst den Wehrsold weiterzahlte. Im April 1979 stellte sie die Zahlungen ein, worauf die israelische Armee die „Lohnfortzahlung" von ihrem eigenen Militäretat übernahm. Sie tut es noch heute.

Als die Israelis Anfang dieses Jahres sahen, daß es wenig Aussichten auf einen regelrechten Frieden mit Libanon gab, erweiterten sie Haddads Verwaltungsgebiet. Mit seinen 5000 Mann – davon 3000 reguläre Soldaten und 2000 Mann der Bürgerwehr – herrschen sie jetzt bis Sidon, das heißt auf fast zwei Dritteln der Quadratkilometer, die Israel besetzt hält.

Den Israelis ist klar, daß dies den Syrern ein Dorn im Auge ist. Und unter syrischem Druck fordert Beirut die totale Räumung des Südens. Als Geste ist sie bereit, den acht Jahre alten Haftbefehl gegen Major Haddad aufzuheben und ihn sogar wieder in die Armee aufzunehmen. Israel hingegen fordert, daß der Major – wenn auch innerhalb der libanesischen Armee – das effektive Kommando über Südlibanon erhält. Ein israelischer Generalstabsoffizier sagte dem SAD: „Haddads Truppen sind die einzige Streitkraft, die imstande ist, das Eindringen von PLO-Terroristen zu verhindern." Außerdem wollen die Israelis einen Verbündeten wie Haddad nicht fallenlassen. Das würde abschreckend auf diejenigen wirken, die mit Israel zusammenarbeiten möchten. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Skandal an der Grenze

„Tod in Deutschland"; WELT vom 27. April

Es ist traurig, aber zugleich ein Zeichen dafür, in was für einem freien Land wir leben und in welch großzügigem Rahmen wir uns bei unseren Auslandsreisen in der freien Welt bewegen können, daß der normale Bundesbürger dies nicht glauben kann.

Herr Hertz-Eichenrode hat völlig recht, daß wir uns nicht täuschen lassen sollen, als ob nach so vielen Jahren schikanöser Kontrollen und einschüchternder Behandlung von Reisenden an „DDR"-Kontrollstellen nur zufällig drei Herztode innerhalb kurzer Zeit zu verzeichnen gewesen wären. Über die anderen wurde so wenig gesprochen wie über die 188 von der Erfassungsstelle in Salzgitter registrierten, bei Fluchtversuchen erschossenen Deutschen. Allein der italienische Lastwagenfahrer Benito Corghi machte Schlagzeilen, weil – peinliches Versehen! – nicht nur ein Deutscher, sondern ein Ausländer das Opfer war.

Ich kann mir keinen Menschen vorstellen und habe bisher auch keinen unabgestumpften Reisenden erlebt, der an der „DDR"-Grenze nicht Angst empfindet und Erleichterung registriert, wenn er „durch" ist.

Ich selbst habe bereits verschiedenste Kontrollschikanen über mich ergehen lassen müssen und verschiedentlich Strafen zahlen müssen, auch wenn eindeutig feststand, daß ich in eine für Westdeutsche aufgebaute Falle geriet.

Der Bundesminister für innerdeutsche Angelegenheiten hat nun die „DDR" zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit aufgerufen. Das ist von unserer Denkweise aus sicher richtig und nach dem 13jährigen Schweigen in dieser Sache auch wichtig, aber, so zynisch wie das klingt, vom Feinddenken der „DDR" aus betrachtet, entspricht der augenblickliche Zustand diesem Grundsatz vollkommen. Das Vergleichskriterium der „DDR"-Organe sind nämlich nicht die Verkehrs- und Zollregeln, gegen die man verstoßen könnte, sondern das Abschirmen der eigenen Bevölkerung vor Besuchern aus dem Westen, das Verhindern von „Republikflucht" und das Abschrecken der Westreisenden. Darüber sollte in der Transitkommission gesprochen werden.

Auch wenn man dies weiß, sollten die westlichen Besucher sich bei den Kontrollen und Schikanen um eine ausgesprochen freundliche und betroffene Haltung bemühen, so daß die Schikane nicht leichtfällt. Es gibt so etwas wie freundliche Wehrkraftzersetzung, wenn man die Uniformen durchschaut. Das ist nicht leicht, dennoch rate ich dazu.

Mit freundlichen Grüßen
H. Maier,
Hannover 91

*

„Windelen: Die weitaus meisten ‚DDR'-Besucher haben Angst"; WELT vom 29. April

Sehr geehrte Damen und Herren,
endlich ein bundesdeutscher Minister, der den Mut hat, das Kind beim Namen zu nennen! Mein beruflicher Einsatz hat mich im Laufe der Zeit in mehr als hundert Länder der Erde geführt, aber nie empfinde ich stärkere Angst als bei der Einreise in die „DDR", obwohl sie für mich unbegründet ist.

Als ich von meinem Einsatz in der Karibik nach Hamburg zurückkehrte, um todmüde vom Flugzeug in den „Mumien-Expreß" umzusteigen – ich folgte einer Einladung zu Vorträgen in Kirchengemeinden der „DDR" –, erlebte ich, wie meine Nachbarin, eine weißhaarige Greisin, weinend und zitternd von uniformierten Frauen abgeführt wurde, nur weil sie das „Verbrechen" begangen hatte, ihrer Tochter in der „DDR" ein Mode-Journal mitbringen zu wollen.

Welch unwürdiges Schauspiel auf deutschem Boden! Man muß nicht Arzt sein, um zu wissen, wie psychopathogenetisch durch eine solch unnötige seelische Belastung bleibende Schäden gesetzt werden.

Muß es wirklich erst zum mehrfachen Minuten-Herztod kommen, damit wir uns auf unsere Menschenwürde und Rechte in unserer Heimat besinnen, für die wir uns so selbstbewußt in der Dritten Welt einsetzen?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Dr. H. R. Flachsmeier,
Hamburg 13

Wort des Tages

„Was wir Frieden nennen, ist meist nur ein Waffenstillstand, in dem der Schwächere so lange auf seine Ansprüche verzichtet, bis er eine Gelegenheit findet, sie mit Waffengewalt von neuem geltend zu machen."

Luc de Vauvenargues, franz. Moralist (1715–1747)

Höchster Turm

In Ihrer Ausgabe vom 29. April ist ein Bericht von Frau Gisela Kranefuss aus Hamburg. Sie berichtet über den „Michel", der mit 132 Metern der höchste evangelische Kirchturm in Deutschland sei. Dem muß ich widersprechen; der höchste Kirchturm in Deutschland ist das Ulmer Münster mit 161 Metern. Ulm hat sogar den höchsten Kirchturm der Welt.

Ilse Heim,
Detmold

Kranke Seelen

„Depression oder Unwohlsein?"; WELT vom 18. April

Wissen Ärzte wirklich so wenig über die Ursachen der Depression? Mit keinem Wort wird im Bericht über den Internistenkongreß erwähnt, daß es sich bei den geschilderten Symptomen der Depression in der Regel um eine psychische, zum mindestens aber um eine psychosomatische Erkrankung handelt.

Psychotherapeuten wissen, daß depressive Langzeitverstimmungen häufig die Folge verdrängter Gefühle sind. Auch andere Gefühle als Trauer, nämlich Betroffenheit, Verletztheit, Ärger, Wut u. a. werden nicht wahrgenommen und nicht zugelassen.

Daß Frauen besonders betroffen sind, ist kein Wunder, weil unsere Gesellschaft ihnen immer noch die Rolle von Dulderinnen zuschreibt. Also schickt sich die Frau in diese Rolle, aber auf Kosten ihrer Lebendigkeit. Ihre Gefühle erstarren, sie wird leblos, depressiv, hat Empfindungen der Leere, der Sinnlosigkeit. Was sie braucht, sind nicht die ach so gepriesenen Medikamente, die sie von Tabletten und Ärzten abhängig macht! Was sie lernen muß, ist, ihre Gefühle wahrzunehmen, sie zu akzeptieren und mit ihnen umzugehen. Dazu benötigt sie keine jahrelange Psychoanalyse, vielmehr eine erfahrene Psychologin (Psychologen), die ihr hilft, sich selbst zu verstehen, adäquater auf ihre Umwelt zu reagieren und ihr Leben so zu gestalten, daß sie Raum für Freude gewinnt.

Eine Gesellschaft, die vorrangig Jagd auf materielle Güter macht und keine höheren Ideale kennt, muß sich nicht wundern, wenn viele Menschen ihr Leben als schal und inhaltslos empfinden und anfällig für Depressionen werden.

Gudrun Nikulski,
Diplompsychologin,
Hamburg 20

Personalien

GEBURTSTAG

Professor **Heinz Eduard Tödt**, seit 1963 Ordinarius für Systematische Theologie mit Schwerpunkt Ethik an der Universität Heidelberg, wurde 65 Jahre alt. Tödt, der seit 1961 auch theologischer Leiter der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg ist, gilt als einer der Wegbereiter der Friedensforschung, mit deren theologischen und völkerrechtlichen Dimensionen er sich in vielen Veröffentlichungen befaßte. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit sind die Menschenrechte. Der Theologe, der sich in den letzten Jahren zunehmend der Erforschung von Leben und Werk **Dietrich Bonhoeffers** gewidmet hat, gehörte sieben Jahre lang dem Arbeitsausschuß der Abteilung „Kirche und Gesellschaft" im Genfer Ökumenischen Rat der Kirchen an und war 1970/72 Berater der Studienkommission des Evangelischen Weltbundes.

WAHL

Prof. Dr. **Knut Kohlmeyer**, Leiter der Abteilung Neuroradiologie am Zentralinstitut für Seelische Gesundheit in Mannheim, wurde von der Deutschen Gesellschaft für Hirntraumatologie und Klinische Hirnpathologie zum Vorsitzenden für die Dauer von zwei Jahren wiedergewählt.

EHRUNG

Pfarrer **Gerhard Rogmann**, 70, aus Straelen am Niederrhein, wurde vom Primas von Polen, **Josef Kardinal Glemp**, zum Ehrendomkapitular der Kathedralkirche von Gnesen ernannt. Glemp würdigt damit die vielfältige Hilfe, die den Menschen in Polen, aber auch dem Primas selbst (mit dem Rogmann eine enge Freundschaft verbindet) durch den deutschen Geistlichen zuteil geworden ist. Rogmann war nach seiner Priesterweihe 1937 zuerst Kaplan in Duisburg, war dann drei Jahre im Wehrdienst und kam schließlich über Büderich nach Duisburg-Wanheim. Mit Gründung des Ruhrbistums vor 25 Jahren gehörte er dieser neuen Diözese an.

JUBILÄUM

Das ungewöhnliche Jubiläum der 50jährigen Firmenzugehörigkeit konnte **Erwin Eisold**, Vertreter der Firma Verpoorten für den Raum Köln, jetzt feiern.

Luther-Feier auf der Wartburg

● Fortsetzung von Seite 1

anderen Überzeugung ebenso gewachsen wie die Einsicht in die gemeinsame Verantwortung für die Menschen, an die wir uns – jeder in eigener Überzeugung und Zielstellung – beide wenden".

Richard von Weizsäcker traf gestern abend während eines Essens in der Eisenacher Residenz von Bischof Werner Leich mit führenden „DDR"-Repräsentanten zusammen und nutzte die Gelegenheit zu einem ausführlichen informellen Gespräch über die innerdeutschen Beziehungen. Starkes Interesse an einer solchen Begegnung hatte vor allem die Ostberliner Seite erkennen lassen. Zu den Gästen zählten Volkskammerpräsident Horst Sindermann sowie der Vorsitzende der Ost-CDU, Gerald Götting, Stellvertreter Honeckers als Staatsratsvorsitzender.

Als sich Sindermann und Weizsäcker gestern mittag auf der Wartburg begegneten, begrüßte der „DDR"-Politiker den Gast aus Berlin mit der Frage: „Sind Sie gut durch Drewitz gekommen?" und spielte damit auf den ungeklärten Todesfall in der Kontrollbaracke von Drewitz an.

Weizsäcker war bereits am Dienstag mit seinem Senats-Dienstwagen nach Thüringen gefahren und hatte ein vierstündiges Gespräch mit Studenten und Professoren der kirchlichen Ausbildungsstätte in Naumburg geführt. Dabei ging es um Fragen der Deutschlandpolitik und die Lage der Christen in der „DDR".

Die Popularität des CDU-Politikers und EKD-Ratsmitglieds zeigte sich bei einem Rundgang durch Eisenach. Weizsäcker wurde von vielen Passanten angesprochen.

In kirchlichen Kreisen wurde mit besonderer Aufmerksamkeit die kritische Predigt des katholischen Apostolischen Administrators von Görlitz, Bernhard Huhn, bei einem Pontifikalamt am Morgen des „Luther-Tages" in der Eisenacher Elisabethkirche vermerkt. Der Geistliche wandte sich strikt gegen die Auffassung, die Erlösung werde „durch Klassenkampf, durch neue Verteilung des Besitzes, durch neue Ordnung, das Blut der Revolution" gewonnen. „Christen können dem nicht zustimmen, weil sie Diagnose und Therapie für falsch halten." Die Kirche achte zwar jede menschliche Überzeugung, aber sie sei nicht der Meinung, daß diese Überzeugung richtig ist. „Christen können niemals Marxisten sein."

Historiker beharren auf Offenlegung der Quellen

Diskussion im ORF über angebliche Hitler-Tagebücher

AP, Wien

Drei Historiker haben im Österreichischen Fernsehen (ORF) die Echtheit der vom Magazin „Stern" veröffentlichten angeblichen Hitler-Tagebücher so gut wie ausgeschlossen.

Professor Martin Broszat vom Institut für Zeitgeschichte in München sagte, es fehlten die drei wichtigsten Elemente, um die Authentizität zu beweisen: die formale Echtheitsprüfung wie die Untersuchung des Papiers, der Tinte, der Fingerabdrücke und anderer äußerer Merkmale, die volle inhaltliche Prüfung des gesamten Textes durch Experten sowie die völlig offene Darlegung der Überlieferungsgeschichte. Broszat verlangte mehrfach die Offenlegung der Quellen und sagte: „Hier ist der Anspruch des Informationsschutzes verwirkt."

Professor Erika Weinzierl (Wien) sprach von einer „ungeheuren Nachlässigkeit und fahrlässigen Vorgangsweise" bei der Veröffentlichung der Bücher.

Hitler-Forscher Werner Maser (Speyer) sagte, wenn sich der „Stern" eine „solche Geschichte" leiste, dann sei er selbst am wenigsten qualifiziert zu beurteilen, ob er für die Bestätigung der Echtheit zuständig sei oder nicht. Maser: Es sei „unvorstellbar", daß Hitler die Tagebücher in Kunstleder binden ließ, sogar den letzten, angeblich zum Teil im Führer-Bunker geschriebenen Band. Außerdem müsse man sich fragen, warum am Einband nicht der Reichsadler, sondern der Wehrmachtsadler verwendet worden sei.

Maser meinte, sowohl der „Entdecker" der Tagebücher, „Stern"-Redakteur Gerd Heidemann, als auch Nannen seien inzwischen von der „Fund-Story" zurückgetreten, wonach die Bücher aus einer in Mitteldeutschland abgestürzten Maschine von Wehrmachtsangehörigen gerettet und später an einem sicheren Ort aufbewahrt worden seien.

In einem Fernschreiben teilten „Stern"-Herausgeber Nannen sowie der Chefredakteur und der Vorsitzende des Verlagsvorstandes das Fernbleiben der beiden Redakteure Heidemann und Felix Schmidt mit. Als Begründung wurde die Zusammensetzung der Diskussionsrunde angegeben und der Umstand, daß eine Debatte über die Echtheit der Tagebücher „gegenwärtig der Sache nicht dienlich" sei. Wie bestätigt wurde, hat der „Stern" jetzt dem Bundesarchiv einige Exemplare der angeblichen Tagebücher zur Prüfung übergeben.

Ceausescu fordert Moskau heraus

Rumänischer Parteichef stellt Gültigkeit der „Diktatur des Proletariats" in Frage

dpa, Bukarest

Die marxistische These von der „Diktatur des Proletariats" ist nach den Worten von Nicolae Ceausescu zumindest in Rumänien nicht mehr gültig. Die offizielle Agentur Agerpres zitierte den Staats- und Parteichef mit der Bemerkung, angesichts der Veränderungen der sozialistischen Gesellschaft und der neuen, demokratischen Formen der Verwaltung könne man „ohne Furcht vor Irrtümern feststellen, daß die Idee einer Diktatur des Proletariats nicht mehr den historischen Gegebenheiten Rumäniens entspricht". An die Stelle einer Diktatur des Proletariats sei eine „revolutionäre Demokratie" getreten.

G. GUSTAF STRÖHM, Wien

Die jüngste Erklärung Ceausescus stellt eine ungewöhnliche ideologische Herausforderung der Sowjetunion dar. Denn für Moskau ist die „Diktatur des Proletariats" – wenn auch in jeweils taktisch abgewandelter Form – immer noch der Eckpfeiler der sowjetischen Macht. Auf diese These gründet der Kreml sein „Erstgeburtsrecht" und seine Vormachtstellung in der kommunistischen Weltbewegung. Letzten Endes ist auch die Formel vom proletarischen Internationalismus und die daraus abgeleitete Rechtfertigung sowjetischer militärischer Interventionen in anderen sozialistischen Ländern (Tschechoslowakei, Afghanistan) auf den Begriff der „Diktatur des Proletariats" zurückzuführen.

Wenn Ceausescu das kommunistische Rumänien nun als „revolutionäre Demokratie" bezeichnet, so zieht er damit einen Trennungsstrich gegenüber den Sowjets. Ähnlich wie Tito nach dem machtpolitischen Bruch Jugoslawiens mit Moskau 1948 eine neue jugoslawische Ideologie schuf, um sich von Moskau zu unterscheiden und sich Moskauer Führungsansprüchen besser zu entziehen, will auch Ceausescu offenbar einen theoretisch-ideologischen Trennungsstrich gegenüber den Sowjets. Der aktuelle rumänische Konflikt mit den Sowjets über die RGW-Gipfelkonferenz (WELT v. 4. 5.) bekommt damit grundsätzliche Dimensionen.

Die Ablehnung der „Diktatur des Proletariats" durch die rumänischen Kommunisten ist allerdings nicht der einzige Streitpunkt zwischen Bukarest und Moskau. Die zweite bemerkenswerte Differenz zwischen beiden kommunistischen Regimen liegt in der Definition der „Nation" und in der nationalen Frage sowie in der Beurteilung der Rolle, die die Nationen im Sozialismus spielen können. Erst vor wenigen Tagen hat einer der führenden rumänischen KP-Ideologen, Eugen Florescu – stellvertretender Leiter der Propagandaabteilung des rumänischen ZK –, eine kaum verhüllte Attacke gegen den sowjetischen Parteichef Jurij Andropow geritten. Andropow hatte im Dezember 1982 erklärt, Endziel der sowjetischen Nationalitätenpolitik sei die „Verschmelzung" aller Nationen und Völker. Demgegenüber erklärte jetzt der rumänische ZK-Funktionär in einem Aufsatz der Bukarester Zeitung „Romania libera", die Nationen würden sich in absehbarer Zeit keineswegs miteinander verschmelzen, sondern bis in eine unabsehbare Zukunft weiter existieren.

Als Sensation wird gewertet, daß das KP-Regime Rumäniens in diesem Jahr erstmals den 27. März wieder feierlich begangen hat – den Tag, an dem im Jahre 1918 Bessarabien (die heutige Sowjetrepublik Moldau) an Rumänien angeschlossen wurde. In der Zwischenkriegszeit war dieses Datum eine Art Nationalfeiertag der Rumänen. Nach 1944, als Bessarabien wiederum an die Sowjets verlorenging, war jegliche Manifestation dieser Art streng verboten.

Erstmals im Jahre 1983 fand nun in Bukarest wieder eine große öffentliche Gedenkfeier für Bessarabien statt – und zwar zu Ehren von Constantin Stere, der 1918 der Führer der rumänischen Nationalen Bewegung in Bessarabien war.

Moskau lockt Dritte Welt mit Waffen

dpa, Brüssel

Waffenexporte werden von der Sowjetunion immer stärker als Instrument zur Einflußnahme auf Entwicklungsländer genützt. Nach einer Studie von Experten aus NATO-Ländern, die jetzt in Brüssel bekannt wurde, sind 26 100 sowjetische, 15 555 kubanische und 25 562 osteuropäische Experten sowie 57 400 sowjetische Militärs für den Waffenexport Moskaus in der Dritten Welt tätig.

Der größte Teil der sowjetischen Waffen wird nach dieser Studie nach Nahost und Nordafrika exportiert, wo Moskau wegen der dauernden kriegerischen Auseinandersetzungen erhebliche politische Gewinne als auch solche an harter Währung erzielen kann. Als Beispiel wird der Krieg zwischen Iran und Irak angeführt, die beide von der Sowjetunion beliefert werden. 1980 und 1981 erhielten die Regionen in Nahost und Nordafrika 63 bzw. 65 Prozent der Gesamtexporte der UdSSR. Große Waffenlieferungen erhielt auch Afghanistan, wo die sowjetische Hilfe seit der Invasion 1979 von jährlich 30 Millionen auf 280 Millionen Dollar gestiegen sei.

Hu Yaobang beginnt Osteuropa-Reise

rtr, Peking

Zum Auftakt einer Serie von Besuchen chinesischer Spitzenfunktionäre im Ostblock ist Parteichef Hu Yaobang gestern nach Rumänien gereist. Vor dem Abflug gab Hu gegenüber der amtlichen Nachrichtenagentur Neues China zu verstehen, daß er seine Reise als Beitrag verstanden wissen wolle, die Einheit des sozialistischen Lagers wiederherzustellen. Westliche Diplomaten in Peking sehen in den Ostblock-Besuchen der chinesischen Partei- und Regierungsvertreter das Bemühen, nach Wiederaufnahme des Dialogs mit der Sowjetunion auch mit deren osteuropäischen Verbündeten wieder ins Gespräch zu kommen.

Im Anschluß an seinen Aufenthalt in Rumänien reist Hu zu einem Besuch nach Jugoslawien weiter. Er wird vom Vize-Außenminister und Delegationsleiter bei den Normalisierungsgesprächen mit der UdSSR, Qian Qichen, begleitet. Qian wird anschließend noch Ungarn, die „DDR" und Polen besuchen. Gleichzeitig reist der Leiter der Osteuropa-Abteilung im chinesischen Außenministerium, Ma Xusheng, nach Bulgarien und in die Tschechoslowakei.

‚Ökonomische Vernunft'

■ Fortsetzung von Seite 1

und die Wiederbelebung von Investitionen und Wachstum.

Die Arbeitgeber begrüßten „die von politischem Augenmaß, ökonomischer Vernunft und sozialer Verantwortung bestimmten Grundlinien der Regierungspolitik als Maßstäbe für die praktischen politischen Einzelschritte". Gefordert sei jetzt die konkrete Umsetzung, an der die Arbeitgeber bereit seien, mitzuwirken.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, drückte die Erwartung der Wirtschaft aus, daß der in der Regierungserklärung abgesteckte Rahmen in den kommenden Monaten konkreter ausgefüllt werde. Er verwies auf das deutliche Bekenntnis zur Eigenverantwortlichkeit und zur Selbstbeschränkung des Staates in der Regierungserklärung und hob hervor, daß die Bundesregierung nicht verschweige, daß kurzfristige Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit, beim Wirtschaftswachstum und bei der Sanierung der Staatsfinanzen nicht zu erreichen seien. Erforderlich seien Geduld, Zielstrebigkeit und Energie.

Die Volks- und Raiffeisenbanken lobten ebenso wie der Bundesverband des Groß- und Außenhandels das „klare Bekenntnis" zu einer Politik mit mehr Markt und weniger Staat. Die mit Kohls Regierungserklärung gesetzten neuen Maßstäbe seien geeignet, die „krisenhaften Fehlentwicklungen" in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu überwinden. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels bemängelte allerdings, daß Kohl in einigen Bereichen „konkreter" hätte werden müssen. Als ausgesprochenes Manko empfinde es der Verband, „daß eines der Hauptprobleme der deutschen Wirtschaft, nämlich die Wiederherstellung eines leistungsgerechten Wettbewerbs, mit keinem Wort erwähnt wird".

„Salvador nicht sachgerecht bedient"

Minister Warnke prüft Änderungen bei der Entwicklungshilfe für Mittelamerika

DW. Dortmund

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, CSU, prüft „seit längerem", ob Nicaragua die Entwicklungshilfe gestrichen werden soll. In dieser Frage halte die Bundesregierung auch Kontakt mit Washington.

In einem Gespräch mit der „Westfälischen Rundschau" erklärte Warnke zur Begründung, es sei eine „Groteske", „daß wir Entwicklungshilfe an Nicaragua geben, das keine freien Wahlen hat, und keine an El Salvador, das freie Wahlen hat. El Salvador ist meines Erachtens nicht sachgerecht bedient."

Er könne es „sehr gut verstehen, wie tief betroffen die Nachbarn Nicaraguas von der verhängnisvollen und verderblichen Entwicklung dort sind". Deshalb sehe er, Warnke, das Gegenhalten der USA – auch unter Beachtung „der militärischen Komponente" – unter dem Aspekt „Druck erzeugt Gegendruck". Präsident Reagan habe den mittelamerikanischen Ländern „ganz klar erklärt: Macht ihr, was ihr innenpolitisch für richtig haltet. Aber haltet die Sowjetunion heraus."

Der „eigentliche große Friedenseinbruch in Mittelamerika" sei keine Folge der Washingtoner Politik, sondern vielmehr bedingt durch die „Einschaltung der Sowjetunion und ihrer Stellvertreter Kuba und jetzt auch Libyen". Die Dramatik der Situation sei dadurch gekennzeichnet, „daß jetzt allen Ernstes davon die Rede ist, daß die Sowjets Atomraketen in Nicaragua stationieren wollen".

Als Grundsätze der Bonner Entwicklungshilfe-Politik unterstrich Warnke: „Wer uns politisch bekämpft, wer sich sowjetischem Hegemonialstreben unterordnet, kann nicht Partner unserer Entwicklungshilfe sein. Das halte ich für ganz selbstverständlich."

AP, Washington/San Salvador

Ein Ausschuß des US-Repräsentantenhauses hat einen Finanzierungsstopp für verdeckte US-Operationen in Nicaragua beschlossen. Präsident Reagan hatte noch in der vergangenen Woche an den Kongreß appelliert, Bemühungen zur Bekämpfung linksgerichteter Unruhen in der Region zu unterstützen. Das jetzt gesperrte Geld sollte dazu beitragen, die Versorgung der Rebellen in El Salvador mit Waffen aus Nicaragua zu unterbrechen.

Die linksgerichteten salvadorianischen Untergrundkämpfer haben inzwischen rund ein Viertel der Wahlunterlagen vernichtet. Damit ist der Wahltermin nach einem vertraulichen Bericht des Innenministeriums in diesem Jahr gefährdet. Aus dem Bericht geht außerdem hervor, daß 37 Städte in El Salvador von der Außenwelt abgeschnitten und offenbar in der Gewalt der Guerrilleros sind.

Noch keine Wende

gtl. – Der Weg zurück zur Vollbeschäftigung ist lang und steinig. Wenn sich die Zahl der Arbeitslosen im April um 133 000 auf 2,25 Millionen verringerte, so spiegelt sich darin eine saisonale Belebung, noch keine konjunkturelle Wende. Der Rückgang der Arbeitslosenquote von 9,8 auf 9,2 Prozent ist keine Entwarnung, sondern eine Herausforderung an die Organisationskraft einer Volkswirtschaft. Es gilt, Preis und Menge der Arbeit so zu ändern, daß alle, die arbeiten wollen, auch einen Platz finden.

Dennoch bietet die April-Statistik einige Aufhellungen. So ging die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen überdurchschnittlich um 14 Prozent und die der Kurzarbeiter gar um 25 Prozent zurück. Das mag zeigen, daß sich Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen und durch Abbau von Kurzarbeit schrittweise ihre Nachfrage erhöhen.

Anfang der Woche hatte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB errechnet, daß die zur Zeit geleisteten Überstunden entsprächen rechnerisch 1,2 Millionen Arbeitsplätzen. Würde man auf diese Mehrarbeit verzichten, wäre die Arbeitslosigkeit also halbiert. Diese Rechnung wirft Fragen auf.

Warum stellen Unternehmen nicht neue Leute ein, statt das Stammpersonal zu Überstunden heranzuziehen? Sie wollen vor allem flexibel bleiben und sich nicht durch übertriebene Aufschwungeuphorie einen neuen Kostenblock aufladen. Die Lohn- und Lohnnebenkosten, verbunden mit einem hohen Schutz der Arbeitsplatzbesitzer, stellen ein Risiko dar, das sich gegen die Arbeitsuchenden wendet.

Auch auf Arbeitnehmerseite ist die Solidarität mit den Erwerbslosen offenbar nicht sehr hoch entwickelt. Sie wollen die Mehrleistung, und sie wollen das Geld dafür. Es braucht Jahre, bevor Rentabilität, Gewinne und Nachfrage Neueinstellungen wieder geboten erscheinen lassen. Flexibilität und Phantasie aller verkürzen diese Durststrecke.

Offensive Industriepolitik

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Industrie soll unter dem jüngsten Austerity-Plan, der zunächst als Defensivaktion zur Wiederherstellung der in der ersten Phase der sozialistischen Wirtschaftspolitik verlorengegangenen Gleichgewichte (Budget, Außenhandel) konzipiert wurde, nicht zu leiden haben. Der neue Industrie- und Wissenschaftsminister Laurent Fabius will im Gegenteil die seiner Kompetenz unterstehenden Unternehmen in die Offensive führen.

Die entsprechenden Signale wurden inzwischen von der Regierung gesetzt. Sie beschloß auf einer Sondersitzung die Grundsätze für ein umfassendes Programm der „industriellen Modernisierung". Seine Elemente sind aber nur zum Teil wirklich neu und reichen in gewissen Punkten sogar in die Zeit Giscards zurück. Das gilt vor allem für die großen technologischen Programme der Elektronik, Informatik und Raumfahrt. Über die von den Sozialisten bereits eingeleiteten und jetzt bestätigten Aktionen hinaus, die den Industriezweigen zugute kommen, die einem besonders starken internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind (Werkzeugmaschinen, EDV, Textil) wurden einige punktuelle Vorhaben beschlossen, von denen das spektakulärste die kurzfristige Entwicklung (in drei Jahren) eines Automobils ist, das nur drei Liter Benzin für 100 Kilometer verbrauchen soll.

An den Investitionsprogrammen wirklich neu ist aber seine Finanzierung. Die Mittel sollen nicht mehr wie bisher hauptsächlich durch Staatsgelder und staatlich subventionierte Kredite aufgebracht werden, sondern weitgehend durch den privaten Sparer. Zu diesem Zweck wird ein sogenanntes Industriesparbuch geschaffen, über dessen Erträge der Industrieminister die direkte Verfügungsgewalt hat. Damit wird zum ersten Mal in diesen Bereich das Monopol des Finanzministers durchbrochen.

Die Gretchenfrage ist jetzt natürlich, wieviel die Franzosen auf diese Weise der Industrie an Ersparnissen zur Verfügung stellen werden. Das hängt zunächst von den noch nicht festgelegten Konditionen ab. Fabius erklärte dazu lediglich, daß sie denen des berühmten A-Sparbuchs entsprechen würden. Auf diese Bücher kann jeder Franzose derzeit bis zu 58 000 Franc (rund 19 330 Mark) an Sichteinlagen unterhalten, wofür er 8½ Prozent steuerfreie Zinsen erhält.

Trotz dieser relativ hohen Rendite – sie entspricht etwa der Inflationsrate – hat das A-Buch-Sparen in letzter Zeit aber erheblich nachgelassen. Dieser Trend dürfte sich angesichts der mit dem Austerity-Plan erhöhten steuerlichen Lasten weiter verstärken. Anstatt ihren Verbrauch einzuschränken, wie es die Regierung anstrebt, steht zu erwarten, daß die Franzosen ihre Kaufkraftverluste weitgehend durch Rückgriff auf die Ersparnisse ausgleichen.

So müßte das Fabius-Buch wohl schon sehr attraktiv sein, um die Franzosen aus der Reserve zu lokken. Das aber würde bedeuten, daß die aus dem Industriesparen bereitzustellenden Investitionskredite mit entsprechend weniger günstigen Konditionen ausgestattet werden könnten. Denn staatliche Subventionen soll es nicht geben. Immerhin aber verbliebe gegenüber dem bei 15 Prozent liegenden allgemeinen Zinsniveau noch ein gewisser Spielraum.

Andererseits ist zu bedenken, daß die französische Industrie schon heute unter einer extrem hohen Verschuldung leidet. So schrumpfte nach jüngsten Angaben des Statistischen Amtes der Selbstfinanzierungsanteil ihrer Investitionen von 67 Prozent 1978 über 54 Prozent in 1981 auf 48 Prozent in 1982 und erreichte bei den großen Staatsunternehmen nur noch 37 Prozent. Die Industrie brauchte also eigentlich mehr Eigen- als Fremdmittel, auch wenn die Kosten dafür jetzt geringer werden sollten.

Damit das Programm möglichst schnell in Gang kommt, soll der dafür geschaffene „Fonds zur industriellen Erneuerung" sofort aus Staatsmitteln eine Dotation von drei Milliarden Franc erhalten. Außerdem wurde beschlossen, daß alle neu gegründeten Industrieunternehmen drei Jahre lang keine Körperschaftssteuer (zur Zeit 50 Prozent des Gewinns) zu zahlen haben. Und schließlich erhalten Angestellte, die eine eigene Firma gründen wollen, eine zweijährige Wiedereinstellungsgarantie. Eine schnelle Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist allerdings fraglich.

MINERALÖLINDUSTRIE / Klagen über Preisverfall und hohe Verluste

Anpassungsprozeß in Verarbeitung und Vertrieb hat sich verstärkt

J. BRECH, Hamburg

Der Rückgang des Ölverbrauchs in der Bundesrepublik hat sich im ersten Quartal dieses Jahres weiter verstärkt. Nach Angaben des Mineralölwirtschaftsverbands ist der Absatz in den Monaten Januar bis März um 7,5 Prozent gesunken. Trotz anziehender Benzinpreise bleibt auch die Erlössituation der Industrie angespannt. Die Branche, die im Jahr 1982 im Ölgeschäft insgesamt 5,2 Mrd. DM verlor, schreibe nach wie vor rote Zahlen und stehe unter unverändert starkem Anpassungsdruck.

Nach Angaben des Hauptgeschäftsführers des Verbandes, Frank Schmidt, ist der Absatz von leichtem Heizöl in diesem Jahr um 7,2 Prozent zurückgegangen, der von schwerem Heizöl gar um 21,2 Prozent. Der Verbrauch von Dieselkraftstoff verminderte sich ebenfalls um 2,1 Prozent, während der Benzinabsatz leicht um ein Prozent anstieg. Diese Absatzentwicklung, verbunden mit dem Rückgang der Rohölpreise, wird nach Aussage von Schmidt dazu führen, daß die Ölrechnung der Bundesrepublik im Jahr 1983 um weitere zehn Mrd. DM auf gut 50 Mrd. DM zurückgeht.

Die Lage in der Mineralölindustrie insgesamt bezeichnet Schmidt als äußerst schwierig. Das im Jahr 1982 anhaltende Überangebot bei gleichzeitig sinkender Nachfrage habe zu einem harten Preiswettbewerb geführt und den Ölgesellschaften hohe Verluste beschert. An jedem abgesetzten Liter Mineralölprodukt fehlten fast vier Pfennig. Die angesammelten Verluste in den beiden letzten Jahren beziffert Schmidt auf 13 Mrd. DM; das entspricht annähernd dem gesamten in der Mineralölverarbeitung eingesetzten Kapital. „Die wirtschaftliche Gefährdung der Unternehmen bleibt damit bestehen", erklärte Schmidt.

Hauptursache für die hohen Verluste war das starke Auseinanderdriften von Spotmarktpreisen und den Vertragspreisen für Opec-Öl. Die im März 1983 einsetzenden Ölpreisreduzierungen habe der Markt reichlich vorweggenommen, betonte Schmidt. Er bezeichnete es als eine nicht ganz unbedenkliche Erfahrung, daß in Zeiten reichlichen Angebots der Markt keine Prämie für Versorgungssicherheit zahle.

Die inzwischen eingetretene Annäherung von Spot- und Vertragspreisen nennt Schmidt als Grund für die letzten Preisrunden bei Benzin. Prognosen über die weitere Preisentwicklung machte er nicht. Der Hinweis, daß der Benzinpreis in der Bundesrepublik noch immer unter den internationalen Beschaffungspreisen und rund 17 Pfennig unter dem Stand von Oktober 1982 liegt, läßt allerdings vermuten, daß die Industrie die anziehende Nachfrage zur Reisezeit für weitere Erlösaufbesserungen nutzen wird.

Der schrumpfende Ölmarkt hat den Anpassungsprozeß der Industrie in der Verarbeitung und im Vertrieb noch beschleunigt. Nach Angaben des Verbands sind die Raffineriekapazitäten 1982 auf 119 Mill. Jahrestonnen reduziert worden und dürften in den nächsten Jahren auf unter 100 Mill. t sinken. Gegenüber 1978 ist damit ein Viertel der Verarbeitungskapazität vom Markt verschwunden.

Für diesen Strukturprozeß, so erklärte Schmidt, gebe es allerdings eine untere Grenze. Im Interesse der langfristigen deutschen Versorgungssicherheit müsse eine angemessene Raffineriekapazität erhalten bleiben. Die Erfordernisse einer gesamteuropäischen Kapazitätsreduzierung dürften nicht einseitig auf den liberalen deutschen Markt abgewälzt werden.

Im Vertriebsbereich ist die Zahl der Tankstellen inzwischen auf knapp 23 000 Stationen gesunken (1969: 46 500) und wird nach Schätzungen des Verbands in den nächsten Jahren auf 18 000 zurückgehen. Bei den Heizölhandelsgesellschaften sind seit 1979 rund 1500 Betriebe ausgeschieden und nur noch etwa 12 500 verblieben.

Die schwierige Lage des mittelständischen Mineralölhandels sei nach den Worten von Schmidt nicht zuletzt Folge einer Ölverdrängungspolitik am Wärmemarkt, die sich unter zum Teil gravierenden Wettbewerbsverzerrungen abspielt. Was heute unter der Flagge „weg vom Öl" segle, habe mit Energiepolitik oder Umweltschutz nur noch das Etikett gemeinsam. Die energiepolitischen zuständigen Stellen in Bund, Ländern und Gemeinden müßten Sorge dafür tragen, so Schmidt, daß sich der Strukturwandel am Wärmemarkt im Wettbewerb vollziehe und Diskriminierungen des Mineralöls unterbunden würden.

VERSCHULDUNGSKRISE

Kleinere US-Banken weigern sich, neue Kredite zu geben

H.-A. SIEBERT, Washington

Im US-Schatzamt wächst die Sorge, daß das mühsam geknüpfte Sicherheitsnetz für die Schuldnerländer wieder zerreißen kann. Finanzminister Donald Regan, der zur Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank geflogen ist, macht für die kritische Situation die regionalen und kleineren Banken verantwortlich. Nach dem ersten Schock weigern sie sich beharrlich, der Aufforderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu folgen und und Ausleihungen an Mexiko, Brasilien, Venezuela und anderen finanzschwache Staaten fortzusetzen.

Für Regan ist das Verhalten der Geschäftsbanken verständlich; „ihr Rückzug verschlechtert jedoch die Aussichten auf eine Erholung der Weltkonjunktur und des Welthandels". Eine Ausweitung der Exporte der Industriestaaten in die Entwicklungsländer sei ohne Finanzierung nicht möglich. Laut Regan haben sich die kleineren Institute aus fast allen Umschuldungsverhandlungen zurückgezogen, die im vergangenen Sommer nach Ausbruch der Finanzkrise begannen. Eines der Opfer ist Brasilien.

Dem südamerikanischen Land fehlen bis Juni Kassenmittel in Höhe von 1,5 bis – im ungünstigsten Fall – vier Milliarden Dollar, weil die kleineren Banken ihre Zahlungszusagen nicht eingehalten haben. Dabei handelt es sich in der Hauptsache um kurzfristige Interbankkredite. Dazu ein hoher Beamter der Treasury gegenüber der WELT: „Wenn die Großen nicht einspringen, kann Brasilien deswegen wieder ins Stolpern kommen."

Und weiter: „Vom Auslandsgeschäft haben diese Institute nie eine Ahnung gehabt; sie wollten Geld machen, häufig erlagen sie auch den Versprechungen der renommierten Konsortialführer. Heute sind es die Aktionäre, die hohe Verluste befürchten und dem Management die Fesseln anlegen."

In der Treasury weiß man auch, daß es die Banker aus der Provinz prima fanden, einen vielversprechenden „credit deal" mit einem Trip an die Strände Acapulcos oder zum Zuckerhut zu verbinden. Heute wird in den Kontoren in Tulsa oder Topeca die Schuld verteilt. Nach offiziellen Angaben nahm in den USA, wo rund 14 500 Geschäftsbanken registriert sind, die Zahl der Institute, die sich am ausländischen Kreditkarussell beteiligten, von 1974 bis 1982 jährlich um rund 70 zu. In der vorletzten Woche verkündete die Riggs National Corp. in Washington ihren Anteilseignern, sie werde sich vom Auslandsgeschäft zurückziehen. Die mittlere, in der US-Hauptstadt einflußreiche Bank fühlt sich düpiert, weil sie keinerlei Kontrolle ausüben kann. Dem „Klub", der Mexiko, Brasilien oder Chile die Konditionen diktiert, gehören nur die Mammutinstitute an.

Während man in Memphis und Kansas City über die Risiken im internationalen Bankwesen nachdenkt, richtet das US-Schatzamt verklausulierte Appelle an die Manager, ihre Kunden im Ausland nicht im Stich zu lassen. Direkte Aufforderungen würden einer Risikoübernahme durch die amerikanische Bankenaufsicht gleichkommen. „Die Verantwortung muß bei den Instituten bleiben", heißt es in der Treasury.

AUF EIN WORT



„Der Aufschwung gewinnt nicht an Fahrt, weil die Löhne und Gehälter in den rezessiven Branchen zu hoch sind und in den aufsteigenden Wirtschaftszweigen zu niedrig."

Dr. Carl Zimmerer, Geschäftsführender Gesellschafter der Interfinany GmbH, Düsseldorf.

FOTO: WOLF P. PRANGE

WÄHRUNGEN

Franc-Schwäche beunruhigt Paris

J. Sch. Paris

Zum ersten Mal seit der letzten Franc-Abwertung vom 21. März ist die französische Valuta unter erneuten Abwertungsdruck geraten. Die Franc-Schwäche zeigte sich gegenüber allen Währungen, was als bedenkliches Zeichen gilt.

Bereits am Dienstag mußten am amtlichen Pariser Devisenmarkt erstmals mehr als drei Franc für die D-Mark bezahlt werden. Gegenüber dem neuen untersten Interventionspunkt von 2,9985 Franc, von dem sich die französische Valuta bis dahin nur vorübergehend im Devisenverkehr zwischen den Banken abgehoben hatte, war der Zuschlag von 0,01 Franc zunächst noch nicht sehr bedeutend.

Gestern aber wurden weitere 0,02 Franc zugelegt. Mit einem D-Mark-Kurs von zuletzt 3,025 Franc ist zwar die neue Parität (3,0665 Franc) noch nicht erreicht, geschweige denn der Punkt, an dem die Bank von Frankreich zu Interventionen gezwungen ist (3,1361 Franc). Das Überschreiten der Drei-Franc-Marke wird in Pariser Finanzkreisen als Auftakt zu einer neuen Franc-Spekulation angesehen.

Die wichtigste Ursache für die Franc-Schwäche scheint die leichte Dollar-Baisse gewesen zu sein, die der D-Mark wegen der dadurch initiierten Kapitalrückflüsse aus den USA in die Bundesrepublik zugute kam. In der Franc-Schwäche kommt aber auch das allgemeine Vertrauen in die deutsche Wirtschaft und die zunehmende Skepsis im Hinblick auf die Erfolgsaussichten der neuen französischen Sanierungspolitik zum Ausdruck.

ARZNEIMITTEL

Keine Maßnahme gegen Importe

hg. Bonn

„Wir sehen keinen Anlaß, Parallelimporte von Arzneimitteln zu niedrigen Preisen zu erschweren." Diese Antwort gab Martin Grüner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsministerium, jetzt dem CSU-Abgeordneten Matthias Engelsberger auf dessen Anfrage, ob der Bundesregierung diese Importe bekannt seien und worauf sie „die enormen Preisunterschiede zurückführt, die bei den gleichen Arzneimitteln entstehen, je nachdem, ob sie im Land gekauft oder aus dem Ausland importiert sind".

Der Abgeordnete meint die Aktivitäten der im oberbayerischen Piding ansässigen Eurim-Arzneimittel GmbH, die ihre Arzneimittel – vorwiegend umsatzstarke Medikamente deutscher Hersteller – im Ausland kauft, wo sie weit billiger sind, um sie hier unter den üblichen Großhandelspreisen an Apotheken abzugeben. Eurim profitiert dabei von unterschiedlichen staatlichen Preisreglementierungen und Erstattungsregelungen.

Gerade diese Interventionen führten zu Wettbewerbsverzerrungen, „die es deutschen Herstellern erschweren können, ihre Exportpreise kostengerecht zu kalkulieren", so daß diese nicht gedeckten Kosten die Preise im Inland erhöhten, schreibt der Staatssekretär. Mehrfach habe die Bundesregierung in Kontakten mit anderen Mitgliedsstaaten „auf hoher Ebene" auf diese Verzerrungen hingewiesen. Deren Beseitigung halte sie für eine „wesentliche Voraussetzung des freien Warenverkehrs".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Daimler: Höhere Dividende und Bonus

Stuttgart (nl) – Die Verwaltung der Daimler-Benz AG, Stuttgart-Untertürkheim, schlägt der Hauptversammlung am 6. Juli vor, für das Geschäftsjahr 1982 eine von 20 auf 21 Prozent erhöhte Dividende und zusätzlich einen Bonus von zwei Prozent auszuschütten. Damit wird die Gewinnausschüttung auf einen Betrag von 350 (Vorjahr: 304) Millionen Mark ansteigen. In die freien Rücklagen wurden 337 (304) Millionen Mark eingestellt. Wie es in den knappen Mitteilungen heißt, wird zur Stärkung der Eigenkapitalbasis das Grundkapital unter Inanspruchnahme eines Teilbetrags von 170 Millionen Mark des genehmigten Kapitals im Verhältnis 9 : 1 auf 1,699 Milliarden Mark aufgestockt.



Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik rund 13 Milliarden Mark für Werbung ausgegeben. Der Löwenanteil davon, 5,32 Milliarden Mark, ging an die Tageszeitungen. An zweiter Stelle folgen Publikums- und Fachzeitschriften mit 3,19 Milliarden Mark. Fernsehen und Hörfunk kassieren dagegen nur ein knappes Siebtel der Werbeetats.

QUELLE: GLOBUS

EG-Binnenhandel gestiegen

Brüssel (VWD) – Der EG-Binnenhandel ist 1982 um 11,4 Prozent auf 309 Ecu (CIF-Einfuhrbasis) gestiegen und entsprach damit etwa 49 Prozent der Gesamteinfuhren der Mitgliedstaaten. Über dem Durchschnitt lagen Irland und Belgien-Luxemburg mit 74 bzw. 61 Prozent, darunter Großbritannien und Italien mit 41 bzw. 42 Prozent, so das Statistische Amt der EG. Die Bilanz des innergemeinschaftlichen Handels war für drei Länder positiv. Die Niederlande erzielten 1982 einen Überschuß von 14 Milliarden Ecu, die Bundesrepublik Deutschland von neun Milliarden und Belgien-Luxemburg von zwei Milliarden Ecu. Die übrigen Mitgliedstaaten mußten leichte Defizite von weniger als drei Milliarden Ecu hinnehmen, außer Frankreich mit dem Rekorddefizit von 14 Milliarden Ecu.

Neue Anleihen

Frankfurt (DW.) – Die Republik Finnland beabsichtigt, über ein internationales Konsortium unter Führung der Dresdner Bank AG und Mitführung der Algemene Bank Nederland N. V., der Commerzbank AG, der Union Bank of Switzerland (Securities) Limited, der Kansallis-Osake-Pankki, der Postipankki und der Union Bank of Finland Ltd. eine DM-Auslandsanleihe in Höhe von 150 Millionen Mark zu begeben. Bei einer Laufzeit von fünf Jahren wurde ein Jahreskupon von 7½ Prozent festgesetzt. Der Ausgabekurs beträgt 99¾ Prozent. Die Börseneinführung in Frankfurt am Main, Düsseldorf und Hamburg ist vorgesehen. Die Stadt Kobe begibt über ein internationales Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank eine Anleihe über 120 Millionen Mark unter japanischer Staatsgarantie. Die Konditionen: Zinssatz sieben Prozent p. a., Emissionskurs 99½ Prozent, Rückzahlung am 1. Juni 1993 zum Nennwert. Die Teilschuldverschreibungen sollen an den Börsen zu Frankfurt, Berlin, Düsseldorf, Hamburg und München eingeführt werden.

Gonzales besucht DIHT

Bonn (rmc.) – Der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzales hat gestern den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) in Bonn besucht und das Interesse seines Landes nach einer noch engeren Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft bekundet. DIHT-Präsident Wolff von Amerongen fragte nach dem Kurs der spanischen Wirtschaftspolitik. Madrid würde nach seinen Worten die EG-Beitrittsverhandlungen erschweren, wenn die Stahlindustrie in dem Maße wie bisher subventioniert würde. Auch wäre es hinderlich, wenn die von der neuen spanischen Regierung unterstützte Marktwirtschaft zu stark von Firmen des staatlichen „Instituto Nacional de Industria" verzerrt würde.

Brasilien braucht Kredite

Brasilia (AFP) – Brasilien, das mit rund 100 Milliarden Dollar verschuldet ist, benötigt im Laufe dieses Jahres nach der Ansicht von Wirtschafts- und Finanzexperten neue zusätzliche Kredite in Höhe von vier Milliarden Dollar. Trotz der Verpflichtung der internationalen Finanzwelt, nach der Unterzeichnung der brasilianischen Absichtserklärung an den Internationalen Währungsfonds (IWF) 4,8 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen, steckt Brasilien in einer schweren Liquiditätskrise. Das südamerikanische Land ist nach den Angaben von Finanzkreisen mit Zahlungen von rund 700 Millionen Dollar im Verzug. Ein Vertreter des Internationalen Währungsfonds mußte feststellen, daß die Angaben in der „Absichtserklärung" mit den wirtschaftlichen Realitäten nicht übereinstimmen.

WIRTSCHAFTSLAGE

Der Auftragseingang hat sich weiter stabilisiert

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Während sich die Bestelltätigkeit bei der Industrie, einem konjunkturellen Frühindikator, im März nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums weiter stabilisiert hat, blieb die Industrieproduktion gegenüber dem Vormonat unverändert. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes nahm das Volumen der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe saisonbereinigt von Februar auf März um ein Prozent zu. Dabei stiegen die inländischen Bestellungen um zwei Prozent. Nach Meinung des Wirtschaftsministeriums zeigt dies, daß der durch die Investitionszulage ausgelöste Orderschub nicht zu dem vielfach befürchteten Auftragsloch geführt hat. Die Auslandsaufträge seien im März gegenüber dem Vormonat um ein Prozent zurückgegangen.

Die konjunkturelle Richtung der Industriegüternachfrage komme im Vergleich des ersten Quartals 1983 zum viertel Quartal 1982 noch deutlicher zum Ausdruck: Hier zeige sich ein Plus von drei (Inland: zwei; Ausland: vier) Prozent. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres lag das Volumen der Auftragseingänge im ersten Quartal noch um ein Prozent niedriger.

Der Vergleich des ersten Quartals 1983 mit dem letzten Vierteljahr 1982 signalisiere für die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe einen Zuwachs von einem Prozent. Da die Bauproduktion witterungsbedingt deutlich gesunken sei, habe sich die Fertigung des Produzierenden Gewerbes insgesamt nicht verändert. Allerdings lag sie um 5,5 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Dabei fiel der Rückgang mit 7,5 Prozent beim Nahrungs- und Genußmittelgewerbe am deutlichsten aus.

IMMOBILIEN / Nachfragebelebung in wichtigsten Marktbereichen – Preise stabil

Makler über Bankenkonkurrenz besorgt

HANS BAUMANN, Kiel

In den Kernbereichen des Immobilienmarktes wird eine allmähliche Belebung der Umsätze bei noch konstanten Preisen registriert. Die im Jahre 1982 noch andauernde Flaute sieht der Ring Deutscher Makler daher als überwunden an. Lediglich bei Bauplätzen für Mehrfamilienhäuser werden Preissteigerungen bis zu sieben Prozent registriert.

Nach den Feststellungen der Makler zeigt sich die Marktbelebung in steigender Umsatzgeschwindigkeit und in zunehmender Zahl der Kaufabschlüsse. Objekte mit zu hohen Preisforderungen haben jedoch nach wie vor keine Marktchancen, da die Kaufinteressenten sich sehr intensiv auf dem Markt orientieren und meistens auch unter mehreren Häusern, Grundstücken oder Wohnungen für das passende Objekt in Ruhe auswählen können.

Wie der Präsident des Rings Deutscher Makler, Rudolf Hübenthal, auf dem Deutschen Maklertag 1983 in Kiel erklärte, beobachten die Makler besorgt das weitere Vordringen der Kreditinstitute in die Immobilienvermittlung. Mit Nachdruck kritisiert Hübenthal die Argumentation, die Immobilienvermittlung diene nur zur Absicherung des Finanzierungsgeschäftes oder aber zum Ausgleich sinkender Zinsmargen. Wenn dies der wirkliche Grund sei, dann müßte die Kreditwirtschaft dort, wo finanziert wird, auch Handelsfunktionen übernehmen.

Es sei nicht einzusehen, weshalb aus Verbraucherschutzgründen den Maklern – zu Recht – die Vornahme von Kopplungsgeschäften bei der Wohnungsvermittlung verboten sei, während Kreditinstitute bei der Vermittlung von Immobilien regelmäßig das Vermittlungsgeschäft mit dem im eigenen wirtschaftlichen Interesse liegenden Finanzierungsgeschäft koppelten.

Die Bedeutung gerade dieses Zusammenhanges wird deutlich, wenn man bedenkt, daß bei der Finanzierung eines durchschnittlichen Immobilienobjektes die Änderung der Finanzierungskonditionen um nur einen Prozentpunkt bereits eine Änderung der monatlichen Belastung für den Käufer um 160 Mark bedeutet. Hübenthal erklärte, daß ähnliche Verbraucherschutzüberlegungen, wie sie im Hinblick auf die Verknüpfung von Finanzierungs- und Immobilienvermittlungsgeschäften Anwendugn finden sollten, bereits durch das Verbot der Architektenbindung bei Grundstücksverkäufen und das für Hypothekenbanken bestehende Verbot der Vermittlung von Immobilien, die aus eigenen Mitteln finanziert werden, gesetzlich geregelt seien. Er appellierte daher an die politischen Parteien, ebenso auf die Kreditwirtschaft, besonders auf die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Bausparkassen einzuwirken, das Immobilienvermittlungsgeschäft wieder einzustellen.

ITALIEN / Prime Rate gesenkt – Inflation gestiegen

Konjunktur weiter düster

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mit dreiwöchigem Abstand gegenüber der letzten Diskonterhöhung hat die Zentralvereinigung des italienischen Bankgewerbes jetzt mit der Anpassung ihrer Prime-Rate-Empfehlung nachgezogen. Die neue Prime Rate beträgt 18,75 Prozent, ¾ Punkte weniger als vorher. Der Diskontsatz war um ein Prozent herabgesetzt worden.

Während der Spitzenverband der italienischen Industrie die Prime-Rate-Senkung als „unzureichend *und enttäuschend*" *kommentiert*, weisen Banksprecher darauf hin, daß angesichts der noch immer hohen Inflationsrate die Banken mit ihren Zinssätzen nicht noch weiter heruntergehen können. In den ersten vier Monaten belief sich die Zunahme der Verbraucherpreise auf das Jahr berechnet noch immer auf 16,6 Prozent, wobei im April gegenüber dem Vormonat überraschend sogar eine Zunahme eintrat. Da in den kommenden zwei bis drei Monaten kaum mit einer Trendwende zu rechnen ist, erwarten jetzt Bank- und Finanzbeobachter keine weitere Zinsverminderung mehr bis weit in den Sommer hinein.

Die amtliche Linie hat Schatzminister Giovanne Goria angedeutet, der in einer Stellungnahme zu dem Zinsbeschluß der Bankenvereinigung eine konzertierte Einkommenspolitik als einzigen Weg bezeichnete, um die inflationäre Entwicklung mit der in den anderen Partnerstaaten des Westens in Einklang zu bringen. Laut Goria kann sich Italien im hart gewordenen Wettbewerb mit den anderen europäischen Ländern keine Wirtschaft mehr erlauben, die „durch den sterilen Teufelskreis zwischen Kosten, Preisen und Abwertung in ständiger Spannung" gehalten wird.

In Unternehmerkreisen wird in diesem Zusammenhang nicht mit *Kritik an den bisherigen Regierungsmaßnahmen* in der Lohn- und Etatpolitik gespart. Als völlig unzureichend bezeichnete der Spitzenverband der Industrie nicht nur das Ende Januar unter Mitwirkung der Regierung zustande gekommene Lohnkostenabkommen mit den Gewerkschaften, sondern auch das Bündel von Maßnahmen, das bisher zur Stabilisierung des Haushalts erlassen wurde.

Der Regierung wird vorgeworfen, diese Maßnahmen so schwächlich eingesetzt zu haben, daß die italienische Wirtschaft jetzt Gefahr läuft, den erwarteten internationalen Konjunkturaufschwung gar nicht oder nur in beschränktem Ausmaß mitmachen zu können.

Um den Inflationssockel unter zehn Prozent (wie für 1984 geplant) zu senken und die inflationäre Entwicklung tendenziell der in den übrigen westlichen Ländern anzupassen, müßten nach Auffassung der Wirtschaft die staatlichen Ausgaben neu geordnet und gekürzt werden. Laut Umberto Agnelli, dem Vizepräsidenten des Fiat-Konzerns, ist es „undenkbar geworden, daß sich technologisch so weit zurückgefallene Länder wie Italien weiterhin erlauben können, volkswirtschaftliche Ersparnisse zur Deckung des Staatsdefizits und nicht zur Finanzierung von Zukunftsprojekten aufzuwenden".

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin: HEKA Restaurant GmbH, Schloßstr.; **Bocholt:** R. Bouwknegt KG; Roelof Bouwknegt, Kaufmann; **Detmold:** E. u. G. Gaststättenbetriebsges. mbH, Horn-Bad Meinberg; **Düren:** Messmer Bürotechnik; **Duisburg:** Reiner Meerkamp, Spediteur, Inh. d. Fa. Siegfried Hortmann Spedition, Mülheim a. d. Ruhr; Jakubowski Werbung GmbH; **Emmendingen:** THOWI Sporthaus GmbH, Teningen; **Geilenkirchen:** Julius Windgasse Tief- und Straßenbau GmbH & Co. KG; **Hof:** Heinz Rohn Tiefkühl-GmbH Frankenforst; **Kleve:** HOLTROC Schnittholztrocknung GmbH; **Korbach:** Verwaltungs- und Vertriebsges. mbH; **Leer:** Artur Loger GmbH, Baustoffe, Hoch- und Tiefbau, Rhauderfehn; **München:** Friedrich Lorenz Heumann, Zimmerer. Inh. d. Fa. Fritz Heumann, Hochbau - Schalungsbau; Nachl. d. Peter Zimmerer; Soundphonic Unterhaltungselektronik GmbH; Nachl. d. Anita Renate Reisinger geb. Maier, Fabrikarbeiterin; Technomed Medizintechnik Vertriebs-GmbH, Poing; **Neumünster:** Hans-Heinrich Schultz, Kaufmann; **Reutlingen:** Lieselotte Stumpf geb. Widmann, Inh. e. Maschinen- und Werkzeughandels, Pfullingen; **Trier:** Dietrich, Heilpraktiker.

WELTBANK / Kredite an die Dritte Welt sollen beträchtlich aufgestockt werden

Die ärmsten Länder kommen zu kurz

HEINZ HECK, Bonn

Ohne jede Kapitalerhöhung *könnte die Weltbank ihre Kredite* an Entwicklungsländer in den kommenden fünf bis sechs Jahren beträchtlich ausweiten. Das erklärte Ernest Stern, Senior Vice President der Weltbank, in einem Gespräch mit der WELT. Stern, der gestern auch auf der Jahresversammlung des Verbands unabhängig beratender Ingenieure (VUBI) sprach, machte die Größenordnung deutlich: Im zu Ende gehenden Geschäftsjahr 1982/83 (Juli/Juni) *dürfte* das Kreditvolumen 11,2 Milliarden Dollar erreichen, für das nächste Geschäftsjahr erwartet er eine Erhöhung auf etwa zwölf. Jedoch reichten das Kapital und die Reserven der Bank aus, um das *Kreditvolumen für Jahre auf* jeweils 14 bis 15 Milliarden Dollar anzuheben. Nur unter der – wenig realistischen – Annahme, daß das Bankkapital bis dahin nicht weiter erhöht werden sollte, müßte etwa um 1990 das Kreditvolumen gedrosselt werden. Stern geht es aber um deutliche Krediterhöhungen gerade in den beiden kommenden Jahren, um vor allem die Schwellenländer (also die großen „Kunden" der Weltbank) in die Lage zu versetzen, sich den internationalen Strukturveränderungen (vor allem gestiegenen Energiekosten) anzupassen. Dieser Anpassungsprozeß sei voll im Gange, bedürfe aber noch bis zu seinem Abschluß erheblicher externer Mittel.

Auf die Situation in Nicaragua und El Salvador angesprochen, erklärte Stern, beide Länder hätten etwa in den letzten zwei Jahren – aus rein wirtschaftspolitischen Erwägungen – keine Weltbankkredite mehr erhalten. Delegationen der Bank seien zum Beispiel mehrfach in Managua gewesen und hätten mit der Regierung gesprochen. Doch seien die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Kreditvergabe noch nicht erfüllt.

Auf der VUBI-Jahresversammlung sprach sich Stern für eine ausgewogenere Verteilung der *bilateralen* Hilfe der Industrieländer aus. Die ärmsten unter den Entwicklungsländern mit etwa 60 Prozent der Weltbevölkerung erhielten nur etwa 35 Prozent der Weltentwicklungshilfe (bei ohnehin erschwertem Zugang zum internationalen Kapitalmarkt).

Stern führte dafür politische Ursachen an, wie die amerikanische Vergabepolitik (die US-Hilfe geht fast zur Hälfte allein an Israel und Ägypten), die Konzentration der Opec-Beiträge vor allem auf Syrien, Jordanien und Libanon sowie die Ausrichtung der französischen Hilfe auf die ehemaligen Kolonien.

Stern sprach sich dafür aus, den *Wirkungsgrad vieler Volkswirtschaften* durch freie Preisbildung, Eigenkapitaleinsatz, Nutzung der Arbeitskräfte, Zurückhaltung des Staates bei Eingriffen in die Wirtschaft und Öffnung gegenüber dem Weltmarkt zu verbessern.

SIEMENS / Im ersten Halbjahr mit mehr Gewinn

Orderschub aus dem Inland

rtr. München

Der größte deutsche Elektrokonzern, die Siemens AG, hat im ersten Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) einen Gewinn nach Steuern von 348 Millionen nach einem entsprechenden Vorjahresgewinn von 313 Mill. DM erzielt. Wie das Unternehmen gestern in seinem Zwischenbericht per 31. März weiter mitteilte, erhöhte sich der Umsatz im Inlandsgeschäft mit vier Prozent auf 8,3 Mrd. DM stärker als der im Auslandsgeschäft (plus drei Prozent auf 10,4 Mrd. DM).

Durch zwei *Großaufträge* habe der Auftragseingang im Berichtszeitraum mit 26,2 Mrd. DM um 17 Prozent zugenommen. Hierbei habe sich jedoch die inländische und ausländische Bestelltätigkeit unterschiedlich entwickelt. Im *Inlandsgeschäft erzielte Siemens* den Angaben zufolge einen Auftragseingang von 14,1 Mrd. DM. Dieser lag um 66 Prozent über der entsprechenden Vorjahresperiode (1. 10. 1981 bis 31. 3. 1982).

Als Grund für diesen hohen Anstieg nannte Siemens die weiteren Aufträge für den Bau der Kernkraftwerke Emsland und Neckar-2 an die Kraftwerk Union. Ohne diese beiden Großaufträge hätte der Zuwachs neun Prozent erreicht. Zwischen Oktober und Dezember hätten zahlreiche Kunden noch vor Auslaufen der Investitionszulage Aufträge erteilt. In den folgenden Monaten sei bei Siemens das von vielen befürchtete Auftragsloch ausgeblieben.

Im Auslandsgeschäft sei dagegen der Auftragseingang mit 12,1 Mrd. DM im ersten Halbjahr um 13 Prozent hinter der Vorjahresentwicklung zurückgeblieben. Als Gründe nannte Siemens die konjunkturelle Stagnation in vielen Industrieländern, sinkende Einnahmen der Ölexporteure und Zahlungsschwierigkeiten einiger Staaten.

Im ersten Halbjahr wuchs der Auftragsbestand um 13 Prozent auf rund 60 Mrd. DM. Die Erhöhung der Vorräte um acht Prozent auf 18,1 Mrd. DM gehe allein auf den Kraftwerksbau zurück, hieß es im Zwischenbericht weiter. Die Investitionen gingen im ersten Halbjahr von 815 auf 717 Mill. DM zurück. Dabei habe das Investitionsniveau im Inland auf Vorjahreshöhe gelegen.

Die Beschäftigung in einigen Betrieben sei wegen der internationalen Konjunkturschwäche und der notwendigen Umstellung auf neue, *weniger arbeitsintensive* Techniken unzureichend. Daher habe man im laufenden Geschäftsjahr die Mitarbeiterzahl um drei Prozent auf 315 000 zurücknehmen müssen. Im Durchschnitt seien im In- und Ausland 318 000 Mitarbeiter beschäftigt worden (minus fünf Prozent). Der Personalaufwand stieg um ein Prozent auf 8,1 Mrd. DM.

SOTHEBY'S / Weiterer Interessent aus den USA

Übernahmeversuch blockiert

WILHELM FURLER, London

Der britische Handelsminister Lord Cockfield hat den angekündigten Übernahmeversuch des *weltgrößten* Auktionshauses Sotheby's Parke Bernet durch die beiden New Yorker Millionäre Marshall Cogan und Stephen Swid vorerst abgeblockt. Praktisch in letzter Minute wurde der gesamte Vorgang auf Anweisung des Ministers der britischen „Monopol-Kommission übergeben, die in etwa dem deutschen Kartellamt entspricht.

Das bedeutet, daß dem Auktionshaus, das sich verzweifelt gegen die Übernahme durch die Büromöbel- und Teppichböden-Fabrik der beiden New Yorker zu wehren versuchte, mindestens sechs Monate Zeit zum Atemholen gegeben wurde. So lange wird die Monopol-Kommission brauchen, um alle Aspekte der geplanten Übernahme auszuleuchten.

Besonderes Gewicht wird dabei das Argument haben, Sotheby's sei „eine britische Institution", die nicht unter ausländische Kontrolle fallen dürfe. Ein weiterer Aspekt wird sein, ob durch die Übernahme nicht nur die Stellung des Auk*tionshauses selbst, sondern* auch die des ganzen britischen Kunstmarktes in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

Nach den sechsmonatigen Untersuchungen, denen sich auch die beiden Amerikaner und ihre Firma unterziehen müssen, wird die Kommission einen ausführlichen Report erstellen und darin eine Empfehlung für oder gegen eine Übernahme aussprechen. Erst dann wird der Handelsminister entscheiden. Bis dahin dürfen die Amerikaner, die über ihre Tochterfirma Knoll International inzwi*schen 29,9 Prozent der Sotheby's*-Aktien erworben haben, keine weiteren Aktien hinzukaufen.

Am Dienstag war der Kurs der Sotheby's-Aktie in London zunächst um 23 Pence auf 533 Pence geklettert, nachdem bekannt wurde, daß sich unerwartet ein weiterer Interessent in den Übernahme-Kampf eingeschaltet und inzwischen fünf Prozent der Sotheby's-Aktien erworben hat. Angeblich bietet eine US-Finanzgruppe, hinter der der Ehrenpräsident und frühere Chairman Peter Wilson vermutet wird, der vor 14 Tagen in New York weilte, den Aktionären deutlich mehr als die von den beiden Amerikanern genannten 520 Pence je Share. Bis gestern nachmittag stürzte der Kurs nach Bekanntwerden der Entscheidung des Handelsministers um fast 100 auf 425 Pence.

WMF: Höheres Betriebsergebnis

W. NEITZEL, Stuttgart

Die Württembergische Metallwarenfabrik AG (WMF), Geislingen, hat im Geschäftsjahr 1982 nach An*gaben der Verwaltung* gegenüber dem Vorjahr „ein spürbar verbessertes Betriebsergebnis" erwirtschaftet, obwohl die Umsätze im Konzern um 2,7 Prozent auf 644 Mill. DM und bei der AG um 3,1 Prozent auf 576 Mill. DM zurückgingen. Dem besseren Betriebsergebnis hätten freilich beträchtliche Sonderbelastungen aufgrund von Strukturmaßnahmen gegenübergestanden. Da das Lager stark abgebaut worden sei, könne man „überdurchschnittliche Bilanzrelationen" ausweisen.

Der Hauptversammlung am 21. Juli wird vorgeschlagen, für 1982 wiederum nur für die 10-Mill.-DM-Vorzugsaktien eine Dividende von unverändert 6 Prozent auszuschütten. Die 40-Mill.-DM-Stammaktien bleiben damit erneut ohne Dividende. Mehrheitsaktionär bei WMF ist indirekt die Rheinmetall Berlin AG in Düsseldorf.

Trotz Bereinigung der Geschäftsbereiche sei der Auftragseingang im ersten Quartal des laufenden Jahres um 2,7 Prozent angestiegen. Für das Geschäftsjahr 1983 erwartet WMF eine verbesserte Ergebnisentwicklung.

TETRA PAK / 1983 ist ein Jahr der Konsolidierung

Verbesserte Kundenberatung

INGE ADHAM, Frankfurt

Gunther A. Luedecke, *Vorsitzender der Geschäftsführung* der deutschen Tetra-Pak-Gruppe, sieht 1983 als Jahr der Konsolidierung. Das Ziel sei es, eine höhere Produktivität zu erreichen. Im Mittelpunkt steht dabei für den Verpakker von flüssigen Nahrungsmitteln die Arbeit an einer neuen Maschinengeneration, die auf der Landwirtschaftsausstellung (DLG) im nächsten Jahr vorgestellt werden soll.

Stark ausbauen möchte Tetra Pak seine Kundenberatung, vor allem im Sinne der Projektierung von kompletten Abfüllanlagen. Denn der Markt für verpackte Milch ist zu „hundert Prozent verteilt, und Verdrängung ist ein teures Geschäft", sagte Luedecke, der deshalb Wachstum für die deutsche Gruppe vor allem aus Service und neuen Arbeitsgebieten (wie Wein- oder Gemüsesaftverpak*kung) erwartet*.

Tetra Pak stetzte im vergangenen Jahr 424,5 Mill. DM um (plus 11,7 Prozent). Davon stammen 90 Prozent aus Verpackungsmaterial, der Rest aus Serviceleistungen und der Maschinenvermietung. Insgesamt verkaufte Tetra Pak, bei um 5 Prozent erhöhten Preisen, 3,6 Mrd. Verpackungen (plus 5,2 Prozent). Der Löwenanteil entfällt mit 71 Prozent auf Milchverpackung. Ende vergangenen Jahres beschäftigte die deutsche Gruppe rund 800 (740) Mitarbeiter, davon 240 im neuen Werk Berlin, in das gut 18 Mill. DM der insgesamt 23 Mill. DM Investitionen des vergangenen Jahres flossen. Weltweit setzte die schwedische - Tetra-Pak-Gruppe rund 3 Mrd. DM um. Insgesamt beschäftigt die Familiengruppe 6800 Mitarbeiter.

VARTA / Ergebnisverbesserung kompensiert

Auslands-Töchter gestützt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die zur Quandt-Gruppe gehörende Varta AG und ihre wichtigste operative Tochter, die Varta Batterie AG in Hannover, haben 1982 das gegenüber dem Vorjahr verbesserte Ergebnis dazu genutzt, die innere Wettbewerbskraft zu stärken und Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Hans-Heinrich Firnges, Vorstandsvorsitzender des Unternehmens, und Finanzchef Günter Mordhorst wiesen bei der Vorlage der Bilanz denn auch darauf hin, daß der Jahresüberschuß „rein zahlenmäßig" nur auf der Höhe des Vorjahres liegt, das gesamte Ergebnis aber besser zu beurteilen sei als das von 1981.

Tatsächlich hat Varta im Berichtsjahr die Erträge um insgesamt 32 Mill. DM verbessert. Dies zeigt sich auch in anderen Kennzahlen. So erhöhte sich der Cash-flow des Inlandskonzerns auf 70,1 (58,5) Mill. DM. Der Welt-Abschluß liegt zwar noch nicht vor; auch dort aber dürfte der Cash-flow auf 94 (85) Mill. DM gestiegen sein. Der Gewinn pro Aktie wird mit 9,20 (8,40) DM errechnet. Wenn dennoch die Dividende um 2 Prozent auf 8 Prozent gekürzt wird, so ist dies vor dem Grundsatz zu sehen, jeweils die Hälfte des Jahresüberschusses (16,1 nach 16,4 Mill. DM) den Rücklagen zuzuführen und auszuschütten. Mordhorst: „Wir wollten zur paritätischen Bedienung zurückkehren."

Neben der stärkeren Dotierung der Rücklagen hat Varta Vorsorge getroffen mit Blick auf eventuell wirksam werdende Sozialplanleistungen im laufenden Jahr. Belastet wurde das Ergebnis ferner durch die notwendig gewordene Abwertung der Bleivorräte und Stützungsmaßnahmen einiger Auslandsgesellschaften (Mexiko und USA). All das habe die höheren Erträge gegenüber dem Vorjahr wieder kompensiert.

Vor dem Hintergrund der negativen Sondereinflüsse und der weltweit schwierigen Entwicklung der Batterieindustrie zeigen sich Firnges und Mordhorst mit dem Verlauf des Jahres 1982 durchaus zufrieden. Der Umsatz des Inlandskonzerns erreichte 973 (959) Mill. DM, wobei die Sparte Gerätebatterien mit 341 Mill. DM erstmals über dem Umsatz der Starterbatterien (331 Mill. DM) lag. Die Exportquote nahm auf 37 (35) Prozent zu. Der Weltumsatz verringerte sich, vor allem wegen der veränderten Wechselkurse – dadurch ergab sich ein Umsatzschwund von 130 Mill. DM – leicht auf 1,62 (1,63) Mrd. DM.

Weiter verbessert hat sich die Bilanzstruktur. Bei einer um 3,2 Prozent auf 733 Mill. DM zurückgeführten Bilanzsumme des Inlandskonzerns erhöht sich die Eigenkapitalquote auf 25,8 (23,9) Prozent, wenn die Hauptversammlung am 15. Juni in Hagen der vorgeschlagenen Rücklagenzuführung von 7,9 (6,5) Mill. DM zustimmt.

Zurückhaltend beurteilt Varta die Aussichten im laufenden Jahr. Firnges befürchtet, daß die „Schwächen der Vergangenheit noch nachwirken" könnten. Der weitere Trend jedoch zeige aufwärts, auch wenn im ersten Quartal 1983 der Weltumsatz mit 350 Mill. DM um 9 Prozent unter dem Vorjahresniveau blieb.

Der Inlandskonzern weist für die ersten drei Monate bei einem gegenüber dem Vorjahr leicht verbesserten Ergebnis einen um 3 Prozent auf 227 Mill. DM reduzierten Umsatz aus. Maßgeblichen Anteil daran haben erneut die Auslandstöchter, die ein Minus von 15 Prozent beim Umsatz mit Dritten hinnehmen mußten.

UNION-INVEST

Erst noch am Beginn der Hausse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Union-Investment-Gesellschaft bleibt fest gestimmt für die deutsche Aktienbörse. „Auch heute, selbst nach mehr als 40 Prozent Anstieg, sind wir immer noch am Beginn der Hausse", verkündet Ferdinand Graf von Galen, Aufsichtsrats-Vorsitzer der Union. Und Geschäftsführer Wolfgang Reuter ist überzeugt, daß der Aufwärtstrend auch intakt bleibt, wenn der Aktienindex im Zuge einer zu erwartenden Korrektur um 15 Prozent sinken sollte. Er erwartet, daß die Aktienhausse künftig abwechselnd von verschiedenen Marktbereichen getragen wird.

Darauf stellt sich die Union mit ihrem Aktienfonds Unifonds ein, der nach wie vor an erster Stelle auf ihrer Empfehlungsliste steht und in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1982/83 (31. 3) eine Wertsteigerung um 23,5 Prozent brachte. Die Investmentsparer haben diese Chancen allerdings nicht genutzt; ihre Zertifikatsrückgaben übertrafen bis jetzt die gleichzeitigen Neuengagements.

Zu einem Absatzrenner, dessen Vermögen sich auf 45 Mill. DM fast verdreifachte, ist dagegen der Unispecial geworden, seit sein Wertpapiervermögen ausschließlich aus Aktien von Gold-, Silber- und Platinminen besteht. Bei dem vorübergehenden Einbruch des Goldpreises wurde dieser Fonds übrigens unerwartet stark gekauft. Der Wert eines Unispecial-Anteils, auf den für das Geschäftsjahr 1982/83 3,58 (3,14) DM ausgeschüttet werden, stieg um 20,1 Prozent. Diesem Fonds gibt Reuter die besten Kurssteigerungschancen, weil er mit einem Goldpreisanstieg rechnet.

DIEBELS / Der Landbrauer ist Ausstoßmillionär

Freude über Spitzenplatz

HANS BAUMANN, Issum

Im Geschäftsjahr 1981 mußte man noch die Handelsware mit hinzurechnen, um einen Ausstoß von über einer Million Hektoliter melden zu können. Im Geschäftsjahr 1982 schaffte der Landbrauer vom Niederrhein mit einem beachtlichen Ausstoßplus von 9,2 (10,6) Prozent die Million mit 1,084 Mill. Hektoliter allein beim Altbier glatt. Einschließlich Handelsware legte man 9,1 (10,4) Prozent auf 1,095 Mill. Hektoliter zu.

Daß sich dabei das Unternehmensergebnis „leicht verbesserte", nimmt man dem Sprecher der Geschäftsführung, Hans-Joachim Weiss, gern ab. Daß er das Gesamtergebnis aber nur „zufriedenstellend" charakterisiert und nicht eindeutig gut, spricht für das traditionelle Understatement der Issumer, die gern groß verdienen, aber dabei ganz klein erscheinen möchten.

Dafür spricht auch die Tatsache, daß die Nettoerlöse in noch weit stärkerem Maße stiegen als der Ausstoß. Sie machten einen Satz um 16 Prozent auf 128,6 Mill. DM voran. Diebels hat eben seinen Preis. Und wenn alle erreichbaren Daten des Marktes nicht täuschen, hat sich das Altbier vom Lande an die Spitze der Altbierproduzenten in der Bundesrepublik geschoben, worüber man sich zwar freut, doch dieses nicht so gern lesen möchte.

Jahrelang hat das Unternehmen nur sehr gering investiert, weil ein neuer Standort ins Auge gefaßt worden war. Höhere Einsicht auf kommunaler Ebene läßt Diebels nun bleiben, wo es ist, in Issum. Und das öffnete die Investitionsschleusen. Im Geschäftsjahr 1982 wurden 17 (5) Mill. DM eingesetzt – allein bei Sachanlagen. Für Media-Werbung gab man zudem 3,8 Mill. aus, 1983 sollen es leicht über 4 Mill. DM sein. Der saldierte Darlehensaufwand wird mit ebenfalls 4 Mill. DM angegeben, doch stärker wachsend in Zukunft als die Media-Mittel.

Gebaut wird ein neues Sudhaus. Gär- und Reifekapazitäten wachsen, der Flaschenkeller wird neu gebaut und eine Keg-Abfüllanlage installiert. Fast 32 Prozent des Ausstoßes werden im Faß zum Kunden gebracht. Doch der Trend zur Flasche ist ungebrochen wie das gute Verhältnis zum Fachgroßhandel, der 90 Prozent des Ausstoßes bewegt. Konnten die 17 Mill. DM noch voll aus eigenen Mitteln aufgebracht werden, so muß man sich ein Drittel der für 1983 vorgesehenen Investitionen von 30 Mill. DM pumpen.

Diebels wird von 20 anderen deutschen Brauereien als Handelsmarke geführt, darunter so feine wie Fürstenberg, Stauder und Alpirsbacher. Mit Stauder besteht ein Kooperationsvertrag, der Diebels im Ruhrgebiet an den Durst bringt. Die reine Distributionsleistung von Stauder (vornehmlich im Fa) brachte 1982 einen Absatz von 40 000 Hektoliter. Als Großhändler verkaufte Stauder noch einmal über 100 000 Hektoliter Diebels. Der Vertrag läuft 1988 ab, doch werden zur Zeit Verhandlungen aufgenommen, die eine Verlängerung der Kooperation bis zum Jahr 2000 vorsehen.

Und der Ausblick? Für Hans-Joachim Weiss ist die Zeit der zweistelligen Zuwachsraten vorüber. Der harte Verdrängungswettbewerb geht auch an Diebels nicht vorüber. So schätzt er, daß 1983 noch einmal 4,5 Prozent mehr produziert und abgesetzt werden können – nach Möglichkeit auf dem bisherigen stolzen Preisniveau.

IBM / Walther A. Bösenberg in den Aufsichtsrat

Der „General" tritt ab

„Gewinne sind der Motor der Wirtschaft. Dies allen gesellschaftlichen Gruppen wieder deutlich zu machen, ist dringend erforderlich." Für Professor Walther A. Bösenberg (62), der in diesen Tagen plangemäß den Vorsitz der Geschäftsführung der IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, an seinen Stellvertreter Lothar F. W. Sparberg (55) übergeben hat, ist es nach eigenem Bekunden keine Frage, daß für unternehmerisches Handeln allgemein wieder Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, die die Leistungskraft der Unternehmen stärkend und nicht schwächend beeinflussen. Die Schere zwischen Anspruch und Leistung dürfe sich nicht noch weiter öffnen. Und die Zukunft müsse finanzierbar bleiben, wird Bösenberg nicht müde zu mahnen.



FOTO: WOLF P. PRANGE

Geradezu als ein Motor für die IBM erwies sich der ebenso zielstrebige wie humorvolle Hamburger Kaufmannssohn Bösenberg, der 1947 in die Dienste des Konzerns eintrat und in einer Art Bilderbuchkarriere vom Verkaufsassistenten in 1964 (noch keine 43 Jahre alt) zum Chef der IBM Deutschland avancierte. Unter der Ägide des „Generals", wie Bösenberg voller Respekt von seinen Mitarbeitern tituliert wurde, erlebte das Unternehmen, zugleich die größte IBM-Gesellschaft außerhalb der USA, einen Aufschwung sondergleichen.

Der Umsatz – damals rund 1 Milliarde DM – verneunfachte sich in dieser Zeitspanne, wobei die Umsatzrenditen nicht minder glänzend ausfielen. Die Zahl der Beschäftigten verdreifachte sich nahezu auf annähernd 28 000 Mitarbeiter. Daß das Unternehmen gewillt ist, seine Rolle als Marktführer in der Computerindustrie weiterhin überzeugend zu spielen, darauf wird Bösenberg in seiner neuen Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender auch künftig achten.

WERNER NEITZEL

NAMEN

Dr. Dietrich Hahlbrock, Vorsitzender der Vorstände und Geschäftsführungen der Unternehmensgruppe Raiffeisen Viehzentrale, Nordfleisch, vollendet am 7. Mai sein 60. Lebensjahr.

Philip D. Sherman ist zum Vorsitzenden des Vorstandes der Citibank AG, Frankfurt, bestellt worden. Sherman war von 1978 bis jetzt Leiter der Citibank in Italien.

Dr. Helmut Sihler, Vorsitzender der Zentralgeschäftsführung der Henkel KGaA, Düsseldorf, ist neuer Präsident des Zentralausschusses der Werbewirtschaft (ZAW).

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

CARL-ZEISS-STIFTUNG / Schott weist einen Verlust aus – Zeiss behauptet starke Auslandsposition

Altersversorgung belastet überdurchschnittlich stark

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Den berühmten Silberstreifen am Horizont vermögen die Vorstände der Stiftungsunternehmen der Carl-Zeiss-Stiftung noch nicht auszumachen. Auch das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) wird vor diesem Hintergrund von Anpassungsmaßnahmen geprägt sein. Als Pluspunkt nannte Horst Skoludek für Zeiss die starke Stellung im Auslandsgeschäft – Zeiss ist im Instrumentengeschäft unangefochten Nummer eins auf der Welt –, das in den ersten sechs Monaten des neuen Geschäftsjahres 10 Prozent höhere Aufträge als vor Jahresfrist brachte, freilich überwiegend im Projektgeschäft, das sich durchschnittlich über vier Jahre hinzieht. Gut ein Viertel des Zeiss-Umsatzes stammt von Produkten, die jünger als drei Jahre sind.

Das Stiftungsunternehmen Schott, das das letzte Geschäftsjahr mit einem Verlust, „den Schott auch alleine verkraften könnte", abgeschlossen hat, rechnet allenfalls mit einem Umsatzplus von 2 Prozent in diesem Geschäftsjahr. Die Rückbesinnung auf das eigene Innovationspotential, das bei Schott mit rund 30 Mill. DM jährlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung und bei Zeiss mit rund 80 Mill. DM pro Jahr gepflegt wird, sehen die Stiftungsvorstände ebenso wie die Betonung der Präsenz im Ausland als einen Teil der notwendigen Anpassungsmaßnahmen, die sich auch in einem moderaten Personalabbau auf der Basis eines Abfindungsangebotes bei Schott dokumentieren.

Entscheidend sein dürfte jedoch bei den im übrigen wohlgepolsterten Stiftungsunternehmen, die allein einen Konzerngewinnvortrag von knapp 23 Mill. DM vor sich herschieben, ob es gelingt, die durch das Stiftungsstatut festgelegten Leistungen für die Altersversorgung der Mitarbeiter etwas *zu modifizieren.*

Finanzchef Wolfgang Adolphs rechnete bei der Vorlage der Bilanz vor, daß rund 60 Mill. DM pro Jahr den Pensionsrückstellungen zugeführt werden, dazu kommen jährlich 40 Mill. DM Pensionszahlungen. Mit einer Quote von gut 11 Prozent von den Lohn- und Gehaltsaufwendungen liegen diese Aufwendungen drei- bis viermal so hoch wie in der deutschen Industrie üblich. Im Klartext: Ohne die Erfüllung der statuarischen Verpflichtung zur Altersversorgung (an der grundsätzlich nicht gerüttelt werden soll), könnte der ausgewiesene Jahresüberschuß rund 50 Mill. DM höher sein, ein Ausweis, der für die Stiftung, da keine Ausschüttung an Kapitaleigner, sondern die „Versorgung" der Arbeitnehmer im Mittelpunkt der Unternehmensziele steht, eben nicht die Bedeutung wie für andere Industrieunternehmen hat.

Investieren wollen die Stiftungsunternehmen in diesem Jahr wieder in Höhe der Abschreibungen. Dabei steht bei der Schott-Gruppe, die besonders unter den im Sektor Fernsehglas entstandenen Schwierigkeiten leidet, die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund. So wurde Ende April in den USA ein neues Büro- und Lagergebäude für die dortigen Vertriebsgesellschaften eröffnet, in Großbritannien geht man an den Ausbau der über Erwarten erfolgreichen Fertigung von Spezialgläsern für die Herdindustrie.

Für Zeiss hat nach Angaben von Vorstandsmitglied Horst Skoludek die Sicherung der Position im internationalen Wettbewerb Vorrang, eine heute schwierigere Aufgabe als je. Als wichtigste Auslandsmärkte für Zeiss nannte Skoludek die USA (wo eine eigene Produktion besteht) mit rund 180 Mill. DM Umsatz und Japan mit rund 150 Mill. DM. Erfolge bringen in Japan vor allem das Brillengeschäft und der medizinische Bereich.

Zeiss-Konzern	1981/82	±/%
Umsatz (Mill. DM)	2 119	+ 6,4
Exportquote (%)	50,6	(50,1)
Schott-Gruppe	1 039	+ 3,6
Zeiss-Gruppe	1 110	+ 9,2
Weltumsatz	2 700	+ 7,6
Jahresüberschuß	2,2	–51,1
Brutto-Cash-flow[1])	186	+ 3,6
Sachinvestitionen	107	–20,7
Abschreibungen	107	– 4,9
Mitarbeiter (Inland)	24 148	– 2,8

[1]) nach Angaben der Verwaltung

Mehr Bautätigkeit in Berlin erwartet

tb. **Berlin**

Eine verstärkte Bautätigkeit in Berlin erwartet die Berliner Pfandbrief-Bank in diesem Jahr. Die Nachfrage nach Baudarlehen ist unverändert hoch, sagte Vorstandsmitglied Klaus Landowsky vor Journalisten in Berlin. In den ersten vier Monaten 1983 hat das Institut bereits Kredite in Höhe von 331,5 Mill. DM zugesagt; das waren 140 Mill. DM mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Im Geschäftsjahr 1982, das Landowsky als erfreulich für die Pfandbrief-Bank bezeichnete, wurde das Kreditvolumen erneut ausgeweitet. Es wurden Darlehen von insgesamt 521 (Vorjahr: 474,2) Mill. DM zugesagt. Davon entfielen mit 333,9 Mill. DM 64,1 Prozent auf die Finanzierung von Bauobjekten im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Das Kommunalkreditgeschäft wurde auf 120 (60) Mill. DM verdoppelt. An Refinanzierungsmitteln flossen der Bank aus der Aufnahme von Berlin-Darlehen nach Paragraph 7 Berlin-Förderungsgesetz 603,2 Mill. DM zu.

Die Bilanzsumme stieg 1982 um 16,9 Prozent auf 4,128 (3,53) Mrd. DM. Zufrieden ist man auch mit der Ertragslage. Es wird ein Jahresüberschuß von 19,1 (16,1) Mill. DM ausgewiesen, der den offenen Rücklagen zugeführt wurde. Für das laufende Jahr erwartet die Bank bei angemessenem Wachstum wieder *ein zufriedenstellendes Ergebnis.*

Ruhrchemie mit hohem Verlust

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Im Sog der bei petrochemischen Standardprodukten besonders ausgeprägten weltweiten Chemiebaisse weist die Ruhrchemie AG, Oberhausen, nach gerade noch 0,1 Mill. DM Vorjahresgewinn aus ao. Erträgen für 1982 einen hohen Verlust von 83,1 Mill. DM aus. Er wird mit 55,4 Mill. DM durch Totalauflösung der freien Rücklagen (bei 84 Mill. DM Aktienkapital) getilgt und mit dem Rest vorgetragen.

Der Vorstand des mehrheitlich zum Hoechst-Konzern und mit dem Rest zum RWE-Konzern gehörenden Unternehmens begründet den rapiden Ertragsverfall mit weiterem Druck auf die ohnehin unbefriedigenden Verkaufspreise, der durch das Sinken der petrochemischen Rohstoffpreise bei weitem nicht kompensiert worden sei. Der zu 52 (51) Prozent aus dem Export stammende Umsatz fiel bei noch 2764 (2850) Beschäftigten um 13 Prozent auf 971 Mill. DM zurück. Ergebnisbelastend waren mit 26 Mill. DM auch „außergewöhnliche Verluste" aus dem Beteiligungsbereich.

Für 1983 erwartet der Vorstand trotz der bei Standardchemikalien anhaltenden Strukturprobleme einen allmählichen Anstieg der Absatzmengen, eine Stabilisierung des Preisniveaus und eine konstante Tendenz der Betriebsverlustminderung. Intensiv werde an der Erweiterung der Produktpalette durch höherertige Spezialitäten und an weiterer Kostensenkung (auch beim *Personal*) gearbeitet.

Chemiefasern: Die Preise steigen

adh. *Frankfurt*

Als *„derzeit nicht befriedigend"* kennzeichnet Justus Mische, Leiter des Faserverkaufs der Hoechst AG, die Erlössituation bei Chemiefasern, deren Absatz im ersten Quartal 1983 unter den vergleichbaren Werten des Vorjahres blieb. Zu Beginn der Frankfurter Interstoff kündigte Mische Preiserhöhungen von 5 Prozent bei Trevira Spinnfasern und Dolan an sowie unterschiedlich darüber liegende bei Trevira Filamenten.

Hoechst setzte im vergangenen Jahr weltweit 3,06 Mrd. DM mit Chemiefasern um (plus zwei Prozent) und schrieb vor allem dank der günstigen Ergebniseinflüsse aus dem Geschäft in Westeuropa (Anteil an der Gesamtproduktion zwei Drittel) auch 1982 schwarze Zahlen im Chemiefasergeschäft. Der weltweite Textilfaser-Verbrauch hat nach Hoechster Berechnungen im vergangenen Jahr gut 29 Mill. t erreicht und ist damit das erste Mal seit 1975 kleiner (um vier Prozent) als im Jahr zuvor gewesen. Der Chemiefaseranteil lag bei 45,5 (47) Prozent.

In Westeuropa, dem Hauptmarkt der Hoechster mit einem Anteil von insgesamt 13 Prozent am Weltfaserverbrauch, fiel der Synthesefaseranteil auf 49,3 Prozent. Das entspricht bei einem insgesamt um 5,3 Prozent geschrumpftem Verbrauch einem Rückgang um knapp 9 Prozent. Bis 1985 wird der Synthesefaseranteil wieder mindestens 51 Prozent erreichen, schätzen die Hoechster, allerdings zu Lasten anderer Fasern.

Nord/LB übernimmt Adca-Anteile

dos, **Hannover**

Die Norddeutsche Landesbank, die bereits mehrheitlich an der Adca AG, Berlin/Frankfurt, beteiligt war, hat die seit 1979 von der Bank of Montreal gehaltene Schachtelbeteiligung *von 25,5 Prozent an der Adca* zurückerworben. Gleichzeitig teilt die Nord/LB mit, daß die von der US-Bank Wells Fargo gehaltene Beteiligung von 8 Prozent an der Adca „entsprechend einer bestehenden Vereinbarung mit Wirkung vom 30. 6. 1983 auf die Nord/LB übertragen wird". Die Landesbank hält damit 84 Prozent des Adca-Aktienkapitals von 145 Mill. DM.

Die Transaktionen sind vor dem Hintergrund der Nord/LB-Bemühungen zu sehen, für die Adca ein neues Konzept unter geänderten Gesellschafterstrukturen zu finden. Hierzu gehören die Verhandlungen mit der Hamburger Vereins- und Westbank über die Übernahme der 22 norddeutschen Adca-Filialen. Hier rechnet die Nord/LB noch vor der Sommerpause mit „konkreten Ergebnissen".

Zum Kaufpreis der beiden Adca-Pakete werden keine Angaben gemacht. Die Bank of Montreal hatte 1979 nach eigenen Angaben für die Schachtelbeteiligung 39 Mill. kan. Dollar (damals rund 60 Mill. DM) an die Nord/LB bezahlt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Thuringia stockt auf

Düsseldorf (J. G.) – Die Thuringia Versicherungs-AG, München, schlägt ihrer Hauptversammlung am 20. Juni eine Aufstockung des mehrheitlich der Aachener und Münchener Versicherung AG gehörenden Aktienkapitals durch Zusatzaktien auf 42 (36) Mill. DM vor. Das alte Kapital soll mit unverändert 10 DM Dividende je Aktie für 1982 bedient werden. Bei einem Anstieg der Beitragseinnahmen um 5,7 Prozent auf 517 Mill. DM und leicht verbessertem versicherungstechnischem Gewinn reicht der Jahresüberschuß von 12,2 Mill. DM auch für 5 Mill. DM Rücklagendotierung.

Leffers zahlt 20 Prozent

Bielefeld (VWD) – Der Vorstand der Leffers AG, Bielefeld, schlägt der Hauptversammlung am 23. Juni die Ausschüttung von 20 (18) Prozent vor. Dazu steht ein Bilanzgewinn von 2,64 Mill. DM zur Verfügung. Von dem mit 5,52 Mill. DM ausgewiesenen Jahresüberschuß dienten 2,90 Mill. DM der Stärkung des Eigenkapitals.

Ruberoid erhöht Kapital

Hamburg (JB.) – Die Ruberoid AG, Hamburg, wird der Hauptversammlung am 5. August vorschlagen, das Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln von 4 auf 6 Mill. DM zu erhöhen und sowohl auf die jungen als auch auf die alten Aktien 5,50 DM Dividende auszuschütten. Im Vorjahr hatte Ruberoid auf 4 Mill. DM Aktienkapital 14 Prozent gezahlt. Bei einem Umsatz von 169 Mill. DM (plus 2,2 Prozent) weist die Gesellschaft einen Bilanzgewinn von 0,66 Mill. DM aus.

5,50 DM bei Elbschloß

Hamburg (VWD) – Die Elbschloß-Brauerei AG, Hamburg, schlägt für das Geschäftsjahr 1982 eine unveränderte Dividende von 5,50 DM je 50-DM-Aktie vor. Die Hauptversammlung ist am 8. Juni.

Wieder acht DM Dividende

Frankfurt (VWD) – Eine Dividende von wieder acht DM je 50-DM-Aktie schlägt die Verwaltung der Deutsche Effecten- und Wechsel-Beteiligungsgesellschaft AG (DEWB), Frankfurt, der Hauptversammlung am 15. Juni für das Geschäftsjahr 1982 vor. Es wird ein Bilanzgewinn von unverändert 3,2 Mill. DM ausgewiesen.

VW schließt US-Werk

New Stanton (VWD) – Die Volkswagen of America hat ihr Montagewerk in New Stanton vorübergehend geschlossen und rund 2000 Arbeiter wegen des schleppenden Absatzes der Rabbi-Modelle in Urlaub geschickt. Die Produktion soll am 9. Mai wieder aufgenommen werden.

Kreditkarten noch ausbaufähig

PETER WEERTZ, **Berlin**

Die Kreditkarte hat sich zwar in der Bundesrepublik als unbares Zahlungsmittel durchgesetzt, ihre Verbreitung ist aber nach Ansicht der American Express Karten-Organisation, Frankfurt, im Vergleich *zu anderen Ländern noch ausbaufähig.* Auf dem deutschen Markt sieht Jürgen Aumüller, geschäftsführender Direktor der Organisation, noch einen Nachholbedarf der Kreditkarte für die Begleichung von Rechnungen in Restaurants und Hotels ebenso wie beim Einkauf in Fachgeschäften und Warenhäusern.

In Deutschland sind nach Angaben der American Express einschließlich der Kundenkarten der Warenhäuser 1,5 Millionen Kreditkarten im Umlauf. Unter den wichtigen Wettbewerbern ist die American Express nach eigenen Angaben mit 250 000 Karteninhabern Marktführer. Im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Karteninhaber in der Bundesrepublik um ein Viertel erhöht. Eurocard und Diners Club folgen mit knapp über 200 000 und Visa mit etwa 60 000 ausgegebenen Kreditkarten.

Gegenwärtig beträgt die Zahl der Vertragsunternehmen, die Kreditkarten von American Express akzeptieren, rund 27 000 in Deutschland. Weltweit gab es Anfang 1983 15 Millionen American Express Kreditkarten-Inhaber und 730 000 Vertragsunternehmen.

RINGFOTO / Umsätze im angestammten Sortiment werden weiter schrumpfen

Vor dem Einstieg in den Video-Markt

JOACHIM WEBER, **Nürnberg**

„Die Leute haben den Sparstrumpf bis heute noch nicht wieder aufgemacht", beobachtet Ferdinand Eder, Geschäftsführer der Händler-Gruppierung Ringfoto GmbH & Co., Alfo Marketing KG, Nürnberg. Der Fotohandel – und mit ihm auch Ringfoto – müsse sich für 1983 erneut auf einen Rückgang der Geschäfte im angestammten Sortiment einstellen.

Die Strategie des Einkaufsverbunds steht schon fest: „Die Diversifikation muß jetzt zügig eingeleitet werden, und zwar in den elektronischen Bereich." Mit Videogeräten, Telespielen und sogar Heimcomputern wollen die Ringfoto-Händler sich rechtzeitig ihren Anteil an den „kreativen" Märkten der Zukunft sichern. Die Konfrontation mit dem Rundfunk- und Fernsehhandel fürchten sie nicht: „Traditionell liefern wir die Geräte, die mit der Möglichkeit eigener Gestaltung versehen sind."

Das nötige Umlernen von Optik und Chemie auf Elektronik wird schon in Angriff genommen. Und auch vor dem nötigen Service schrecken die engagierteren Fotohändler nicht zurück. Ein bundesweites Netz von unabhängigen Vertragswerkstätten wird derzeit aufgebaut und soll die nötige Unterstützung geben.

Geärgert hat man sich über die deutschen Anbieter von Videogeräten, die mit dem Hinweis auf ihre hohen Qualifikationsansprüche die Belieferung der Fotohändler schlichtweg ablehnten. Mit den Japanern ist sich Ringfoto schneller *handelseinig geworden.* Der neue Vertriebskanal dürfte für die europäische Industrie damit verschüttet sein: „Auch wenn unsere Infrastruktur in Zukunft steht, werden wir uns sehr überlegen müssen, ob wir solche Partner gebrauchen können."

Schon 1983, so hofft Eder, wird die Elektronik die Einbußen im Stammgeschäft einigermaßen ausgleichen. Wie nötig es ist, sich eine neue Basis zu schaffen, hat das vergangene Jahr deutlich gemacht: Der Foto-Amateurmarkt schrumpfte um 4 Prozent auf 4,7 (4,9) Mrd. DM, der Fachhandel hatte sogar Umsatzverluste von 6 bis 7 Prozent zu verkraften. Die 205 Ringfoto-Gesellschafter schnitten mit einem Umsatzrückgang um 2 Prozent auf 374 (382) Mill. DM noch deutlich besser ab.

Wesentliche Ursache des Debakels war der Preisverfall: „Der Fotohandel hat 1982 runde 40 bis 50 Millionen Mark verschenkt", klagt Eder, „nicht zuletzt durch die unsinnige Anpassung einiger Kollegen an Billigangebote." Besonders betroffen war das Bildergeschäft. Bei den Pocket-Kameras gab es einen Einbruch um ein Drittel, im Laufbildmarkt (Filmkameras, Projektoren, Filme) um 30 Prozent. Freude macht derzeit nur noch der Kleinbild-Bereich, und auch der überwiegend nur beim Zubehör.

Kapitalrückfluß aus USA erwartet

cd. **Frankfurt**

Größere Kapitalrückflüsse aus dem Block jener 10 Mrd. Dollar, die deutsche Anleger 1982 zu den 100 Mrd. Dollar Auslandsengagements in amerikanischen festverzinslichen Papieren beigesteuert haben, sind nach Einschätzung der ABD Securities Corporation, New York, zu erwarten, wenn der Dollarkurs nachgibt.

Die ABD, eine gemeinsame Tochter der Dresdner Bank (75 Prozent) und der Hypobank (25 Prozent), war an dem deutschen Kapitaltransfer in den USA überproportional beteiligt, wurde auf einer Pressekonferenz in Frankfurt betont.

Diese größte deutsche Brokerfirma in den USA bemüht sich mit wachsendem Erfolg, das von den Müttern unabhängige eigenständige Wertpapiergeschäft auszubauen. Relativ erfreuliche Fortschritte hat auch das über eine Tochter betriebene Geschäft mit institutionellen US-Kunden in europäischen Wertpapieren gemacht.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Renten behauptet

Am Rentenmarkt hat sich die Stimmung unterschwellig gebessert. Die Kurse öffentlicher Anleihen schwankten um 0,20 Prozentpunkte, in der Mehrzahl aber nach oben. So wurden die am Vortag eingeführten sechsdreiviertelprozentigen Bundesobligationen Serie 37 um 0,25 Prozentpunkte auf 97,35 heraufgesetzt. Mit Spannung erwartet man die Konditionen der neuen Bundesanleihe, von der man annimmt, daß sie trotz des unergiebigen Rentenmarktes mit einem Nominalzinssatz von siebeneinhalb Prozent ausgestattet werden wird. DM-Auslandsanleihen wenig verändert, leichte Unsicherheiten bei den Pfandbriefen.

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien

[illegible]

Aktien kräftig erholt

Hausse in AEG – aber Siemens unter Druck

DW. – An der Mittwochbörse wurden die am Vortag eingetretenen, teilweise sehr kräftigen Kursrückgänge bei den Standardaktien zum größten Teil wieder ausgeglichen. Zu verdanken ist dies in erster Linie inländischen institutionellen Investoren. Die Ausländer hielten mit größeren Kaufaufträgen noch immer zurück. Gegen Börsenschluß gab es einige Ermüdungserscheinungen, so bei Siemens, wo der Kurs trotz des guten Zwischenergebnisses um 2 DM unter dem gesenkten Vortagsstand schloß. Auf der anderen Seite haussierten die AEG-Aktien, die ihren Wert um rund zehn Prozent verbesserten.

Daimler- und Mercedes-Aktien reagierten auf die in Aussicht stehende Kapitalerhöhung mit Kursbefestigungen um 9 bzw. 8 DM. VW-Aktien erholten sich lediglich um 2,50 DM. Lebhafter Handel in Stahlaktien, von denen Hoesch mit Plus angekündigt werden mußten. Dafür wird nicht nur die bessere Ertragslage verantwortlich gemacht, gerüchtweise verlautete, daß möglicherweise der Salzgitter-Konzern über eine ausländische Adresse Hoesch-Aktien aufkauft. Der Hoesch-Kurs stieg um 3,30 auf 54,30 DM. Kloeckner-Aktien wurden um 1,50 DM und Thyssen ebenfalls um 1,50 DM heraufgesetzt. Vernachlässigt blieben die Versorgungswerte. HEW fielen um weitere 1,50 DM auf 115,50 DM zurück. Die jetzt genehmigte Tariferhöhung entspricht nicht den Erwartungen. Im Maschinenbaubereich erholten sich insbesondere Linde um 6 DM auf 383 DM.

Düsseldorf: Biewag erhöhten sich um 7 DM auf 182 DM, Hoffmanns Stärke verbesserten sich um 5 DM auf 220 DM und Leffers konnten sich um 6 DM auf 330 DM befestigen. Balcke Dürr sanken um 5 DM auf 163 DM, Rheag verminderten sich um 5 DM auf 395 DM und Aachener Münchener Bet. fielen um 3 DM auf 740 DM.

Frankfurt: Der Daimler-Kurs wurde auf 543 DM (plus 5,70 DM) heraufgesetzt. Bei Plusankündigung stiegen AEG um 4,40 DM auf 71,20 DM. Ansonsten blieben Enka Glanzstoff 142 DM (plus 11 DM), Pegulan-Stämme 218 DM (plus 7 DM), -Vorzüge 218 DM (plus 8 DM), Braun-Vorzüge 369 DM (plus 17 DM), Mainkraft 535 DM (plus 15 DM), Aesculap 303 DM (minus 15 DM).

Hamburg: HEW waren weiter schwach mit 115 DM (minus 2 DM, NWK Vz. stiegen auf 170 DM plus 2,50 DM. Conti Gummi verbesserten sich auf 93 DM plus 2,10 DM, Phoenix Gummi auf 122,10 DM plus 3,20 DM. Bei den regionalen Banken gelangten Hypothekenbank Hamburg mit 500 DM unverändert zur Notiz.

München: Agrob St. fielen um 11 DM auf 327 DM, Dywidag verminderten sich um 9,50 DM auf 275 DM und Leonische Draht gaben um 5 DM auf 315,50 DM nach. Deckel AG erhöhten sich um 4 DM auf 114 DM, und Flachglas konnten sich um 3 DM auf 330 DM verbessern.

Berlin: Siemens konnten sich um 2,50 DM und DUB-Schultheiss um 4 DM verbessern. AEG erhöhten sich um 6,50 DM, Dt. Eisenhandel um 11 DM und Herlitz Stämme um 14 DM. Schering mußten um 5 DM zurückgenommen werden. Concordia Chemie wurden um 10 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8½–9	4¾–5	4¼–4½
3 Monate	8¾–9	4⅞–5⅛	4⅜–4⅝
6 Monate	8⅞–9	5 –5½	4½–4¾
12 Monate	9 –9¼	5¼–5½	4¾–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4. 5.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,3–5,35 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 4. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Ostmarkkurs am 4. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 22,00; Verkauf 25,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Goldmünzen

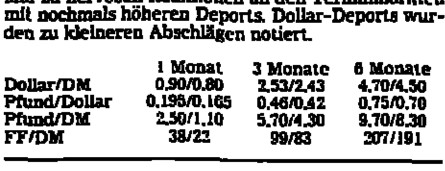
In Frankfurt wurden am 4. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

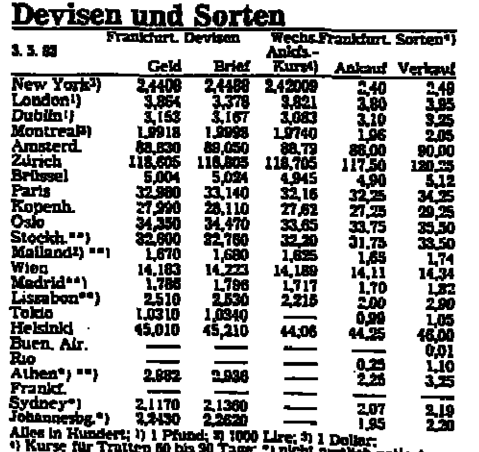
Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1335,00	1621,55
10 US-Dollar (Indian)**)	1008,00	1201,32
5 US-Dollar (Liberty)	413,00	562,74
1 £ Sovereign alt	244,00	298,32
1 £ Sovereign Elizabeth II	246,00	300,58
20 belgische Franken	185,00	242,95
10 Rubel Tscherwonez	257,00	318,66
2 südafrikanische Rand	242,00	296,06
Krüger Rand, neu	1075,00	1259,95
Maple Leaf	1073,00	1257,69
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	252,00	318,66
20 schweiz. Franken „Vreneli"	217,00	273,46
20 franz. Franken „Napoléon"	206,00	261,03
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1000,00	1192,15
20 österr. Kronen (Neuprägung)	201,00	249,73
10 österr. Kronen (Neuprägung)	105,00	135,60
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	461,00	560,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	110,00	146,90

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen

Das gute Ergebnis der gestrigen Schatzwechselversteigerung nährte erneut Hoffnungen auf eine baldige Dollar-Zinssenkung was zu einer Fortsetzung der nachgebenden Dollartendenz mit einem Tagestiefstkurs von 2,4390 führte, nachdem der Markt am 4. 5. auf der Basis von 2,4480 eröffnet hatte. Durch kommerzielle Nachfrage und Positionsglattstellungen konnte sich der Dollar wieder auf den amtlichen Börsenkurs von 2,448 erholen. Im nachbörslichen Handel kam es nur noch zu geringen Kursveränderungen. Aktivitäten der Bundesbank wurden nicht beobachtet. Das britische Pfund halbierte seinen Vortagesgewinn und notierte um 1 Pfennig schwächer mit 3,871. Der belgische Franc verzeichnete mit 5,014 einen neuen historischen Tiefstkurs als Reaktion auf *die Diskontsatzsenkung der Nationalbank von 10 auf 9½ Prozent*. Ebenfalls einen historischen Tiefstkurs erreichte der französische Franc mit 33,06 (16,5 Pfennig). Der schweizer Franken schwächte sich um 23,5 Pfennig auf 118,705 ab. Der japanische Yen notierte um 0,4 Prozentpunkte tiefer mit 1,0325. US-Dollar in: Amsterdam 2,7480; Brüssel 48,76; Paris 7,3920; Mailand 1458,30; Wien 17,2120; Zürich 2,0596. Ir. Pfd/DM 3,160; Pfd/Dollar 1,5834.





Devisenterminmarkt

Der anhaltende Kursdruck auf den FF führte am 4. Mai zu nervösen Reaktionen an den Terminmärkten mit nochmals höheren Deports. Dollar-Deports wurden zu kleineren Abschlägen notiert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,53/2,43	4,70/4,50
Pfund/Dollar	0,195/0,165	0,46/0,42	0,75/0,70
Pfund/DM	2,50/1,10	5,70/4,30	9,70/8,30
FF/DM	38/22	99/83	207/191

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/5 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,73) – 6,50 (5,29) – 7,50 (5,79) – 8,00 (6,18) – 8,50 (6,50). Ausgabe 1983/6 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,50 (4,75) – 6,50 (5,33) – 7,50 (5,87) – 8,00 (6,29) – 8,50 (6,66) – 8,50 (6,92)

Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 6,00.

Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,20, Rendite 7,20.

Optionshandel

1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.); 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Während sich Kaffee uneinheitlich zeigte, ging Kakao schwächer aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	3. 5.	2. 5.
Mai	356,00	354,00
Juli	363,50	362,00
Sept.	372,25	371,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	3. 5.	2. 5.
St. Lawrence 1 CW	214,78	203,26
Amber Durum	242,86	241,41
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	118,30	118,70
Juli	122,00	122,70
Sept.	126,10	127,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	97,50	97,50
Juli	95,90	96,00
Sept.	-	-
Hafer Chicago (c/bush)	3. 5.	2. 5.
Mai	154,00	155,75
Juli	159,75	160,75
Sept.	164,75	165,75
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	317,25	318,00
Juli	318,25	319,50
Sept.	309,00	311,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	3. 5.	2. 5.
Mai	108,00	107,50
Juli	107,60	107,40
Sept.	107,90	107,50
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	3. 5.	2. 5.
Mai	10,18	10,15
Juli	10,44	10,41
Sept.	10,44	10,40
Nov.	10,56	10,49
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	18,60	18,60
Sept.	19,00	19,00

Genußmittel

Kaffee	3. 5.	2. 5.
New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	126,15	125,80
Juli	125,70	125,60
Sept.	123,90	123,09
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Mai	1883	1903
Juli	1912	1931
Sept.	1929	1940
Umsatz	2511	2116
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	8,48	8,25
Sept.	8,79	8,58
Nov.	9,05	8,85
Jan.	9,60	9,35
März	9,94	9,79
Umsatz	12350	7325
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	3. 5.	2. 5.
	7,32	-
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	3. 5.	2. 5.
Kontrakt Mai	1880-1885	geschl.
Juli	1680-1681	geschl.
Sept.	1610-1611	geschl.
Umsatz	-	3031
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1298-1301	geschl.
Juli	1326-1327	geschl.
Sept.	1332-1333	geschl.
Umsatz	5284	-
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	138,45-138,50	geschl.
Okt.	146,10-146,20	geschl.
Dez.	151,00-152,00	geschl.
März	158,00-158,50	geschl.
Mai	160,25-163,50	geschl.
Aug.	-	geschl.
Umsatz	4658	-

Pfeffer	3. 5.	2. 5.
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	250,00	250,00
weißer Sarawak	345,00	345,00
weißer Muntok	350,00	350,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	3. 5.	2. 5.
Mai	114,50	113,95
Juli	112,00	111,40
Sept.	111,00	110,40
Nov.	107,50	106,70
Jan.	102,20	101,50
Umsatz	400	500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl	3. 5.	2. 5.
New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	27,00	26,50
Maisöl		
New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,00
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	19,54	19,62
Juli	19,73	19,82
Aug.	19,85	19,95
Sept.	19,93	20,03
Okt.	20,10	20,18
Dez.	20,43	20,52
Jan.	20,62	20,68
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	23,00	23,75
Schmalz		
Chicago (c/lb)		
loco lose	17,25	17,50
Choise white hog 4% fr. F	16,25	16,50
Talg		
New York (c/lb)		
top white	16,00	16,00
fancy	15,50	15,50
bleichfähig	15,25	15,25
yellow max. 10% fr. F	13,50	13,50
Schweine		
Chicago (c/lb)		
April	49,30	48,40
Mai	49,40	48,60
Juli	47,07	46,42
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	66,80	65,80
Juli	65,63	64,60
Aug.	63,20	61,92

Häute	3. 5.	2. 5.
Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	46,00	46,50
Kühe einh. schwere River Northern	44,00	44,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Mai	630,50	636,50
Juli	647,50	653,50
Aug.	653,50	659,75
Sept.	672,50	666,00
Nov.	685,00	678,50
Jan.	698,00	690,50
März	709,00	703,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Mai	185,50	187,90
Juli	189,60	191,40
Aug.	192,00	193,30
Sept.	194,00	195,50
Okt.	195,20	197,50
Dez.	200,80	201,80
Jan.	202,50	203,70
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	3. 5.	2. 5.
Mai	286,50	287,00
Juli	292,10	293,00
Okt.	302,70	303,70
Kokosöl		
New York (c/lb)	3. 5.	2. 5.
Westküste fob Werk	28,00	27,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	4. 5.	3. 5.
jegl. Herk. cif	530,00	530,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	405,00	405,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	437,50	440,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nederl. fob Werk	121,00	122,00
Kopra		
Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	-	-
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	635,00	640,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	243,50	243,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle	3. 5.	2. 5.
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2		
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	73,75	[illegible]
Okt.	71,75	71,52
Dez.	71,50	[illegible]
Jan.	72,70	72,75
Mai	73,50	73,50
Kautschuk New York		
(c/lb), Händlerpreis loco RSS -1	57,50	57,50
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	3. 5.	2. 5.
Mai	437	geschl.
Aug.	446-453	geschl.
Okt.	446-456	geschl.
Umsatz	197	-
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge	3. 5.	2. 5.
Mai	43,50	43,50
Juli	43,85	-
Okt.	44,30	44,40
Dez.	44,90	45,00
Umsatz	0	-
		Tendenz: ruhig
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	3. 5.	2. 5.
Mai	561,0-562,5	565,0-567,0
Juli	565,0-566,5	589,0-590,0
Okt.	588,0	578,0-581,0
Umsatz	94	98
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	3. 5.	2. 5.
East African 3 long	670,00	geschl.
undergraded	640,00	geschl.
Brazilian Type 2	-	geschl.
Brazilian Type 3	-	geschl.
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	3. 5.	2. 5.
Mai	geschl.	13 987
Juni	geschl.	14 080
Kautschuk		
London (p/kg)	3. 5.	2. 5.
Nr. 1 RSS loco	72,00-73,50	geschl.
Juni	72,50-73,00	geschl.
Juli	72,50-72,60	geschl.
Juli/Sept.	72,50-72,60	geschl.
Tendenz: leichter		

Kautschuk	3. 5.	2. 5.
Malaysia (mal. c/kg)		
Nr. 1 RSS loco	[illegible]	geschl.
Mai	[illegible]	geschl.
Juni	[illegible]	geschl.
Nr. 2 RSS Mai	[illegible]	geschl.
Nr. 3 RSS Mai	[illegible]	geschl.
Nr. 4 RSS Mai	223,50-229,50	geschl.
Tendenz: [illegible]		
Jute London (£/lgt)	3. 5.	2. 5.
BWC	414,00	geschl.
BWD	350,00	geschl.
BTC	330,00	geschl.
BTD	350,00	geschl.

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 [illegible] – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	4. 5.	3. 5.
Blei Basis London		
laufend. Monat	102,82-103,01	104,98-105,17
drittfolg. Monat	106,79-106,98	109,25-109,64
Zink Basis London		
laufend. Monat	173,53-173,82	178,46-178,85
drittfolg. Monat	179,54-175,13	184,10-184,29
Produz.-Preis	183,66	184,58
Reinzinn 99,9%	3668-3704	3687-3723

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	4. 5.	3. 5.
Elektrolytkupfer		
für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	436,27-438,60	437,40-439,73
Blei in Kabeln	113,30-114,00	112,75-113,75
Aluminium		
für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370-372	370-372
Walzbarren	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 13 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	4. 5.	3. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	356-366	357-367
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	397	397-399
MS 63	402-405	403-406

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	3. 5.	2. 5.
ab Werk prompt (Ring./kg)	31,34	geschl.

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	4. 5.	3. 5.
Leg. 225	311-313	306-308
Leg. 226	314-315	309-310
Leg. 231	345-351	340-346
Leg. 233	356-361	351-356

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	4. 5.	3. 5.
Platin (DM je g)	37,40	37,00
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 500	34 500
Rücknahmepr.	33 700	33 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 580	34 470
Rücknahmepr.	33 540	33 440
verarbeitet	36 290	36 180
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 280	34 200
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	966,80	973,20
Rücknahmepr.	952,30	939,10
Verarbeitet	1030,50	1016,30

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	4. 5.	3. 5.
London		
10.30	434,50	431,50
15.00	432,75	433,50
Zürich mittags	434,25-435,25	430,75-431,75
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	103 950	103 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	780,20	767,15
3 Monate	799,40	785,95
6 Monate	818,10	804,90
12 Monate	857,20	843,50
Platin (£-Feinunze)	3. 5.	2. 5.
London fr. Markt	277,80	geschl.
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	81,10	geschl.

New Yorker Preise	3. 5.	2. 5.
Gold H & H Ankauf	433,50	428,50
Silber H & H Ankauf	1224,50	1206,00
Platin fr. Händlerpr.	415,00-419,00	415,00-418,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	119,00-121,00	123,50-125,50
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c Feinunze)		
Mai	1237,00	1208,00
Juni	1245,50	1214,50
Juli	1256,00	1226,00
Sept.	1276,00	1245,00
Dez.	1302,00	1269,00
Jan.	1312,30	1281,20
März	1333,30	1300,70
Umsatz	23 000	18 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	3. 5.	2. 5.
Mai	79,10	77,65
Juni	79,60	78,15
Juli	80,45	79,00
Sept.	81,60	80,20
Dez.	83,40	82,00
Jan.	83,75	82,50
März	84,80	83,55
Umsatz	12 000	4000

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	4. 5.	3. 5.
Kasse	868,50-869,00	858,50-859,50
3 Monate	894,50-895,00	884,50-885,00
Blei (£/t) Kasse	271,50-272,00	267,50-268,50
3 Monate	282,00-282,50	278,00-278,50
Kupfer		
Higgrade (£/t)		
mittags Kasse	1112,5-1113,0	1112,5-1113,5
3 Monate	1137,0-1137,5	1133,0-1133,0
abends Kasse	-	1113,0-1114,0
3 Monate	-	1135,0-1135,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1074,0-1075,0	1074,0-1076,0
3 Monate	1103,0-1104,0	1104,0-1105,0
Zink (£/t) Kasse	458,50-459,00	458,50-459,00
3 Monate	472,50-473,00	473,00-473,50
Zinn (£/t) Kasse	8650-8655	8690-8700
3 Monate	8608-8612	8650-8660
Quecksilber		
($/Fl.)	-	315-330
Wolfram-Erz		
($/T-Einh.)	-	88-91

Wir trauern um

Walter Kaufmann

ehemaliges Mitglied des Vorstands unserer Gesellschaft

der am 1. Mai 1983 im Alter von 79 Jahren verstarb.

Walter Kaufmann war mehr als 40 Jahre in leitenden Positionen bei SEL tätig und hat die erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens wesentlich geprägt. Der Wiederaufbau unseres Unternehmens nach dem Kriege und die Organisation des Exportgeschäfts sind mit seinem Namen auf das engste verbunden.

Seine Persönlichkeit und seine Leistungen werden unvergessen bleiben.

Aufsichtsrat und Vorstand der

Standard Elektrik Lorenz Aktiengesellschaft

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 6. Mai 1983, um 12.00 Uhr auf dem neuen Friedhof in Stuttgart-Botnang statt.

Stuttgart-Zuffenhausen, den 3. Mai 1983

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb unser langjähriger Partner Herr

Erich Heise

* 25. 6. 1913 in Tokio † 2. 5. 1983 in München

Herr Heise hat sich um den erfolgreichen Aufbau unseres Geschäftes in Japan sowie um die deutsch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen große Verdienste erworben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Beiersdorf AG

Der Vorstand

Die Trauerfeier findet in Tokio statt.

Plötzlich und unerwartet ist

Dr. med. Oswin Schleckat

* 10. 9. 1905 † 26. 4. 1983

eingeschlafen.

In dankbarer Erinnerung im Namen aller, die ihm verbunden waren

Ulrike Schleckat geb. Bliedung
Thorsten und Miyoko Schleckat
Barbara Schleckat
Arno und Margot Schleckat

Die Beerdigung hat auf dem Waldfriedhof Dahlem in aller Stille stattgefunden.

TENNIS / Ein in Zagreb geborener Stuttgarter ist derzeit der beste deutsche Spieler der Weltrangliste

Damir Keretic – der Bundestrainer hielt nicht viel von ihm, nur Wilhelm Bungert glaubte an ihn

H.-J. POHMANN, **Düsseldorf**

Die letzten Ausgaben der offiziellen Zeitung der Tennis-Berufsspieler „International Tennis weekly" müssen für den 23jährigen Damir Keretic eine besondere Genugtuung gewesen sein. Denn zum erstenmal hat er es da schwarz auf weiß, daß er so schlecht gar nicht sein kann, wie ihn Trainer und Funktionäre des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) sehen. Dort rangiert er auf Platz 71 der neuesten Computer-Rangliste und ist mit dieser zwar nicht gerade berauschenden Position immerhin noch bester Deutscher vor denjenigen, die vom DTB über Jahre verhätschelt wurden. Keretic, 1960 in Zagrab als Sohn des mehrmaligen jugoslawischen Davis-Cup-Spielers Kamillo Keretic geboren, wurde allerhöchstens einmal anerkennende Blicke zugeworfen. Das fing schon 1974 im Leistungszentrum des DTB in Hannover an. Damals erklärte Bundestrainer Schönborn kurz und bündig, „mit dieser Technik und der schwachen Kondition hat Damir im Leistungszentrum nichts zu suchen". Als Keretic 1977 und 78 deutscher Jugendmeister wurde, nahmen die Offiziellen davon zwar Kenntnis, ihr Augenmerk aber galt den jüngeren Stars, Christoph Zipf und Hans-Dieter Beutel. Lediglich der Referent für Spitzentennis, Wilhelm Bungert, respektierte seine Leistung und versprach ihm einen Zuschuß für eine Turnierreise, falls Keretic, der seit seinem ersten Lebensjahr in Deutschland lebt und 1975 die deutsche Staatsangehörigkeit annahm, Minus machen würde. 2000 Mark überwies der DTB, und das war's dann.

Zwar wurde Keretic in etliche Kader des DTB aufgenommen, aber auch diese Spielereien des DTB waren bis zum vergangenen Jahr Angelegenheiten für den Papierkorb. 1982 spielte sich der temperamentvolle Dunkelhaarige mit der „Travolta-Locke" auf der deutschen Rangliste bis auf Platz zwei hinter Peter Elter vor. Zu diesem Zeitpunkt mußte der Verband reagieren und nomienierte ihn für das Doppel im Kingscup. Auch diese Entscheidung war halbherzig, denn von der Spielstärke hätte der Stuttgarter zumindest einige Einzel spielen müssen.

Das World-Team-Cup ist in der Karriere von Keretic nur eine Zwischenstation. „Ein Traum" wäre es für ihn, einmal im Davis-Cup für Deutschland zu spielen, vielleicht schon Anfang Juni in Freiburg gegen Belgien. Aber davor liegen noch die Bewährungsproben der Grand-Prix-Turniere in Hamburg und München. Sie sind eine ganz besondere Belastung für den, wie sein Vater es ausdrückt „psychisch labilen" 23jährigen. Der ständige Druck, es allen zeigen zu müssen, nie so richtig akzeptiert zu werden, ist für den erfolgreichen 50jährigen Trainer und Vater, der selbst noch vor einigen Jahren in der Bundesliga spielte, eine vielleicht zu große Hypothek. Dabei ist Keretic, obwohl er nicht ausschließlich von so zahlreichen Trainern gewünschte Topspinbälle spielte, beinahe perfekt.

Bis auf seine Volleys, die er mit einer zu großen Ausholbewegung spielt, kann er alle Schlagvariationen und besitzt sogar die Fähigkeit und den Mut, unter Druck offensive Passierbälle zu schlagen. Wenn er aber bei Erwarten des gegnerischen Aufschlages ständig von einem Bein auf das andere springt, was ihm vom Bundestrainer Hofsäß einmal den Spitznamen „der Mann mit dem Panthersprung" einbrachte, wenn er vor lauter Nervosität zwischen den Ballwechseln seinen Schläger in der Hand herumwirbelt, dann ist selbst sein häufiges Jammern nach verschlagenen Punkten noch harmlos. Nicht zuletzt deshalb suchte Keretic Rat bei seinem ehemaligen württembergischen Ranglistenspieler, dem Diplom-Psychologen Dr. Hartmut Gabler. Der sollte ihn beruhigen und setzte sich fortan bei Bundesligaspielen auf die Bank und coachte den aufgeregten Keretic. Sehr bald wurde Gabler klar, daß dieses Temperament ein wichtiger Bestandteil der Persönlichkeit des 23jährigen ist. Und die, so sein Rat, sollte man ihm nicht rauben.



An seiner Leistungsstärke zweifelte der Verband lange Zeit, aber jetzt hat sich Damir Keretic hochgearbeitet. FOTO: AP

Elter: „Bin wirklich zu blöd"

dpa, **Düsseldorf**

Am Ende hatte es für einen deutschen Tennisspieler wieder einmal nicht gereicht. „Pech gehabt", meinte Niki Pilic, der Coach der deutschen Mannschaft beim World Team Cup in Düsseldorf. Doch die Spielanalyse des Jugoslawen nach der knappen 3:6, 6:4, 5:7-Niederlage Peter Elters gegen den Spanier Manuel Orantes brachte dann doch ein anderes Ergebnis: Im entscheidenden Augenblick fehlte der richtige Schlag, Nervenstärke, die richtige Einschätzung der Situation.

Stunden nach dem wichtigen Auftakt-Spiel des deutschen Teams waren sich Spieler und Coach einig: Beim Matchball besaß Elter keine Chance, ihn zu verwandeln. Dafür aber hatten sich ihm zuvor beim Stande von 4:1, 4:2 und 5:4 im dritten Satz mehrere Möglichkeiten geboten, die Partie zu gewinnen. „Ich bin wirklich zu blöd", sagte Elter.

Immer wieder in den vergangenen Jahren hat gerade dieser erfolgreiche Abschluß gefehlt, auch zur Stärkung des eigenen Selbstvertrauens – als Hilfestellung für die Mannschaft. „Wenn ich heute gewonnen hätte", erkannte Peter Elter denn auch später, „wäre das ein Stimulans für das gesamte Team gewesen." Doch mit wenn und aber ist schon zu lange, zu häufig operiert worden.

Zu gern hätte Pilic nach dem gewonnenen King's Cup auch einen erfolgreichen Einstand in den World Team Cup gehabt. An der Vorbereitung haperte es auch diesmal nicht. „Peter hat gut gekämpft", sagte Pilic, „aber er wollte manchmal mit Orantes spielen. Das geht nicht gegen jemanden, der technisch eine Klasse besser ist."

NACHRICHTEN

Titelchancen verspielt

Bielefeld (sid) – Mit einem 2:2 bei Arminia Bielefeld verspielte der VfB Stuttgart im Nachholspiel der Fußball-Bundesliga vom 25. Spieltag seine letzten Titelchancen. Die Tore für Bielefeld schossen Lienen (70.) und Wohlers (90.), für Stuttgart Allgöwer (72.) und Kempe (84.).

Braunschweig holt Ristic

Braunschweig (sid) – Auf einen Zweijahresvertrag einigten sich Hennes Jäcker, Präsident des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig, und der neue Trainer Aleksander Ristic. Der bisherige Co-Trainer von Ernst Happel beim Hamburger SV wird seine Arbeit mit Beginn der neuen Saison aufnehmen und in der nächsten Woche den Vertrag unterschreiben.

Schwimmen: Drei Siege

Tel Aviv (sid) – Die Sportler aus der Bundesrepublik Deutschland gewannen bei den Hapoel-Spielen in Tel Aviv im Schwimmen ihre ersten drei Goldmedaillen. Karin Seick (Winsen) siegte über 100 Meter Freistil, Alexander Schowtka (Kiel) über 200 Meter Freistil und Thomas Buchholz (Neuss) über 100 Meter Schmetterling.

Weisweiler-Elf im Finale

Zürich (dpa) – Die von Hennes Weisweiler betreute Elf von Grasshoppers Zürich steht gegen Servette Genf im Finale um den Schweizer Fußball-Pokal. Grasshoppers gewann im Halbfinale gegen den von Max Merkel betreuten Lokalrivalen FC Zürich mit 5:1.

Rapid Wien Pokalsieger

Innsbruck (dpa) – Nach einem 3:0-Sieg im Hinspiel sicherte sich Rapid Wien durch einen 5:0-Erfolg im Final-Rückspiel bei SSW Innsbruck zum zehnten Mal den österreichischen Fußball-Pokal. Hans Krankl schoß die Tore.

Willi Weyer trifft Moldt

Bonn (DW.) – Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), trifft am 27. Mai in Bonn mit dem Ständigen Vertreter der „DDR" in der Bundesrepublik, Ewald Moldt, zusammen. Obwohl noch kein Themenkatalog festgelegt ist, wird mit einem Meinungsaustausch über die jüngsten Komplikationen im deutsch-deutschen Sportverkehr gerechnet.

Protest gegen Fernsehen

Prag (dpa) – Das Fernsehen der CSSR hat dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) wegen eines Vorfalls bei der Übertragung vom Spiel CSSR gegen UdSSR bei der Eishockey-Weltmeisterschaft in München ein Protestschreiben übersandt. Das ZDF hatte trotz eines Einwandes der CSSR wiederholt das Transparent von emigrierten tschechoslowakischen Zuschauern ins Bild gebracht, auf dem in tschechischer Sprache stand: „Schlagt die Russen immer und auf ewige Zeiten."

Im Doppel ausgeschieden

Kopenhagen (sid) – Bei den Badminton-Weltmeisterschaften in Kopenhagen ist der Deutsche Meister Thomas Künstler (Mainz), der im Einzel als einziger deutscher Spieler die zweite Runde erreichte, im Doppel ausgeschieden. Mit seinem Partner Gerhard Frey (Mainz) unterlag er gegen die Schweden Petersson/Wengberg mit 1:2 Sätzen.

ZAHLEN

Nachholspiel vom 25. Spieltag: Arminia Bielefeld – VfB Stuttgart 2:2 (0:0).

DIE TABELLE

Hamburg	29	16	11	2	66:28	43:15
Bremen	29	19	5	5	63:34	43:15
München	29	16	9	4	67:23	41:17
Stuttgart	29	15	8	6	66:40	38:20
Köln	29	14	9	6	60:35	37:21
K'lautern	29	12	12	5	49:35	36:22
Dortmund	29	15	5	9	64:44	35:23
Frankfurt	29	11	5	13	43:42	27:31
Nürnberg	29	10	6	13	39:57	26:32
Bielefeld	29	10	6	13	39:59	26:32
Bochum	29	7	11	11	33:41	25:33
Braunschw.	29	7	10	12	32:51	24:34
Düsseldorf	29	8	8	13	47:70	24:34
Gladbach	29	9	4	16	48:51	22:36
Leverkusen	29	7	8	14	35:59	22:36
Hertha BSC	29	5	9	15	35:52	19:39
Karlsruhe	29	6	6	17	34:73	18:40
Schalke	29	5	6	18	37:63	16:42

FUSSBALL / Dortmund nach Vogt-Rücktritt

Burgsmüller trainiert, spielen darf er nicht

BERND WEBER, **Dortmund**

Vieles kann man Manfred Burgsmüller nachsagen, nur das nicht, daß er keinen Stil habe. Vor 14 Tagen *suspendierte ihn der* Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund vom Training – als er gestern morgen zum erstenmal wieder am Gemeinschaftstraining teilnehmen durfte, erschien er mit sechs Flaschen Sekt der ganz feinen Sorte. „Zum Wiedereinstand", meinte Burgsmüller lächelnd. Dennoch, die richtige Hoch-die-Tassen-Stimmung wollte bei dem Dortmunder Torjäger nicht aufkommen. Ein Kurzauftritt in der Kabine, die auch nach dem Rücktritt von Präsident Jürgen Vogt (die WELT berichtete) im Amt verbliebenen Vorstandsmitglieder Rüdiger Petzold und Hans Glahn, hatten Burgsmüller die Laune verdorben. Der Vizepräsident und der Schatzmeister hielten eine kurze Rede an die Mannschaft, und dabei machten sie deutlich, daß die Wiedereingliederung Burgsmüllers in den Kader noch längst nicht dessen Aufstellung in den restlichen Saisonspielen bedeuten muß. Petzold: „Wir haben einen Schlußstrich unter die leidige Affäre gezogen. Wir wollen endlich Ruhe im Verein und uns nicht mit irgendwelchen Arbeitsgerichtsprozessen herumschlagen – das ist alles. Der Tatbestand, daß sich Burgsmüller nicht profigerecht verhalten hat, bleibt bestehen. So ohne weiteres wird er auch nicht wieder in der Mannschaft auftauchen."

Andererseits: Ausgeschlossen ist es aber auch nicht, daß Burgsmüller am Samstag gegen Eintracht Frankfurt zum Einsatz kommen wird. Rolf Rüßmann, der nun Mannschaftskapitän ist, und der seinen am Ende der Saison auslaufenden Vertrag bei Borussia um zwei Jahre verlängerte, macht sich für seinen Amtsvorgänger stark, und zwar im Namen der gesamten Profitruppe. Rüßmann erklärte gestern noch einmal: „Das anvisierte Ziel, die Qualifikation für den nächsten UEFA-Cup, ist mit Burgsmüller sicherlich weitaus eher zu erreichen als ohne ihn."

Jürgen Vogt, der sein Präsidentenamt in erster Linie deshalb aufgegeben hatte, weil er „die Intrigen im Klub nicht mehr ertragen konnte", meinte zum Thema Burgsmüller: „Ich kann mir einfach nicht vorstellen, daß der so bald wieder auflaufen wird." Bei so viel Einigkeit in dieser Frage zwischen dem eigentlich arg zerstrittenen Ex-Präsidenten und seinem Stellvertreter Petzold stellt sich selbstverständlich die Frage, was Burgsmüller denn eigentlich so Schlimmes verbrochen hat. Der Dortmunder Vorstand hüllt sich in Schweigen. Aus arbeitsrechtlichen Gründen, wie mitgeteilt wurde. Eine Dortmunder Lokalzeitung schrieb: „Burgsmüller hat einer zweibeinigen Versuchung im Trainingslager nicht widerstehen können . . ."

Vielleicht bekommen die Mitglieder nähere Auskunft, wenn am 12. September die mit Spannung erwartete Jahreshauptversammlung stattfinden wird. Bis dahin werden Petzold und Glahn allein im Amt bleiben und den Vorstand nicht, wie ursprünglich angenommen, mit einem dritten Mann komplettieren. Petzold vertrat die Auffassung, es wäre sinnlos, jetzt noch jemanden neu einzuarbeiten. Petzold: „Ich halte es für besser, die anstehenden schwierigen Entscheidungen mit Glahn allein zu treffen." Das heißt: So ganz allein auch wieder nicht.

Der von Eintracht Braunschweig vorzeitig beurlaubte Trainer Uli Maslo, der bei Dortmund bereits einen Zwei-Jahres-Vertrag unterschrieben hat, soll in alle anstehenden Entscheidungen mit einbezogen werden. Dabei geht es vor allem um die Frage, welche Spieler weiterverpflichtet werden sollen.

Derzeit befindet sich der Borussen-Vorstand ganz besonders mit Mittelstürmer Bernd Klotz im Verhandlungsclinch. Klotz akzeptierte zwar das finanzielle Angebot seines Klubs, aber er zögert noch mit der Unterschrift. Weil er erstens gute Angebote von zwei Bundesligaspitzenklubs vorliegen hat und zweitens: „Weil ich mir wirklich nicht sicher bin, ob hier in Dortmund nicht auf lange Sicht das Chaos eingezogen ist."

Romantikerin in der Show: Nana Mouskouri

Sanft und krisenfest

Ihre Brille liefert nun schon seit 23 Jahren Gesprächsstoff für Anhänger und Kritiker. Die einen halten die Gläser in dem vertrauten breiten schwarzen Rahmen für das Markenzeichen einer Frau, der die Eitelkeiten des Showbusiness völlig schnurz sind; derweil die anderen unken, nun ja, Frau Biedermann trüge halt so was. Noch andere meinen, sie sei 1936 in Athen zur Welt gekommen, es könnte aber auch auf Kreta gewesen sein. Und ob sie heute noch am Genfer See in Florissant oder gar in Villars oder doch in Paris wohnt, ist auch nicht so ganz sicher.

Sicher aber ist, daß Johanna Mouskouri, als Nana bekannt, tatsächlich von viel Rummel nichts hält, sich mit Vorliebe um ihre

Zu meinem Glück gehört Musik – ZDF, 19.30 Uhr

Kinder Nicolas (15) und Helena (13) kümmert und ansonsten privat wie als Sängerin den leisen Tönen frönt. Daß man damit auch ganz schön weit kommt, ist bewiesen: Krisenfest ist sie an sämtlichen schnell wechselnden Musikmoden vorbeigesegelt und füllt auch heute noch – wie erst im Januar – mühelos die größten Säle der größten deutschen Städte.

Die Tochter eines Mannes aus der griechischen Filmwirtschaft besuchte gute Schulen, zog aber das Lernen am Athener Conservatoire Héllenique vor. Dann aber entdeckte das sanfte Mädchen die US-Musik, Schlager und Jazz, und schnell hießen – und das bis heute – ihre großen Vorbilder Bessie Smith, Ella Fitzgerald, Frank Sinatra und Doris Day. 1956 debütierte sie in Radio Athen als Jazzvokalistin, lernte in ihrer Begleitband, den „Athenians", ihren zukünftigen Mann kennen, den sie in jenem Jahr heiratete, als der Komponist Manos Hadjiakis ihr die Weise „Enfant du Pirée" schrieb – 1960. Deutsch hieß das Lied „Ein Schiff wird kommen", und damit hatte die inzwischen beliebteste Chansonsängerin ihres Heimatlandes hierzulande ihren großen Durchbruch. 1962 läßt sie in deutschen Herzen weiße Rosen aus Athen aufgehen und erntet ihre erste „Goldene".

1964/65 holte niemand Geringeres als Harry Belafonte die Griechin auf Mammuttournee durch die USA und Kanada, und fortan galt der Name Nana Mouskouri auch jenseits des Atlantik viel. Wieder in Deutschland, sorgte sie mit viel Gefühl und Sanftmut für die Ruhe jenseits der schwappenden Beatlemania und sang sich mit „Jonny Tambour" und „Alle Blumen dieser Welt" und zig anderen leisen Hits durch alle politischen und bewußtseinsverändernden Schlagwetter hindurch. Das Fernsehen baute ihr 1976 die erste deutsche Personality-Show („Eine Welt voll Musik", ZDF); im selben Jahr kam die Scheidung von Georges Petsilas und seinen Athenians.

Private Krisen aber taten ihrem Stil keinen Abbruch. Für ihre Texte blieb die Welt weiter heil und blumenprall; das Bloßlegen von Wunden, sagt sie, sei ihre Sache nicht. Sie wolle beitragen, sie zu heilen. „Alles, was du brauchst, ist Liebe", hat Udo Jürgens der zarten Griechin Ende 1982 getextet, aber wer da an das „All you need is love" der Beatles denkt, wird kaum Vergleichbares feststellen können. Sie ist halt anderen Geistes Kind, Romantikerin wohl und Träumerin und alles andere als eine Barrikaden-Lerche. Das Pariser Olympia jedenfalls und New Yorks feinste Stube, die Carnegie Hall, wissen sie zu schätzen.



Auch wenn sie eine andere Brille trägt, bleibt sie doch: Nana Mouskouri FOTO: DPA

Im vergangenen Jahr erwiesen die Franzosen „ihrer" Nana ganz besondere Ehre: Als die in Berlin stationierten Truppen am 14. Juli vor dem Reinickendorfer Rathaus ihren Nationalfeiertag mit Prunk und Aufmarsch zelebrierten, „schmetterte" Frau Mouskouri vor 300 mitsingenden Galliern deren Nationalhymne – im strengen Kostüm samt Truppenemblem auf der rechten Brust.

Nicht nur Franzosen und Berliner lagen ihr zu Füßen. Auch der Text, auf großen Bögen Papier.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Weit entfernt vom Beschauer

Hatten die beiden Drehbuchautoren der Serie **„Die Zeiten ändern sich"** (ZDF) wirklich – wie sie sagen – „Sympathien wecken wollen" für die rebellierenden Studenten jener Jahre, zu denen sie sich selbst gezählt hatten, so verwundert es nicht, daß sie von diesem filmischen Endprodukt erschüttert waren. Sie hatten wohl damit gerechnet, Regisseur Horst Flick werde ihre aus der eigenen Erinnerung rekonstruierten, weithin albernen Studentengespräche derart in den Farbentopf mitempfundener moralischer Ansprüche tauchen, daß dem Studenten von heute vieles erklärbar, ja erneut wünschbar wird. Flick tat es nicht, und so blieb – jedenfalls in dieser ersten Folge – die ganze Studentenbewegung in weiter Entfernung vom Beschauer, nur durchs elektronische Fernglas für kurze Zeit etwas näher herangeholt.

Das tat einer rückblickenden Selbstverklärung, wie sie den Autoren vorgeschwebt hatte, bestimmt nicht gut. Denn noch müßten sie sich hier wiedererkennen – müßten sie das wiedererkennen, was damals ihre Haltung ausgemacht hatte: Phantasie, Irrationalität, ungestillter Drang nach Idealen, Veränderungssucht, sittliche Rigorosität, gepaart mit elitärer Arroganz, die jedoch vor allem auf die tiefe Skepsis der Arbeiter stieß; dazu eine Menge Klamauk in konformistischer Geborgenheit. Daß diese revoltierenden jungen Bürger die praktischen Bedingungen der Politik weitgehend ignorierten, daß sie aber auf ein angstvoll und anbiedernd lächelndes Establishment stießen, das hätte eine gute Regie (wenn sie entgegen allen Voraus-Anprangerungen eine solche sein sollte) in den kommenden Folgen zu zeigen.

HERMANN A. GRIESSER

Schachmatt gesetzt

In dem von Jutta Ahlemann hergestellten 50-Minuten-Bericht über die gesellschaftlichen Hintergründe des Spielens (**„Aller Anfang ist Spiel"**, ZDF) offenbarte sie, daß sie eine Menge gelesen hat, um uns einen Blick in die Welt des Spiels, der Spieltheorien und der Spielphilosophien zu vermitteln. Wie in mäßigen Hausarbeiten wurden Zitate von Platon, Schiller, Schopenhauer, Huizinga, Fröbel bis zu Sartre und Freud aneinandergereiht, um, ruckzuck, vom Kinderspiel übers Schachspiel bis zum Skatklopfen zu gelangen.

Von den angekündigten „gesellschaftlichen Hintergründen des Spielens", wie sie der französische Soziologe Roger Caillois 1958 in seinem Buch „Die Spiele und die Menschen" zu analysieren wußte, war keine Rede. Rundum wedelte die Autorin mit erhobenem Zeigefinger, verglich das Spielen seelentief verkrampft mit dem Spiel des Lebens, spielte herum mit Wort-, Gedanken-, Sandkasten-, Zukunftsspielen, auch geheimen Wünschen, ohne zu verdeutlichen, daß sich womöglich das Spiel als eines der Fundamente der menschlichen Gesellschaft erkennen läßt: Die grundlegenden Kategorien des Spiels, nämlich Wettkampf, Zufall, Scheinhandlung und Taumel, entgingen ihr. Die Sendung setzte sich mit ihren Spielereien selbst schachmatt.

ALPHONS SILBERMANN





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die ARD
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Dingo
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.10 Tagesschau
16.15 Das Streitgespräch
Eine Zweier-Diskussion
17.00 Lebendige Wildnis
Dreiteiliger Dokumentarfilm
1. Hoch in Alaska
Ein amerikanische Biologe, Franz Camenzid, durchstreift zu Fuß den Norden Alaskas, um die noch weitgehend unberührte Natur zu erkunden. Er und sein Kamera-Team wollen beobachten, aufzeichnen, fotografieren, filmen.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Im Brennpunkt
Aufschwung ohne Schwung – Die Wirtschaft an der Wende
21.00 Bei Bio
Gespräche und Musik live
Die Gäste, die Alfred Biolek an *diesem Abend begrüßen* wird sind u. a. Israela Margalit, Konzertpianistin aus New York, und Herbert Grönemeyer, Schauspieler, Komponist und Sänger aus Köln
22.00 Es ist angerichtet
Zum letzten Mal: *Komische* Geschichten mit Eddi Arent.
In einer Autoreparaturwerkstatt wird eine Kundin von ihm schnell und „perfekt" bedient; als musikbesessener Laie wagt er sich an einen Fernkurs heran, und schließlich rückt er als Berufsfotograf einem Kunden kräftig auf die Pelle
23.00 Johannes Brahms: Violinkonzert D-Dur op. 77
Gidon Kremer und die Wiener Philharmoniker unter Leonard Bernstein
24.00 Tagesschau

08.57 Heute im Parlament
Debatte zur Regierungserklärung
Live aus dem Deutschen Bundestag
Bis 15.57 Uhr
16.00 heute
16.04 Wir Europäer
7. Unsere Minderheiten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Mumins
Die Insel mit dem Leuchtturm
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Siggi Schwab
17.50 Der Bürgermeister
Konkurrenz belebt
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Tiere unter heißer Sonne
Wenn die Löwen hungrig sind
19.00 heute
19.30 Zu meinem Glück gehört Musik
Eine Stunde mit Nana Mouskouri und Udo Jürgens, *Markus Pawlik* und dem Polizeichor Hannover
20.30 Locker vom Hocker
Kleine Geschichten mit Walter Giller
21.00 heute-journal
21.30 Die Zeiten ändern sich
2. Was wollt ihr eigentlich?
Winter '67
22.15 5 nach 10
Ärzte-Schwemme
Gibt es einen Ausweg aus der Krise?
Die Warnungen häufen sich: Uns bedroht eine Ärzte-Flut, eine Ärzte-Inflation, eine Ärzte-Schwemme! Wir bilden heute doppelt so viele Medizinstudenten aus, wie später voraussichtlich Ärzte benötigt werden. Wir produzieren mit einem enormen finanziellen Aufwand Arbeitslose von morgen.
Anschl. heute



„Es bleibt schwierig", ist zwar Walter Gillers Wahlspruch, aber zusammen mit Josef Meinertzhagen seviert er's komisch – „Locker vom Hocker", ZDF, 20.30 Uhr FOTO: URSULA ROHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Fluch des Dämonen
Engl. Spielfilm, 1957
21.35 Filmtip
21.45 Schauplatz: Auf dem Rhein-Herne-Kanal
22.15 Die Geschichte der Camorra in Neapel
23.00 Kein Pardon für die „Versuchskaninchen"?
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Sport für Unsportliche (4)
18.45 Follow me (23 und 24)
19.15 Was tun?!
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Wenn die Gondeln Trauer tragen
Engl.-ital. Spielfilm, 1973
22.00 Kultur aktuell
Brahms
22.45 Beat-Club
Franz K.
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sendung mit der Maus
18.30 Deutschlands Wilder Westen 1797
19.15 Zug um Zug – Schach für jedermann (4)
19.30 Ikonen in Deutschland (3)
20.00 Tagesschau
20.15 Filmstudio
22.00 Drei aktuell
22.15 Kulturkalender
22.45 Museen der Welt
22.30 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
20.40 Bilderbogen: „Deutschland? – Was ist Deutschland?"
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg
21.45 Moritheater
22.00 Zu Gast: Kleinkanada am Oberrhein
22.45 Streiflicht
Nur für Rheinland-Pfalz
21.45 Die Palatines
Nur für das Saarland
21.45 Eine Landschaft hat ein Leben

BAYERN
18.15 Aerobic-Dance
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
19.45 Damals Tagesgespräch
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend
Zu Gast: Werner Höfer
21.45 Europa nebenan
22.30 Dallas
23.15 Rundschau

STANDPUNKT / *Neckermann und die Gesetze des Marktes*

Josef Neckermann ist erbost. In einer Illustrierten, die gemeinhin fürs Bunte ist, sagt der Sporthilfe-Chef: „Die neue Gesellschaft des NOK ist so überflüssig wie ein Kropf." Gemeint ist die seit 1979 (!) bestehende Sportausrüstungs- und Lizenzverwertungsgesellschaft (SLG), die im Auftrag des Nationalen Olympischen Komitees (Präsident: Willi Daume) mit der japanischen Fuji Film Corporation einen NOK-Sponsor gefunden hat. Wer, bitte schön, soll nun das Geld für den deutschen Sport beschaffen? Neckermanns Sporthilfe oder die SLG, deren alleiniger Gesellschafter Jürgen Schroeder im Gutachter-Aussschuß der Sporthilfe sitzt?

Das müsse bei den Mäzenen der Sporthilfe im Vorfeld der Olympischen Spiele 1984 Irritationen hervorrufen. So sieht man es bei der Sporthilfe. Doch trägt Neckermann nicht selbst zu dieser Irritation bei, wenn er sagt: „Die Ringe sind schließlich schon seit 15 Jahren Bestandteil des Emblems der Sporthilfe"?

Die Benutzung des Signets der olympischen Ringe wurde vom NOK – das allein dafür zuständig ist – der Sporthilfe zur Eigendarstellung und nicht zur wirtschaftlichen Nutzung erlaubt. Einzelvereinbarungen ändern nichts am Kern der Tatsache, sie haben mitunter dem NOK eher geschadet. Beispiel: Die NOKs partizipieren am Verkauf des jeweiligen offiziellen olympischen Münzprogramms. Hierzulande freilich nicht – wie erhofft, weil es auch ein Sporthilfe-Münzprogramm gibt – mit Einverständnis des NOK und unter der Verwendung der olympischen Ringe.

Zurück zur Fuji Film Corporation: Zu 85 Prozent fließen die Erträge aus diesem Sponsoren-Vertrag an das NOK, das sich davon unterhält. Denn das NOK ist seit Jahren aus der Förderung des Bundes ausgeschieden und muß deshalb auf dem freien Markt mit den eigenen Pfunden wuchern. Deshalb auch seinerzeit die Gründung der SLG, dem das NOK-Präsidium (Mitglied: Josef Neckermann) zustimmte.

Im übrigen: Wenn olympische Lizenzen vergeben werden, muß der jeweilige Lizenznehmer, also das entsprechende Wirtschaftsunternehmen, einen Vertrag mit dem NOK abschließen. Das ist Usus. Oder: Der Deutsche Sportbund (DSB) läßt seine Aktion „Trimming 130" durch eine Agentur in Monte Carlo vermarkten.

Der Markt ist also ohnehin aufgeteilt. Und wenn die Sporthilfe jetzt eine Agentur gegründet hat, um Athleten bei deren Werbetätigkeit zu beraten, dann ließen sich darüber irgendwann vielleicht auch die Geschäfte des NOK oder sogar des DSB abwickeln – nach den Gesetzen des freien Marktes.

KLAUS BLUME



Beamteter Eisberg Köln

mar – Wieder einmal wurde die Spitze eines Eisberges gesichtet. Mitten in Köln. Zwei beamtete Architekten bilden sie. Der eine war als Sachbearbeiter im Bauaufsichtsamt tätig, der andere als Sachbearbeiter im Bauverwaltungsamt. Seit 1976 begnügten sie sich jedoch nicht mit diesen Beschäftigungen. Sie wurden auch nebenbei aktiv. Auf dem Gebiet, auf dem sie sich auskannten, natürlich. Der eine kümmerte sich noch um 15 Bauvorhaben mit einem Kostenvolumen von 3,2 Millionen Mark, der andere hatte sogar 20 Bauvorhaben im Wert von 3,6 Millionen Mark unter seine Fittiche genommen.

Dieser (lukrative) Eifer hatte nur einen Nachteil. Er war von den Vorgesetzten nicht als Nebentätigkeit genehmigt worden. Weil dieser Beamtenfleiß „einen erheblichen Mißbrauch des Nebentätigkeitsrechts" darstellt, wurden die beiden versetzt, in den Innendienst, damit sie „künftig nicht mehr im Außendienst tätig werden können" (und nebenbei die Bauleitung von Projekten übernehmen – während der Dienststunden, selbstredend).

Der Bund Deutscher Architekten (BDA) zeigte sich wegen dieser harten Haltung dankbar gegenüber der Stadt Köln. Er bemängelte jedoch zugleich, „daß juristisch angeblich keine Möglichkeiten bestehen, sich in einem solchen Fall von den Beschuldigten zu trennen".

Dahinter steht eine doppelte Sorge der freien Architekten. Einerseits hat der Rückgang der Bautätigkeit zu erheblichen Einkommenseinbußen geführt. Andererseits verzögern die komplizierten Genehmigungsverfahren die Bauausführung. Deshalb ist es zu verstehen, wenn ein Bauherr diese Zeit abzukürzen trachtet, indem er jemanden mit der Bauplanung und Bauleitung beauftragt, der den Beamtenapparat von innen kennt (und vielleicht sogar ein wenig beeinflussen kann). Diese Tatsachen lassen beim BDA den Verdacht aufkommen, daß die beiden fleißigen Kölner Sachbearbeiter nur die Spitze des Eisberges seien.

Und da klagen irgendwelche Leute immer wieder über den mangelnden Eifer der Beamten!

London: „Manon Lescaut" unter Götz Friedrich

Von königlichem Kaliber

Arme Manon!" seufzte mitleidsvoll die Luxus-Reklame im Souvenirälbum der Königlichen Gala in Londons Covent Garden. Aber sie fügte auch gleich schick auf französisch hinzu: „Glückliches Publikum!"

Es bekam in der Tat beglückend Puccinis „Manon Lescaut" zu hören, in Wahrheit aber nicht die Geschichte Manons, sondern die ihres Studentengeliebten. Den sang Placido Domingo: ein Sänger mit Herz und Verstand – von der Stimme erst mal zu schweigen.

London hatte sich Götz Friedrichs Hamburger Inszenierung komplett eingekauft: eine sehr vernünftige künstlerische Kollaboration über alle Grenzen hinweg. Zur Premiere war sogar die liebenswerte Königin Mutter angefunkelt, lächelnd, huldvoll, glitzernd unter dem Brillantdiadem. Sie wäre fraglos der Traum jeden Regisseurs, der die Rolle einer lieben alten Königin zu besetzen hätte. Freilich – nur schwerlich fände sich ein Regisseur vom Kaliber der königlichen alten Dame. Das Publikum erhob sich gern immer wieder für sie und applaudierte von Herzen: ein Star, allen Stars der Oper voran.

Dieses Publikum! Es ist immerhin dem Spendenaufruf des Prinzen von Wales, aus eigener Tasche zehn Millionen Pfund aufzubringen für den Ausbau von Covent Garden, auf bewunderungswürdige Weise gefolgt. 9,6 Millionen hat es inzwischen gestiftet. Das sollen ihm andere Länder erst einmal nachmachen.

Freilich – künstlerische Widerborstigkeit gibt es wohl auch, sogar in den eigenen Reihen. Das Orchester jedenfalls hieß Giuseppe Sinopoli bei seinem Covent-Garden-Debüt durchaus nicht herzlich willkommen. Er versuchte, „Manon Lescaut" in ein neues Fahrwasser zu dirigieren, das Orchester indessen versteifte sich auf die altgebaggerte Rinne. So sehr Sinopoli auch warnte am Pult, anfeuerte und beschwor, das Orchester mauerte. Es mißtraute – und nicht ganz zu Unrecht. Sinopoli erwies sich häufig beinahe als musikalischer Störenfried. Er fiel dem Orchester in die Zügel. Er ließ es nicht frei herausspielen.

Das weltberühmte Intermezzo klang auf, als sei die Fahrt nach Le Havre nie in Fahrt gekommen. Sinopoli zog die Bremsen einer Kunstabsicht an, die dem Orchester klarzumachen ihm offenbar nicht gegeben war. Schlimmer noch: Ähnlich mordete er später auch Kiri te Kanawas Szene und Arie im vierten Akt. Sinopoli, von Januar nächsten Jahres an Chef des Philharmonia Orchestra London, hat deutlich noch viel zu lernen.

Das freilich hat auch Dame Kiri, flugs geadelt, seit sie bei der Hochzeit des englischen Thronfolgers sang. Sie ist eine bildhübsche Frau. Sie verfügt über einen Sopran von schöner Leuchtkraft. Sie scheint für die Rolle Manons geboren. Doch weder musikalisch noch darstellerisch vermag sie ohne große Hilfen vom Dirigenten wie auch vom Regisseur die Rolle zu prägen. Die Hilfen blieben ihr aus.

Götz Friedrich erfindet der Kaserne zwar eine entzückende Szene: Manon, von den Geschenken ihrer Verehrer im zweiten Akt überhäuft, findet keine Zeit, die vielversprechenden Paketchen auch nur zu öffnen. Mißmutig legt sie den ihr gespendeten Reichtum zur Seite. Das aber ist beinahe charakteristisch für die ganze Aufführung: Der in ihr verborgene Reichtum wird nicht deutlich offengelegt. Man singt und spielt angelegentlich an ihm vorbei.

Nur einer macht da nicht mit – und das ist Domingo. Er singt die herausfordernde Rolle, in die Puccini all seinen jungen Ehrgeiz verschwelgte, auf die imponierendste Art. Aber mehr noch läßt er die Zuhörer mit diesem jungen Mann leiden, der bis über beide Ohren verzweiflungsvoll und bis in den Tod verliebt ist in diese Manon.

Die Aufführung steht und fällt mit Domingo. Er könnte mit Recht Manons Arie auf sich beziehen und selber singen: „Solo, perduto, abbandonato" – aber er tut es nicht. Er kämpft sich grandios durch die Aufführung und reißt sie mit jedem seiner Auftritte hoch zur Außerordentlichkeit.

KLAUS GEITEL

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Civis, Neue Folge

Ob der Knopf aufgeht?

Jeden, der die Geistesgeschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit kennt, muß die Nachricht elektrisieren, daß der RCDS seine einstige Zeitschrift „Civis" neu herausgibt. Die ersten Hefte erschienen 1953 und waren fast ausschließlich (unter Zuhilfenahme vieler Pseudonyme) von zwei unbekannten Studenten namens Rüdiger Altmann und Johannes Gross geschrieben.

Die beiden jungen Leute brachten einen neuen Ton in das getragene Bildungs- und Demutspathos der Kulturzeitschriften von damals. Sie waren gewiß keine „zornigen jungen Männer", sondern etwas in Deutschland viel Selteneres: eine geradezu moussierende Mischung aus Ironie, spleeniger Bildung und messerscharf zustechendem Zynismus. Eine Sternstunde des gehobenen Journalismus in Deutschland.

Wer's nicht glaubt, kann es in dem 1958 im Vorwerk-Verlag erschienenen (allerdings zur Rarität gewordenen) Band von Altmann und Gross, „Die neue Gesellschaft/ Bemerkungen zum Zeitbewußtsein", nachprüfen, mit dem die Karriere der rheinischen Dioskuren begann. Er enthält die schönsten Stücke aus „Civis" und damit die Leitpartitur aller künftigen Bonn-Kritik aus konservativer Sicht. Bald nach diesem Band setzte der stufenweise Abstieg von „Civis" zu einer Allerweltszeitschrift ein, die im Sommer 1969 dann, wenig beweint, einging.

Gleichwohl ist der Name „Civis" eine schwere Erbschaft für die jungen Leute von heute, die, um Chefredakteur Ludger Stein-Ruegenberg geschart, „Civis/Vierteljahresschrift für freie Bürger in einem freiheitlichen Staat" (Bonn 3, Siegburger Str. 49) herausgeben. Auch wenn sie in dem kurzen historischen Rückblick ausschließlich von den 60er Jahren sprechen, in denen der 35jährige Helmut Kohl Mitarbeiter wurde, werden sie nicht verhindern können, daß man sie an den glorreichen Gründungsjahren von „Civis" mißt.

Von den Gründervätern ist übrigens der eine, Rüdiger Altmann, im Heft 1 (März) der neuen Folge mit einem Aufsatz zum 100. Todestag von Karl Marx vertreten. Aber wir haben Brillanteres von ihm gelesen, auch aus den letzten Jahren. Oder färbt die Unbeholfenheit dieses ersten Heftes auf unser Aufnahmevermögen ab?

Es ist zwar schön, fast kostbar gedruckt, aber das Inhaltsverzeichnis wurde auf einem losen Blatt hektographiert beigelegt. Die fehlenden Kommas schmerzen in einem Heft dieses Namens wie auch die Falschschreibungen der zitierten Geistesgrößen (Lévy Strauss statt Lévi-Strauss oder, noch schöner, Kautzky statt Kautsky). Die 80 Seiten werden, mit Ausnahme der letzten drei, von Aufsätzen bis zu 13 Seiten Länge eingenommen, die man „für einen der kommenden Sonntage" zur Lektüre beiseitelegt: Hochschulpolitik, Deutschlandpolitik, Sparpolitik, der liebe Gott und die Naturwissenschaften, NATO-Doppelbeschluß – und das alles ein wenig in der Referentenprosa von Jungfunktionären.

Der etwas familiäre Klatsch über den Regierungsstil des jetzigen Bundeskanzlers (der ein Geleitwort zum Heft beigesteuert hat) soll wohl Unabhängigkeit demonstrieren. Man sollte in der Redaktion nachlesen, mit welcher Grandezza das Altmann/Gross gegenüber dem ersten Bundeskanzler getan haben. Vielleicht geht dann doch der Knopf auf. Vielleicht wird es die neue Folge gerade umgekehrt machen wie die alte: nach schwachem Anfang brillanter Aufstieg . . .

ANTON MADLER

War Hermann Hesse ein politischer Dichter? – Streitgespräch auf dem 14. Amherst Colloquium

Die Tragik einer unwahren Fassade

Wer glaubt, daß das Bild Hermann Hesses 20 Jahre nach seinem Tod feste Umrißlinien gewonnen habe, der irrt sich: Es büßte seine Deutlichkeit während des 14. „Amherst Colloquium on German Literature" gründlich ein. „Hermann Hesse und seine Zeit – politische und wirkungsgeschichtliche Aspekte"; so lautete das Thema des vom Goethe-Institut Boston in Verbindung mit der University of Massachusetts at Amherst dieser Tage veranstalteten Treffens amerikanischer und deutscher Hesse-Forscher.

Wieder einmal wurde sichtbar, daß die Germanisten in den USA die Auseinandersetzung mit dem meistgelesenen deutschen Schriftsteller übernommen haben, und nicht etwa ihre Kollegen in Deutschland. Und wieder scheint sich ein neues Hesse-Bild herauszuschälen. Die Abstriche und Ergänzungen, die das Stereotyp vom „Weisen von Montagnola" im Verlauf der ebenso literarisch wie politisch akzentuierten Diskussionen erfuhr, gefährden nicht etwa den Nachruhm dieser vielfarbig schillernden Schriftstellerpersönlichkeit, sie beleben ihn eher.



Mißtraute dem tagespolitischen Engagement: Hermann Hesse FOTO: HESSE, BERN

Hesse war stets ein Aufbegehrender, der gleichwohl versöhnungsbereit blieb, ein Eigensinniger, der dennoch seinen Eigensinn schrittweise zurücknahm. Dem Thema der Tagung entsprechend wurde diese Ambivalenz Hesses vor allem an seiner politischen Haltung sichtbar gemacht.

Den polemischen Höhepunkt erreicht das Amherster Suchmanöver durch Egon Schwarz (Washington). In seinem Beitrag „Hesse und der Nationalsozialismus" entwickelte er die werkgeschichtlich unterstützte These von Hesses „passioniertem Nicht-Engagement" und bekannte sich freimütig zur autobiographischen Verankerung seiner Literaturbetrachtung. Hesse habe sich nach dem Ersten Weltkrieg in einem Universalismus, dem nichts Menschliches fremd war, auf die Position eines unbeteiligten Zuschauers zurückgezogen und sich „während der Hitlerzeit in der Schweiz mäuschenstill verhalten, dazu jedoch eine Ideologie entworfen, die diese Haltung rechtfertigt. Erst nach dem Kriege meldete er sich wieder zu Wort".

Volker Michels, der sich als Hesse-Herausgeber dessen eigene Perspektive zu eigen machte, reagierte mit Unmut auf diese Interpretation der Fakten. Es enbehrte nicht der Komik, daß er seinen Vorredner im Eifer seiner Gegenbeweise mit „Professor Sharp" anredete. Er bescheinigte Hesse eine „nonkonfirmistische, zuweilen vieldeutig wirkende, aber immer pazifistische Haltung". Als Verfechter der Gewaltlosigkeit habe er politische Aktionen für sich abgelehnt. Alle Referenten bemühten sich, in kritischer oder in affirmativer Auslegung Konstanten in Hesses politischer Weltsicht herauszuarbeiten – ein fast vergeblicher Versuch, der dem sonst eher kämpferischen Hesse-Verleger Siegfried Unseld das zögernde Bekenntnis abrang, sich „angesichts all der Widersprüche auch nicht ganz wohl zu fühlen".

Paul Noack, Politologe und Leiter des Geschwister-Scholl-Institutes in München, erläuterte, warum der Dichter, der von einer Politisierung des Geistes nichts hielt, dennoch eine eminent politische Bedeutung gefunden habe. Hesse, der nach eigener Aussage nie eine Zeitung gelesen und der erklärt habe, ihm läge alles Politische nicht, sonst wäre er längst ein Revolutionär geworden, habe seinen Einfluß als Schriftsteller zu recht höher eingeschätzt als den eines politischen Publizisten. Dieser Ansicht wurde sofort entgegengehalten, Hesse habe die geistige Elite grundsätzlich aus dem Gezänk der Niederungen heraushalten wollen – ein Beispiel für die in seiner Zeit nicht untypische Bewußtseinslage deutscher Intellektueller.

Angesichts der unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten schien es nicht möglich, bis zum Kern von Hesses politischem Weltbild vorzudringen. Da hatten es die Teilnehmer leichter, die, wie Theodore Ziolkowski (Princeton University), ein Grundsatzreferat hielten. Textkritisch erläuterte er Hesses politische Allegorien. Unseld sprach über „Hermann Hesse's Influence: Ethics or Aesthetics?", ohne freilich das Dilemma lösen zu können. Joseph Mileck (University of California) gab eine stringente und – abgesehen von einigen ironischen Lichtern – wertfreie Zusammenstellung von Hesses Äußerungen zum Kommunismus. Besondere Aufmerksamkeit widmete er dabei der Hesse-Rezeption in der „DDR".

Alle Beiträge bewiesen, daß Hesse sich zwar als „Unpolitischer" ausgab, die Politik ihn aber dennoch nie losließ. Er vertrat die Überzeugung, daß eine aktive Parteinahme die „Individuation", die Ausbildung der eigenen Persönlichkeit, verhindere, weil sie den Menschen in eine Fremdbestimmung dränge und ihm Gruppensolidarität aufzwinge. Der Verzicht auf tagespolitisches Engagement habe für Hesse – nach Ansicht von Volker Michels – eine „aktivistische Selbstbeschränkung" bedeutet. Hesse wollte nicht werden, was er im Grunde schon längst war: ein durch und durch politischer Mensch. Das zeige sich unstrittig in seinen Rezensionen, Briefen und privaten Hilfeleistungen für Emigranten.

Die Verfasserin dieses Beitrages erklärte in ihrem Referat „Das literarische und das gelebte Ich Hermann Hesses in der Wirkungsgeschichte", daß Hesse sich nach eigenen Worten gegenüber der Öffentlichkeit „Maske" und „Rolle" verordnet und dadurch den offiziellen und den privaten Hesse streng unterschieden habe. Sein Freund und Biograph Hugo Ball bedauerte schon 1927 die „Tragik einer unwahren Fassade" und zielte damit auf die Diskrepanz eines in der Phantasie vollzogenen Lebens und der realen Existenz.

In der folgenden Diskussion wurde Hesses Selbstpräsentation lebhaft hinterfragt. Sein Werk müsse trotz vieler dokumentarischer Züge auch als Lebensersatz für ein Leben verstanden werden, das er eben nicht zu führen vermochte. Die Risse und Brüche in seiner Entwicklung und in seinem Werk müßten als Kontrast zwischen Anspruch und Erfüllung hingenommen werden. Und vielleicht wäre hieraus auch mancher Mangel an politischer Konsequenz zu erklären.

Wenn einige Teilnehmer feststellten, daß sich das „Zwielicht um Hesse" eher noch verstärkt hätte, so bezog sich dies auch und gerade auf Robert Conard (University of Dayton), der durch sprachanalytische Untersuchungen an Hesses „Demian" (1919) präfaschistoide Elemente (Elite, Führer, Gefolgschaft) entdeckt zu haben glaubte. Colloquien sind eben manchmal von politischer Brisanz.

Wieder andere Teilnehmer folgerten resignativ, Hesse sei ein Autor, der durch die Unentschiedenheit seines eigenen Wesens von den Germanisten in aller Zukunft so oder so gedeutet werden könne. Diejenigen aber, die dem Für und Wider um Hermann Hesse schließlich ein Ende setzen wollten, zogen die Bilanz: „Er hat sich wohl selbst getäuscht."

GISELA KLEINE

Ruhrfestspiele: „Wer zeigt sein wahres Gesicht?"

Maskenspiel des Ernsten

In einer seiner berühmten Szenen stellte Marcel Marceau einen Menschen dar, der ständig eine Maske nach der anderen aufsetzt. Er wechselt sie immer schneller, bis er zum Schluß feststellen muß, daß er dabei sein wahres Gesicht verloren hat. Diese Pantomime stand offenbar am Anfang der Gedankenkette, die zu der Kunstausstellung der Ruhrfestspiele in Recklinghausen führte. „Wer zeigt sein wahres Gesicht?" heißt sie. Ihr Ausgangspunkt ist die Überzeugung, daß die Menschen meist vortäuschen, andere zu sein, als sie wirklich sind, und daß sich hinter Masken Macht verbirgt.

Dementsprechend beginnt das Ganze mit einigen Großfotos, mit Nixon als Redner, einer Zuhörermasse, einigen Staatsporträts von Heuss und Churchill, dazu Soldaten mit Gasmasken, Sportler mit Gesichtsschutz. Nach diesem Impromptu sieht sich der Besucher jedoch erst einmal Kultmasken aus Afrika gegenüber, die mit Stilleben moderner Künstler (Nußbaum, Tappert, Burljuk, Tadeuzsz, Gilles) korrespondieren. Wenn dann neben dem Bild „Afrikanisches" von Schmidt-Rottluff eine Büffelmaske aus Kamerun hängt, die der auf dem Gemälde weitgehend entspricht, so löst das einen Aha-Effekt aus – aber mehr eigentlich auch nicht.

Im ersten Stock treten neben die afrikanischen Kultmasken Tanz- und Theatermasken aus asiatischen Ländern und deutschen Theatern. Dazu kommen dann Gemälde zum Thema Fastnacht und Karneval samt Fastnachtskostümen und Karnevalsfotos. Und in einem Nebenraum wird das Thema Totenmaske angerissen, mit Arnulf Rainers unvermeidlichen Übermalungen, den aus schwarzem Stoff genähten Großpuppen „Vier Witwen" von Eva Aeppli oder Paul von Hoeydoncks Ensemble „Reise auf dem Nil", die wohl Totenkulte imaginieren sollen, aber eigentlich nicht zum Masken-Thema gehören.

Im Obergeschoß unter dem Generalthema „Schutzmasken" wiederum Afrikanisches, daneben eine Ritter- und Samurairüstung, die lebensgroßen Biederbickschen Eishockeyspieler aus Polyester und ein Stück von Detlef Birgfelds „Profilierungskarussel", das mit allerhand Fundstücken die Stereotypen von Macht und Maske ins Bild setzen will. Den Abschluß bildet ein Raum mit Carl Buchers „Versteinerten", zehn grauen Figuren aus Steinguß mit verhüllten Gesichtern in natürlicher Größe, eine pessimistische Variante der Rodinschen „Bürger von Calais" sozusagen. Dazu dann noch ein paar mittelalterliche Nürnberger Schandmasken.

Vieles wurde hier also versammelt. Sehenswertes auch, wie die Gemälde von Nolde, Max Ernst, Campendonck, Hofer oder Lucebert, die Plastiken von Gernot Rumpf, Rainer Kriester, Hede Bühl oder die Erinnerungsstücke an die italienische Komödie. Nur leider verbindet sich das alles nicht zu einem Thema. Liegt es daran, daß der Rousseausche Topos „Die Maske fällt, es bleibt der Mensch" doch allzu künstlich ist? Steht hinter der These vom entfremdeten und darum maskierten Menschen nicht nur zu oft die Theorie, daß der Mensch sein Glück nicht kenne und darum dazu gezwungen werden muß? Und wie ist es mit dem Masken-„Spiel"? Das klingt hier kaum an. Hier regiert der Ernst. Jedoch ohne daß sich das Ganze zu einem geschlossenen Eindruck rundet. Das ist schade, bei diesem schönen Thema. (Bis 3. Juli; Katalog 17 Mark) PETER DITTMAR



Das Spielerische kommt zu kurz: Französischer Harlekino (18. Jhd.), aus der Ausstellung in Recklinghausen FOTO: KATALOG

Wiesbaden: Triumph mit der Aliberti aus Neapel

Die Callas der Zukunft

Wir sind ja zur Zeit ein bißchen verunsichert, wo wir die Oper ansiedeln sollen zwischen Sängerzirkus und rigorosem Musiktheater. Manchmal trägt zur Klärung der Blick zurück bei: Was war, was ist Oper in ihrem Mutterland Italien? Das Teatro San Carlo aus Neapel, eins der ehrwürdigsten italienischen „Enti lirici", gestattete diesen Einblick nun mit seinen Gastaufführungen zur Eröffnung der Internationalen Maifestspiele in Wiesbaden.

Die Neapolitaner gastierten mit Verdis „Macht des Schicksals" und Bellinis „Nachtwandlerin". Beide Aufführungen sind ganz unverdorben von Regie-Ehrgeiz. Sie grüßen herüber von Anno dunnemals. Die Kulissen mögen moderner geworden sein, sparsamer, abstrakter, aber ansonsten scheint sich seit Verdis Zeiten wenig geändert zu haben. In der „Macht des Schicksals" ist eine Kriegsszene eben eine Kriegsszene, sie könnte auch in der „Großherzogin von Gerolstein" vorkommen. Statisten traben im Gänsemarsch, mal als Soldaten, mal als Klosterbrüder gewandet. Die Sänger stellen sich in Positur. Geschauspielert wird nachdrücklich nicht in Antonio Mastromatteis Inszenierung. Man sieht es mit Befremden.

Am nächsten Abend, in Sandro Sequis Inszenierung der „Sonnambula", die unfreiwillig die Grenzen zur Lächerlichkeit überschreitet, nimmt man das befremdliche Ungeschick gar nicht zur Kenntnis. Denn: Auf der Bühne steht eine Sängerin, vor der man in die Knie sinkt. Sie heißt Lucia Aliberti. Die Italiener sind sich seit einiger Zeit sicher, daß sie die Primadonna assoluta für den Rest dieses Jahrhunderts sein wird. Wir teilen diese Zuversicht.

Die Augen zu, hört man: die Callas. Und zwar die der mittfünfziger Jahre, als sie noch voll bei Stimme war, mit Koloraturen spielte, Töne jenseits des hohen C leicht ansprachen. Nicht, daß die Stimme der Aliberti Ähnlichkeit mit der der Callas aufwiese: Es ist diese Stimme, als sei sie wiedergeboren. Das unnachahmliche Vibrato hat exakt denselben weiten Frequenzgang. Das Halten der Töne unter dem Gaumen, wovon das Timbre der Callas so geprägt wurde, ist mit derselben Meisterschaft kultiviert. Die durchschlagende Schärfe in den Höhen geht wieder durch Mark und Bein.

Das alles mag von der Aliberti kalkuliert sein, antrainiert in endlosen Übungsstunden. Wie auch die Stimme der Callas ein Produkt ehrgeiziger und rastloser Arbeit, ja, Selbstkasteiung gewesen ist. Sicher ist, daß die Aliberti nicht imitiert und morgen mit einer anderen Stimme singen könnte. Sie hat sich die unnachahmlich scheinende Stimme der Callas anverwandelt.

Sie treibt das weiter. Sie trägt die Haare wie die Callas. Sie betont im Make-up die starken Jochbeine. Sie hat die Nase (und den Silberblick) von Natur aus. Die Augen auf: Und man sieht auch die Callas. Sie kniet da verzweifelt, die Hände im Schoß ringend. Sie stellt die Füße in der Ballerinenmanier, die sich die Callas für die Sonnambula einst aus alten Ballettstichen abgeschaut hatte. Die Illusion ist frappierend.

Welch ein Gesang! In dieser wohl höchst vollendeten Belcanto-Oper, in der alles Gefühl zu Melodie und Gesang sublimiert ist, singt die Aliberti mit Tränen in der Stimme. Tiefer Leidenszug schwingt mit in der Musik. Das Faszinosum Oper wird auf den Punkt gebracht: der singende Mensch. Der Dualismus von gesteigerter Emotion und zugleich vollendeter Kunstfertigkeit, von Spontaneität und Kontrolle auch, diese Widersprüche heben sich auf. Sie brennen herunter, Betroffenheit hinterlassend. Alle Fragen nach dem Wie der Oper sind beantwortet: Letztlich zählt nur der Sänger.

In Aldo Bertolo hat die Aliberti einen erstrangigen Tenorpartner als Elvino. Mit schlanker, wohlkontrollierter Stimme zeichnet er die weichen Linien Bellinis nach, schraubt sich hinauf in beachtliche Höhenflüge. Seine Singkultur weist die heutigen Startenöre auf die Plätze. Silvano Pagliuca als Graf Rodolfo, Elisabetta Tandura als Rivalin Lisa und Anna di Stasio als Ziehmutter Teresa komplettieren dieses hochkarätige Bellini-Ensemble. Selbst das Orchester, das tags zuvor bei Verdi eher wie eine Piccola Banda geklungen hatte, schmiegt sich unter Eduardo Mullers Leitung sanft dem Belcanto auf der Bühne an.

Die starken, großen Stimmen, wie sie Ghena Dimitrova und Giorgio Merighi tags zuvor bei Verdi ins Feld geführt hatten, mögen imponieren. Vollendete Oper schaffen sie nicht. Das tat die Aliberti: Geburt der Tragödie aus dem Gesang!

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Erstmals wird Picasso in China gezeigt

SAD, Peking

In der chinesischen Hauptstadt Peking wird Anfang Mai zum ersten Mal eine Ausstellung mit Werken von Picasso eröffnet. Der französische Kulturminister Jack Lang wird die fünfzehn Gemälde und dreizehn Gravuren persönlich vorstellen. Es handelt sich um französische Leihgaben, die später für das zukünftige Pariser Picasso-Museum bestimmt sind. Die Ausstellung in Peking wurde anläßlich des Staatsbesuchs organisiert, zu dem der französische Präsident Mitterrand Anfang Mai nach China kommt.

Georg-Büchner-Preis an Wolfdietrich Schnurre

DW. Darmstadt

Der mit 20 000 Mark dotierte Georg-Büchner-Preis der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt geht dieses Jahr an den Schriftsteller Wolfdietrich Schnurre. Schnurre, 1920 in Frankfurt geboren, Mitbegründer der Gruppe 47, hat sich als Erzähler von zeitkritischen Kurzgeschichten und Texten von skurrilem Humor einen Namen gemacht. Eines seiner bekanntesten Bücher ist „Der Schattenfotograf" (1978). Den Johann-Heinrich-Merck-Preis für literarische Kritik erhält der Göttinger Germanist Albrecht Schöne, und mit dem Sigmund-Freud-Preis für wissenschaftliche Prosa wird der Kölner Politologe Peter Graf Kielmansegg ausgezeichnet.

Gute Chancen für Leininger in Stockholm

gtm. Stockholm

Vermutlich am Donnerstag nächster Woche wird die schwedische Regierung in ihrer wöchentlichen Kabinettsitzung entscheiden, wer neuer Chef des Stockholmer Opernhauses wird. Geht es alleine nach dem Willen des Personals, wird die Wahl für Kultusminister Bengt Göransson einfach sein; denn es sprach sich mit deutlicher Mehrheit für den derzeitigen Leiter des Gelsenkirchener Opernhauses, Claus Leininger, aus. Mit Leininger als einzigem Ausländer sind allerdings noch drei weitere Kandidaten in die engere Wahl gekommen.

Neue Galerie beginnt mit dem „Simplicissimus"

DW. Osnabrück

Mit der Ausstellung „Grafik aus dem Simplicissimus 1910" wurde in Osnabrück die neue „Galerie am Bocksturm" eröffnet. Sie will sich neben Malerei und Grafik auch der Objektkunst und der Fotografie widmen. In der ersten Ausstellung sind Beispiele von Olaf Gulbransson, Th. Th. Heine, Eduard Thöny und anderen zu sehen.

Kurt Böhme 75

Richard Strauss nannte ihn seinen besten Ochs auf Lerchenau. Das verpflichtete. Die Dresdner Staatsoper machte Kurt Böhme daraufhin zum „Ochs auf Lebenszeit", ein Passepartout, das er dann doch nicht ausnutzte. Ohnehin sang der vitale, humorige Sachse mit seinem schwarzen Baß lieber Daland, Gurnemanz und Pogner, die ernsten Wagnerreken, als die wanstigen Buffofiguren der Oper. Den bleibenden, fortdauernden Ruhm aber haben eben doch die tragikomischen Rollen gebracht, in denen Böhme beides, die Stimmklasse und das Spieltalent, ausreizen konnte – nach Dresden vor allem in München, aber auch in Wien, in Bayreuth, in Salzburg, eben überall da, wo man nur das Beste goutierte. Heute feiert der Kammersänger seinen 75. Geburtstag. ebi



Ein Sachse mit Stimmklasse und Spieltalent: Kurt Böhme FOTO: KÖVESDI

Briefe von und an G. Scholem gesucht

DW. Jerusalem

Das Leo-Baeck-Institut Jerusalem plant die Herausgabe der Briefe von Gershom (Gerhard) Scholem. Scholem, 1897 in Berlin geboren, wanderte in den 20er Jahren nach Jerusalem aus, wo er als Erforscher der jüdischen Mystik Weltruhm erlangte. In Deutschland ist Gershom Scholem weiteren Kreisen durch seine Freundschaft mit Walter Benjamin bekannt geworden, dessen Briefe und Gesammelte Schriften (zusammen mit Theodor Adorno) von ihm herausgegeben wurden. Das Leo-Baeck-Institut versucht, mit bislang unbekannten Briefpartnern Scholems in der Bundesrepublik Deutschland in Kontakt zu kommen, und bittet alle Besitzer von Scholem-Briefen, mit dem Institut (P. O. B. 8298, Jerusalem) Verbindung aufzunehmen.

Einem „Pappkameraden" verdanken Störche die Rettung vor dem Stromtod

Stromversorgungsunternehmen macht sich verdient um die Erhaltung Adebars

BERND LAMPE, Rendsburg

Schleswig-holsteinische Vogelfreunde melden einen Erfolg im Kampf gegen den schlimmsten Feind der Störche: den Stromtod. Wurden 1978 im nördlichsten deutschen *Bundesland noch 53 Störche*, vor allem Jungtiere, verendet unter den Überlandleitungen gefunden, so waren es im Vorjahr „nur" noch 13.

Einem ausgestopften Storch im Rendsburger Hochspannungslabor des schleswig-holsteinischen Stromversorgungsunternehmens „Schlesbag" verdanken es die noch lebenden Artgenossen, daß die Berührung bestimmter Stellen der Stromleitungen nicht mehr zur tödlichen Gefahr werden muß. Mit Hilfe des toten Vogels hatten die Ingenieure eine Storchenschutzhaube ausgetüftelt, die verhindert, daß Großvögel mit ihren Flügeln die für sie tödlichen Stützisolatoren berühren.

Die großen Spiegelkugeln, die man früher zum Schutz der Tiere auf den Masten installiert hatte, zeigten so gut wie keinen Erfolg. Nach der neuen Methode wird dagegen die Gefahrenstelle durch „storchenfreundliche Trittbretter" überdeckt. Und die Ingenieure der „Schlesbag" hoffen sogar, die Todesrate noch weiter senken zu können. Die im vergangenen Jahr über der Erde verlegten Kabel haben einen dickeren Durchmesser. Damit, so glauben Tierfreunde, können unerfahrene Jungstörche, die sich bei der Landung oft im Kabelgestrüpp verheddern, die Leitungen besser sehen und meiden.

Kein Unternehmen der Stromversorgung hat im Storchenschutz so viele Erfahrungen sammeln können wie die „Schlesbag". Schleswig-Holstein ist immer noch das Eldorado für Störche. Zwischen Nord- und Ostsee wurde 1982 mit rund 400 Paaren ein gutes Viertel des gesamten Bestandes der Bundesrepublik gezählt.

Allein im Storchendorf Bergenhusen in der Landschaft Stapelholm zwischen Rendsburg und Schleswig brüten jährlich an die 20 Paare, die bis zu 80 Jungstörche aufziehen. Dieses Dörfchen ist von Dach bis Keller auf seine langschnäbeligen Gäste eingestellt. Sämtliche Stromkabel wurden unter die Erde verlegt, Nahrungsteiche wurden ausgehoben. „Hier hätten noch mehr Störche Lebensraum", meint denn auch Tierarzt Wulf Hansen.

Doch trotz solcher Storchenhochburgen wie Bergenhusen schrumpft der Bestand weiter. Experten befürchten, daß es in diesem Jahr allein in dem Gebiet nördlich der Elbe rund 50 Storchenpaare weniger geben wird. Ihr Lebensraum schwindet zusehends. Feuchtgebiete werden trockengelegt, und zu lange haben Pflanzenschutz- und Insektenvernichtungsmittel unter den Tieren gehaust, als daß ein teilweises Verbot der Mittel noch sehr viel retten könnte.

Doch die größte Gefahr droht dem „Hoier Boier", wie der Storch in Stapelholm genannt wird, auf seinem Flug nach Süden, in die Winterquartiere Afrikas. In Südeuropa werden die Tiere immer noch massenweise abgeschossen. „Wenn dann noch Dürreperioden dazu kommen, denen Tausende von Störchen zum Opfer fallen, wird die Lage mehr als kritisch", sorgt sich Tierarzt Hansen.



Ideen und Einsatz zeigen erste Erfolge, aber der Storchenbestand schrumpft immer noch: schlechte Zeiten für Adebar. FOTO: DPA

Reicht die lange Hand der Mafia bis Erlangen?

AP, Erlangen

Möglicherweise kann das Symbol der Eule zur Aufklärung des mysteriösen Doppelmordes an der Autobahn Frankfurt–Nürnberg in der Nähe von Erlangen beitragen, wo am vergangenen Sonntag die Leichen eines ermordeten Paares verbrannt wurden. Sowohl der etwa 30jährige Mann wie auch die ungefähr 25jährige Frau trugen Halsketchen mit Eulenanhänger. Die Erlanger Polizei erhielt Hinweise, daß die Eule ein Erkennungszeichen in bestimmten Kreisen der italienischen Unterwelt sei. Der Polizeisprecher sagte jedoch einschränkend, eine Verbindung etwa zur Mafia in Sizilien könne bisher nicht nachgewiesen werden. Möglicherweise habe das Paar die Eulen auch aus ganz anderen Gründen gekauft.

Bisher, so der Sprecher, sei eine Identifizierung des Paares nicht gelungen, das nach Gravuren im Schmuck und Etiketten in der halb verkohlten Kleidung wahrscheinlich aus Italien stammt. „Aber noch nicht einmal das ist sicher." Die Ermittlungen ergaben, daß die beiden wahrscheinlich in einem Fahrzeug erschlagen wurden und die Leichen danach an einem Rastplatz ausgeladen und angezündet wurden.

TV-Bosse süßen die Sommerspiele mit Herz

Mit Olympia total waren US-Zuschauer nicht zu beglücken

FRITZ WIRTH, London

Olympia, das Fest der Muskeln, der schönen Phrasen und der für die Fernsehanstalten nahezu unbegrenzten Einschaltquoten, hat in den letzten Tagen in den Chefetagen der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC ein peinliches Duell verloren. Die Herren, die schon vor Jahren rekordselig die Fernsehrechte der Sommerspiele 1984 in Los Angeles zum Preis von 225 Millionen Dollar eingekauft haben, sind mit dieser teuren Errungenschaft plötzlich gar nicht mehr so glücklich.

Sie hatten ursprünglich die Absicht, mit Hilfe dieser Rechte die bisher größte elektronische Massen-Fütterung in der Geschichte der Olympischen Spiele zu veranstalten. Sie sollte am Morgen um zehn beginnen und bis zum Abend nur durch Werbung und Nachrichten unterbrochen werden. Geplant war die totale Fernseh-Olympiade, insgesamt 207 Stunden in 16 Tagen.

Diese Dauerbesichtigung von Athleten-Muskeln hat in den Programm- und Verkaufsabteilungen des Fernsehsenders inzwischen jedoch Alpträume geweckt. Denn ABC ist nicht nur die führende Sport-Fernsehanstalt, sie ist auch der größte Tränendrüsen-Masseur im Lande. Auf diesem Kanal sind seit Jahren die schönsten und feuchtesten „Soap-Operas" zu besichtigen, Serien wie „General Hospital", „One Life to Live", „Edge of Night" und „All My Children". Hauptsendezeit dieser Bett- und Rührgeschichten ist der Nachmittag von zwölf bis halb fünf, und die treuesten und unentbehrlichsten Stammkunden sind die Hausfrauen zwischen New York und Los Angeles.

Den ABC-Leuten jedenfalls wurde plötzlich gewahr: kann man diesen Hausfrauen statt komplizierter Seelen-Verknotungen nun zur Nachmittagszeit mit verknoteten Ringerbeinen ins Haus kommen? Vermag ein Auerbach-Salto vom Drei-Meter-Brett bei diesen Hausfrauen die gleichen Emotionen freizulegen wie ein einfacher Seitensprung in einer der hochtelegenen Courths-Mahler-Geschichten?

Das Ergebnis dieses Duells zwischen olympischer Askese und der herzerwärmenden Kür lebensfeuchter Seelendramen fiel für den Sport deprimierend aus. Die ABC beschloß, ihr Olympiaprogramm um 20 Stunden zu kürzen und die Zeit von 2 bis 4 am Nachmittag fürs Hausfrauen-Gemüt zu reservieren.

Diese Sendeblocks, die ABC unter dem Stichwort „Liebe am Nachmittag" verkauft, haben nämlich fürs Auge den von amerikanischen Fernsehproduzenten so geschätzten Kaugummi-Effekt. Wer die Ware einmal zu kauen begonnen hat, mag oft für Jahre nicht mehr davon lassen. Eine zweiwöchige Olympia-Unterbrechung hätte nicht nur für Millionen amerikanischer Hausfrauen den gewohnten „way of Life" derangiert, er hätte sie an die Tränen-Quellen der Konkurrenz geschickt und es hätte möglicherweise Jahre gedauert, diese Stamm-Kundschaft wieder zurückzugewinnen.

Diese Nische für die Rührseligkeit im Olympiaprogramm hat, nur wenige Tage, nachdem sie eingerichtet worden war, für die ABC bereits überaus wohltuende Wirkung gezeigt, während sie ihre Werbezeit, die bei ABC je nach Tageszeit zwischen 35 000 und 250 000 Dollar für einen 30-Sekunden-Werbespot kostet, bis dahin nur zu 82 Prozent verkauft hatte, ist man – seit das Olympiaprogramm um „Dallas-ähnliche Dramen" angereichert wurde, inzwischen zu über 90 Prozent ausgebucht. Und das bedeutet: Der einst so irrsinnig erscheinende Einkaufspreis des Olympiaprogramms von 225 Millionen Dollar ist gar nicht mehr so absurd, wie er zunächst aussah. ABC ist nunmehr absolut sicher, mit Profit aus diesem Olympia-Abenteuer hervorzugehen.

Die bedrückende Frage bleibt nur: sollte dies die Traumformel für künftige Einschalt-Olympiaden sein: Weltrekord plus Schmuserei, Pferdsprung plus Seitensprung? Wie auch immer: Amerika hat im *nächsten Jahr seine Sommerspiele* mit Herz.

Laborversuch weckt Zweifel an der Supernova-These

dpa, Hamburg

Mit einem simplen Laborversuch haben zwei amerikanische Wissenschaftler die Vorstellung ins Wanken gebracht, daß die Explosion eines sterbenden Sterns (Supernova) den Anstoß zur Entstehung unseres Sonnensystems gegeben haben könnte. Mark H. Thiemens und John E. Heidenreich von der Universität in San Diego (US-Bundesstaat Kalifornien) produzierten im Experiment eine Kombination von Sauerstoff-Isotopen, von denen man bisher angenommen hatte, daß sie nur in Meteoriten und außerhalb des Sonnensystems vorkämen.

Die im Versuch erzeugten einzelnen Sauerstoff-Isotopen entsprachen genau dem Mengenverhältnis, das Wissenschaftler der Universität Chicago vor zehn Jahren in bestimmten Meteoriten entdeckt hatten. Damals ging man davon aus, solche Zusammensetzungen könnten nur durch die Annahme erklärt werden, daß die fraglichen Atome durch eine Supernova-Explosion zertrümmert worden seien. Solche Explosionen beenden abrupt das Leben von massereichen Sternen als Folge einschneidender Störungen ihres inneren Energie-Gleichgewichts. Dabei strahlt eine sterbende Sonne wenige Tage lang millionenfach heller und sprengt einen Teil ihrer Oberfläche ab.

Das Experiment der Forscher an der kalifornischen Universität von San Diego hat nun allerdings gezeigt, daß einfache elektrische und chemische Abläufe die gleichen Ergebnisse bringen. Das vermeintlich atypische Verhältnis der Sauerstoff-Isotopen könnte also auch im Sonnensystem „hausgemacht" sein und damit als Zeugnis einer Supernova-Entwicklung entfallen.

Die Entdeckung von Thiemens und Heidenreich fand zwar weitgehend Anerkennung als bedeutender Beitrag zur Astrophysik. Doch wollten sich nur wenige Forscher bisher mit der Ansicht identifizieren, die Entdeckung räume mit der Vorstellung auf, daß die Stoßwelle einer Supernova-Explosion zur Bildung unseres Sonnensystems aus einer Urwolke von Staub und Gas beigetragen habe. Auch in deutschen Fachkreisen wurde darauf hingewiesen, daß es noch eine ganze Reihe von anderen Hinweisen gebe, die eine Supernova als Erklärung für die Vorgänge im präsolaren Nebel nahelegten.

Das Experiment der beiden Wissenschaftler aus San Diego gehört in die Reihe der vor über zwei Jahrhunderten begonnenen Anstrengungen der Menschen, die Entstehung unseres Sonnensystems aus *einer riesigen Urwolke aus* Staub und Gas zu deuten.

Zum Panzer-Manöver am Rhein luden die Generäle auch Mütter ein

Angehörige informierten sich über das Leben der französischen Soldaten in Deutschland

A. GRAF KAGENECK, Paris

Französische Soldaten in der Bundesrepublik fühlen sich nicht weniger vereinsamt und von der Umwelt abgeschlossen als ihre amerikanischen und britischen Kameraden auf deutschem Boden. Sie bleiben unter sich, gehen – wenn überhaupt – in Rudeln aus, suchen stets dieselben Cafés auf und haben Kontakt nur mit einigen ganz bestimmten, auf einen kleinen Kreis beschränkten Personen weiblichen Geschlechts. Ihr einziges Interesse: die monatliche Freifahrt der Bahn in das heimatliche „Sechseck". Hier, wie überall sonst, wo Deutsche und Franzosen zusammenkommen, ist die Sprache die größte Barriere.

Zu diesem Eindruck kamen 43 französische Mütter, die zum ersten Mal als Gäste der französischen Armee zu einem zweitägigen Besuch bei ihren Söhnen in der Bundesrepublik Deutschland eingeladen waren. Sie kamen aus dem Raum Lyon und waren von Bürgermeistern, Stadträten und Abgeordneten der Regionalparlamente begleitet. Im badischen Hartheim sahen sie die Durchquerung des Rheins mit schweren Panzern des 12. Kürassierregimentes in Müllheim, wobei so mancher „Maman" das Herz im Halse schlug, als sie ihren „Petit" in den Fluten des Stroms verschwinden sah. Weiter ging es nach Freiburg zum 3. Stabs- und Versorgungsregiment der 3. Panzerdivision und schließlich nach Offenburg zum 42. Infanterieregiment.

Überall standen den Besuchern die Offiziere, unter ihnen der Kommandeur der 3. Panzerdivision, General François Magne, aber auch *Vertreter des Stadtrats von Offen*burg und des deutsch-französischen Kreises der Stadt auf ihre Fragen Rede und Antwort. Wieviel Geld bekommt der Soldat? Wo gibt er es aus? Wie sind die Kontakte mit den Deutschen? Wie sind die Unterkünfte? Wie oft können sie raus aus den Kasernen?

Doch die Eindrücke waren nicht durchweg negativ. Die Soldaten fühlen sich im großen und ganzen wohl in Deutschland. Es gibt keine Zwischenfälle. Sie sind stolz, bei den „FFA" (Forces Françaises en Allemagne) dienen zu können, die als Elitetruppen gelten. Zugegebenermaßen tun sie wenig, um die Sprache des Gastlandes zu erlernen *(Oberst Girard vom Lyoner 5.* Militärbezirk: „Die Franzosen haben kein Talent für Fremdsprachen"). Einige haben, besonders in Offenburg, auch Kontakte zu deutschen Familien, man schließt Freundschaften, woraus zuweilen auch mehr wird.

Sorge macht der französischen Armee allerdings seit einiger Zeit *auch das* Drogenproblem. Der Haschisch-Konsum in den französischen Garnisonen auf deutschem Boden hat im letzten Jahr um 42 Prozent zugenommen. Die französische Militärpolizei durchsucht neuerdings an der Grenze das Gepäck von Urlaubsheimkehrern mit Spürhunden. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß sich die Soldaten nicht auf dem deutschen Markt versorgen.

Das Ende eines glänzenden Geschäfts

C. GUTACKER, Fort Lauderdale

Um runde zehn Millionen Dollar (24 Millionen Mark) sollen zwei saubere Brüder aus Fort Lauderdale (US-Bundesstaat Florida) ihre Kunden geprellt haben. Zu dem Geschäftsgebaren paßte auch der letzte Akt der Geschichte: Dem eingesetzten Konkursverwalter eröffneten die Gebrüder Alderdice, der Schaden könne leicht mit Goldbarren wiedergutgemacht werden, die im Tresor des Unternehmens lagerten. *Der Konkurs*verwalter war nur mäßig überrascht, als er einen trügerischen Berg von Barren fand – Holz feinsäuberlich mit einer goldenen Lackschicht überzogen.

In den vergangenen drei Jahren hatten die Brüder William (39) und James Alderdice (26) aus einem kleinen Juwelierladen ein riesiges Goldhandelsunternehmen mit bis zu 1000 Mitarbeitern sowie Zweigstellen in Dallas und Los Angeles gemacht. Hauptgeschäftsführer William nannte die „International Gold Bullion Exchange" (IGBE) sogar den „größten Gold- und Silberhändler der USA": Man kaufte Fernsehspots und schaltete Anzeigen in allen großen Zeitungen.

Als sich dann die Klagen aus dem ganzen Land häuften – von *Kunden, die niemals ihre Goldlie*ferungen erhalten hatten –, nahm zunächst die Polizei, schließlich auch das FBI die Ermittlung auf. Die endeten in der vergangenen Woche mit dem Konkursverfahren.

Noch fehlt der genaue Überblick, aber einer der Fahnder schätzt, daß ungefähr 25 000 Kunden um die zehn Millionen Dollar betrogen wurden. Die Chancen, daß sie ihr Geld wiedersehen, hält er für „sehr gering". Der größte Teil des Geldes kam von Investoren, die der Verlust hart trifft. So hatte sich etwa *eine Kirchengemeinde aus Con*necticut gute Rendite für ihre fast 300 000 Dollar versprochen, die die Kirchenmitglieder für die Erneuerung ihres Gotteshauses gespendet hatten.

Die Geschäftspolitik von IGBE verdient eigentlich diesen Namen nicht. Man versprach den Kunden mehr Gold fürs Geld als andere Anbieter. Einzige Bedingung: Bis zur Lieferung mußten Investoren 12 bis 15 Wochen auf das glänzende Geschäft warten. Diese Zeit nutzen die Brüder, um mit dem ihnen anvertrauten Geld zu arbeiten. In der verstrichenen Zeit war auch der Preis für Edelmetalle wieder gesunken und die Alderdices kauften und lieferten.

Das ging gut in der Zeit der großen Gold-Baisse von 1980 bis Mitte *82. Als dann die Goldpreise zu stei*gen begannen, mußten die Brüder oft mehr für die Barren bezahlen, als ihre Kunden ihnen gegeben hatten. „Das war der Moment", so Konkursverwalter William Leonard, „wo das Kartenhaus zusammenbrechen mußte."

Als die Polizei zu ermitteln begann, wurde schnell klar, welche Sorte von Geschäftsleuten hier am Werke war. Die Brüder haben ein langes Vorstrafenregister. Zwischen den Versuchen mit einem Perückenladen, einem Spielsalon *und einer Werbeagentur ihr Glück* zu machen, waren sie wegen Tätlichkeiten, Landstreicherei und Scheckbetrugs verurteilt worden. Noch ist nicht ganz klar, wo das veruntreute Geld geblieben ist. Das meiste aber muß für ein Leben in Saus und Braus draufgegangen sein. Einer der ermittelnden Beamten: „Die fanden nichts dabei, für 10 000 Dollar einen Privatjet zu mieten und an die Westküste zu fliegen ..."

William Alderdice versprach in der letzten Woche „alles in meiner Macht stehende zu tun, um unseren Kunden zu ihrem Gold zu verhelfen". Wie Konkursverwalter Leonard schnell feststellte, hatte der IGBB-Chef nicht einmal eine Ahnung vom Ausmaß des wahren Schadens. Und dann erzählte der *„Geschäftsmann" die Geschichte* mit den Goldbarren ...

Tödliche Lehre?

dpa, New York

Die Lehre eines amerikanischen Sektenführers soll angeblich mindestens 52 Menschen das Leben gekostet haben. Die (im US-Bundesstaat Indiana erscheinende) Zeitung „News-Sentinel" berichtete, die Menschen, darunter mehrere Kinder, seien gestorben, weil sie dem 63jährigen Hobart Freeman folgten, der predigte, Menschen mit Glauben brauchten keine Ärzte.

Neues Ölschiff

dpa, Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat ein neues Schiff zur Bekämpfung von Ölunfällen in Auftrag gegeben. Dazu wird der Großraumsaugbagger „Nordsee" umgebaut und mit Auffangarmen ausgerüstet, mit denen zwischen 600 und 1000 Kubikmeter Öl je Stunde vom Wasser aufgesogen werden können.

Königliche Bescheidenheit

SAD, Brüssel

Belgiens König Baudouin, sein Vater Ex-König Leopold III. und sein Bruder Prinz Albert haben sich entschlossen, einen Beitrag zur Entlastung der Staatskasse zu leisten. Sie teilten dem Finanzminister mit, daß sie auf die Hälfte der automatischen Anpassung ihrer persönlichen Bezüge an die Steigerung der Lebenshaltungskosten verzichten.

Zwei Frauen – ein Paar

SAD, Nantes

Die französischen Behörden haben jetzt zwei lesbische Frauen ganz offiziell als „Paar" anerkannt. Die beiden Frauen müssen an die Sozialfürsorge sogar Geld zurückzahlen, weil eine der beiden bisher als „alleinstehende Mutter" eine Unterstützung erhielt. Das Wort „alleinstehend" aber ist nicht mehr korrekt, meinen die Beamten.

Nachbeben in Coalinga

AP, San Francisco

Die kalifornische Ortschaft Coalinga, die bei einem Erdbeben zu großen Teilen zerstört worden war, ist gestern von einem Nachbeben erschüttert worden. Verletzte gab es dabei offenbar nicht, weil die Bevölkerung die Nacht unter freiem Himmel verbrachte. Bei den Erdstößen vom Montag, die rund 300 Häuser zerstörten oder beschädigten, waren 60 Menschen verletzt worden.

ZU GUTER LETZT

„Hollands Wirtschaftsentwicklung hängt von der Konjunktur ab." Überschrift einer Meldung der französischen Presseagentur AFP

WETTER: Freundlich

Wetterlage: In der von Südwesten her zufließenden Biskayaluft verstärkt sich der Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Donnerstag:

Ganz Deutschland: Im Südosten anfangs stark bewölkt, aber kaum noch Regen. Sonst wolkig, örtlich auch aufgeheitert und trocken. Temperaturen nachmittags zwischen 13 Grad im Norden und 18 Grad im Süden. Nächtliche Tiefstwerte 7 bis 11 Grad. Schwacher Wind, vorherrschend aus Süd bis Südwest.



Weitere Aussichten:

Meist sonnig und warm, um 20 Grad.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	8°	Kairo	26°
Bonn	12°	Kopenh.	6°
Dresden	14°	Las Palmas	18°
Essen	10°	London	12°
Frankfurt	10°	Madrid	16°
Hamburg	9°	Mailand	19°
List/Sylt	10°	Mallorca	22°
München	12°	Moskau	9°
Stuttgart	9°	Nizza	17°
Algier	20°	Oslo	12°
Amsterdam	10°	Paris	14°
Athen	21°	Prag	12°
Barcelona	20°	Rom	20°
Brüssel	12°	Stockholm	9°
Budapest	18°	Tel Aviv	24°
Bukarest	22°	Tunis	20°
Helsinki	11°	Wien	15°
Istanbul	19°	Zürich	9°

* **Sonnenaufgang am Freitag:** 5.46 Uhr, Untergang: 20.52 Uhr, **Mondaufgang:** 3.56 Uhr, Untergang 13.17 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Saubermänner" melden erste Erfolge

New Yorks Stadtverwaltung will dem Times Square etwas vom alten Glanz wiedergeben

HANS J. STÜCK, New York

*Macht die New Yorker Stadtver*waltung weiter wie bisher, könnte die Sieben-Millionen-Metropole bald in neuem, ungewohntem Glanz erstrahlen. „Saubermänner" sind an mehreren Fronten im Einsatz und melden erste Erfolge.

Wie das zuständige Amt für die Sanierung des heruntergekommenen Midtown-Distrikts, zu dem auch die Gegend um den Times Square gehört, jetzt mitteilte, hat die Zahl der einschlägigen Geschäfte, Peep-Shows und Massage-Salons einen erstaunlichen Tiefstand von 74 erreicht, nachdem es vor einem Jahr noch knapp 100 und 1976, auf dem Höhepunkt der Pornowelle, mit 147 fast doppelt so viele wie heute waren.

Der Rückgang, erzielt durch sanfte Pressionen und Appelle an die vermietenden Hausbesitzer, ist offensichtlich. Die früher geschlossene Phalanx der Etablissements ist durchbrochen. Wo früher „Betty's Body Boutique" ihre Dienste anbot, wurde eine kleine Kunstgalerie eröffnet. Im „Delicate Touch Topless Shoe Shine Parlor", wo einst Oben-ohne-Damen unter anderem auch die Schuhe putzten, werden heute Brathühner feilgeboten. Unter einer anderen Adresse, einst als „Madam's Tender Touch" firmierend, gibt es nur noch Bretzeln und Süßigkeiten.

Die „Aufräumungsarbeiten" zeitigen auch schon erste Erfolge auf anderem Gebiet. Seitdem das anrüchige Image der Gegend aufpoliert worden ist, nimmt auch die Zahl der Verbrechen deutlich ab. Die Zahl der rund um den Times Square begangenen Straftaten *ging 1982 um 7,9 Prozent zurück.*

Die New Yorker Saubermacher räumen ein, daß der Times Square, einst elegant-geschäftiger Mittelpunkt der Stadt, und die 42. Straße, besonders in ihrem östlichen Abschnitt, noch weit von Respektabilität entfernt sind.

„Aber ein Anfang ist gemacht", so ein Sprecher der Verwaltung, „und je sauberer das Viertel wird, um so schneller gelingt uns die Renormalisierung durch Zuzug ehrlicher Zünfte und Ausführung längst geplanter Bauvorhaben."

Aber auch mit Müll und besonders mit den an vielen Ecken einfach abgestellten Autowracks wird in diesem Frühjahr aufgeräumt. Eindrucksvolles Symbol des großen Reinemachens waren lange Reihen verrosteter und ausgeglühter Autoskelette, die praktisch über Nacht an den Rändern mehrerer Ausfallstraßen Manhattans auftauchten: das Ergebnis von Aufräumungsaktionen in städtischen Parks und am Hudson-Ufer. Und in der Tat, für New Yorker Verhältnisse ganz erstaunlich, die Wracks verschwanden von einem Tag zum anderen in der Blechmühle.

Doch mit den Autowracks ist es ähnlich wie mit den Pornoshops – es gibt immer noch genug davon. Und immer noch ist auch die Zahl der ausgeschlachteten Benzinkutschen ein untrügliches Indiz für die Qualität des Viertels.

Das größte war für die New Yorker jedoch ein „Aufräumen" ganz anderer Art – der Beginn heißersehnter Reparaturarbeiten auf dem nördlichsten Abschnitt einer *Hauptzufahrtsstraße* Manhattans, die wegen ihrer viele Male geflickten und mit Stahlplatten gestopften Schlaglöcher seit Jahrzehnten als schlimmste Kriechstrecke der Neuen Welt galt.

Die Arbeiten am Henry Hudson Parkway, einem der ältesten Highways der Welt, sollen 30 Monate dauern. Doch was ist das schon nach 30 Jahren Quälerei über gebirgigen Asphalt und glitschige Stahldeckel? (SAD)

Ein Museum ging baden

Letzter Akt im Streit um eine einzigartige Sammlung

XING-HU KUO, Baden-Baden

„Einen perfekten Schildbürgerstreich" nennt Jan Brauers den Umzug seines Museums von Baden-Baden nach Bruchsal. Zehn Jahre lang war der Mann, der mit seinem „Museum für mechanische Musikinstrumente" eine auf der Welt einzigartige Sammlung zusammengetragen hatte, gegen die Kündigung seiner Räume im Großherzoglichen Amtshaus in Baden-Baden Sturm gelaufen. Vergebens. In letzter Instanz verlor er die Kündigungsklage gegen die Besitzerin des Gebäudes, die Kur- und Bäderverwaltung (siehe WELT vom 27. 1. 83).

Jetzt, da der Umzug des Museums in vollem Gang ist, erweist sich die ganze Auseinandersetzung als überflüssig, weil das Museum dort hätte bleiben können, wo es bislang war, in dem idyllischen Amtshaus nämlich. Brauers freilich, der sein Museum inzwischen aus Ärger über diesen Streit ans Badische Landmuseum verkauft hat, will davon nichts wissen.

Die Vorgeschichte: Dem Museumsinhaber Brauers waren Anfang der 70er Jahre die Räumlichkeiten gekündigt worden, weil die Kur- und Bäderverwaltung das Großherzogliche Amtshaus als Teil eines geplanten Hotel-Komplexes mit 200 Betten vorgesehen hatte. Vergeblich bat Brauers dann, „sein" Amtshaus aus dem Hotelvorhaben auszugliedern. Ohne Erfolg beschwor er die Kurverwaltung, sich nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichen Erwägungen mit einem 160-Betten-Neubau zu bescheiden. Brauers hatte sogar den Oberbürgermeister Carlein auf seiner Seite. Dieser gab Brauers sogar schwarz auf weiß, daß nur eine einvernehmliche Lösung denkbar sei. Alles umsonst.

Jetzt stellt sich heraus, daß die Kurverwaltung, genau wie Brauers befürchtet hatte, eine Nummer zu groß plante. Sie benötigt nicht mehr als 160 Betten, seit ein Großkunde, der rund 40 Betten belegen wollte, abgesprungen ist. In dem ehemaligen Museum sollen, wie jetzt gemunkelt wird, Arztpraxen eingerichtet werden, damit die Räume nicht leerstehen.

Nutznießer des Ärgers ist Bruchsal. In etwa zwei Monaten wird im dortigen Barockschloß die einzigartige Instrumentensammlung zu besichtigen sein. Zu ihren Prunkstücken gehört die sogenannte „Titanic-Orgel", die für den 1912 gesunkenen Luxusliner bestimmt war. Sie liegt deswegen nicht auf dem Meeresboden, weil sie nicht rechtzeitig fertig wurde.